

Politische Berichte

Nummer 16 / 12. Jahrgang

2. August 1991

In dieser Ausgabe: § 218: CSU setzt auf Konfliktverschärfung * Politische Gefangene in Mexiko im Hungerstreik * Siemens-Konzern rüstet für Produktionsschlachten * Frauendiskriminierende Löhne im öffentlichen Dienst * Rationalisierung im Bergbau

G 7756 D Preis 1,50 DM

Gesetz erlaubt „verdeckte Ermittler“

Rasterfahndung, heimliche Wohnungsdurchsuchung, internationale Polizeitätigkeit leichter

Die Bundesregierung versucht, dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Rauschgifthandels und anderer Formen organisierter Kriminalität Popularität zu verschaffen, indem sie die „Drogenbekämpfung“ als Hauptabsicht herausstellt. Damit verdeckt sie, daß mit dem Gesetz polizeiliche

Ermittlungsmethoden legal werden sollen, die staatlicher Willkür Raum verschaffen. Das Gesetz bezieht sich auf alles, was als „organisierte Kriminalität“ bezeichnet wird. Ob mit diesem Weg, Polizeizeugen zu schaffen, die Drogenabhängigkeit verringert wird, kann bezweifelt werden.

Der Gesetzentwurf war zu Anfang der Legislaturperiode von Bayern und Baden-Württemberg über den Bundesrat eingebracht worden. Bereits vor mehr als drei Jahren hatte sich die Innenministerkonferenz der Länder auf eine gemeinsame Richtlinie an die Länderpolizeien geeinigt, die den Einsatz von verdeckten Ermittlern gegen die sogenannte „organisierte Kriminalität“ empfahl, Ende 1989 einigten sich die Innenminister darauf, an „verdeckte Ermittler“ eine „Erschweriszulage“ zu zahlen — ein deutlicher Hinweis darauf, daß die Polizei nicht nur die Möglichkeit für den Einsatz erhielt, sondern längst Polizeibeamte in Gruppen einschleust, die nicht legaler Handlungen verdächtigt werden. Die Reaktionen aus den Reihen der Polizei auf den jetzt beschlossenen Gesetzentwurf weisen zudem darauf hin, daß inzwischen einiges übliche Praxis war, was jetzt nicht mehr erlaubt sein soll.

Anders als im Gesetzentwurf des Bundesrates vorgesehen, sollen „verdeckte Ermittler“ nicht als „verdeckte Zeugen“ auftreten können. D.h., wenn aufgrund der Beweise, die die „verdeckten“ Polizeibeamten gesammelt haben, ein Verfahren eröffnet wird, müssen diese Polizeibeamten auch offen als Zeugen Stellung nehmen. Seit Mitte der achtziger Jahre hatte es mehrfach Versuche von Polizei und Staatsanwaltschaft-

ten gegeben, dies zu vermeiden, mit dem Hinweis, die Polizeizeugen seien gefährdet, wenn sie offen im Prozeß auftreten. Außerdem soll den beamteten Spitzeln nicht erlaubt sein, Straftaten zu begehen, damit sie als Mitglieder der verfolgten Gruppen akzeptiert werden. Und anders als der Bundesrats-Entwurf sieht der jetzige Entwurf nicht vor, daß Abhörgeräte ohne richterliche Anordnung in Wohnungen angebracht werden dürfen. Bundesinnenminister Schäuble hat jedoch angekündigt, daß er diese Regelungen im Laufe der nächsten Jahre noch ändern wolle, er nimmt die „europäische Vereinheitlichung“ als Begründung.

Erlaubt sein soll den Polizeibeamten aber, als „verdeckte“ Beamte internationale Tätigkeit zu sein, nämlich je nach Tätigkeitsradius der Gruppe, der sie sich angeschlossen haben. Als kriminelle Organisation darf die Polizei auch einzelne Leute verfolgen, wenn sie den Eindruck hat, daß diese Leute einer im Ausland bestehenden Organisation angehören. Zudem soll die heimliche Durchsuchung von Wohnungen ohne richterlichen Beschuß und ohne Mitteilung an die Betroffenen möglich werden. Erleichtert wird mit dem Gesetz außerdem die Durchführung von Groß- und Rasterfahndungen.

Getroffen werden von diesen gesetzli-

chen Regelungen so unterschiedliche Gruppen wie Befreiungsbewegungen, Gruppen, die sich mit Glückspiel oder Autodiebstahl oder anderen illegalen Tätigkeiten befassen, aber auch Drogenhändler.

Daß mit den geplanten Maßnahmen die Drogenabhängigkeit gemindert, die Zahl der schweren Erkrankungen und Todesfälle unter den Drogenabhängigen verringert werden könnten oder die Ausbreitung der Drogenabhängigkeit gedämpft werden könnte, ist zu bezweifeln. Die bundesdeutschen Behörden verfolgen seit Ende der sechziger Jahre das Konzept, Drogenabhängigkeit durch Kriminalisierung des Drogenhandels und Drogenbesitzes zu verhindern. Von irgendeinem Erfolg mit diesem Verfahren ist nichts zu sehen.

Die Gefahren, die von einer Gesetzgebung ausgehen, die die Möglichkeiten polizeilicher Willkür ausweitet, sind erheblich. Die Hälfte des Drogenumsatzes werden nach Angaben von Interpol für den Drogentransport und für Besteckungsgelder aufgewandt. Je verdeckter und illegaler Ermittlungsbeamte arbeiten, desto erpreß- und bestechbarer sind sie, denn ihr Einsatz entzieht sich der öffentlichen Kontrolle.

Quelle: Bundesratsdrucksache 74/90; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Kölnerische Rundschau, Frankfurter Rundschau vom 25.7.91 — (uld)

So wütet der Terror türkischer Polizei und Truppen!



Ein besonders makabres Mitbringsel aus Diyarbakir präsentierte die Abgeordnete Ulla Jelpke, PDS, Teilnehmerin einer Delegation, die sich über die Umstände der Ermordung des kurdischen Politikers Vedat Aydin und des von Sondereinhei-

ten verübten Massakers während der Beerdigung informierte: ein zerfetztes, blutgetränktes Hemd, das einem Journalisten gehört hatte. Ihr überreicht mit den Worten: „An diesem Hemd klebt auch deutsches Blut.“ — (mz, Bild: af/mz)



Nachdem auch die bürgerliche Öffentlichkeit kritisch bewertet hatte, daß die neue Rechtslage Massenabschiebungen von bisher geduldeten Flüchtlingen erlaubt, hat Innenminister Schäuble reagiert. Für bestimmte Gruppen soll ein „vorübergehender“ Abschiebestopp gelten, u.a. für Afghanen, Tamilen und irakische Kurden bis Dezember. „Massenabschiebungen ohne Einzelfallprüfung“ werde es auch künftig nicht geben — deutsche Behörden waren schon immer gründlich. — (alk, Bild: af/mz)

Streiks im öffentlichen Dienst

Tarifverhandlungen über Nachbesserung erzwungen

Seit dem 1.7. gilt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR das im Westen gültige Eingruppierungssystem, beruhend auf den mit den Gewerkschaften im März abgeschlossenen Tarifverträgen. Von Anfang an hat der öffentliche Dienstherr es abgelehnt, Beschäftigungszeiten im öffentlichen Dienst der ehemaligen DDR anzuerkennen. Beschäftigungszeiten spielen für die Höhe der Einkommen im öffentlichen Dienst eine entscheidende Rolle. Trotz der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Warteschleiferegelung getroffenen Feststellung, daß die Bundesrepublik Deutschland Rechtsnachfolgerin der ehemaligen DDR ist und somit in die existierenden Arbeitsverträge eintritt (vgl. auch Pol. Berichte 12 und 13/91), lehnte es Bundesinnenminister Schäuble noch am 29.5. erneut ab, die abgeschlossenen Tarifverträge nachzubessern.

Inzwischen wurden die ersten Löhne und Gehälter, die 60 % der Westeinkommen betragen sollten, ausbezahlt. Aufgrund der Nichtenkennung der Beschäftigungszeiten und absichtlich niedrigeren Eingruppierungen (Nichtenkennung von Ausbildungsabschlüssen) liegen die Einkommen unter 50 % des vergleichbaren Westniveaus. Als Folge dieser Diskriminierung wechseln viele Beschäftigte den Arbeitsplatz, insbesondere in den „grenznahen“ Gebieten und Ostberlin. Hinzu kommen gezielte Abwerbekampagnen. Bei bestimmten Beschäftigengruppen wie z.B. dem Pflegepersonal führt dies bereits zu extre-

mem Personalmangel, aber auch im Nahverkehr oder Technikerbereich existieren dieselben Probleme.

Nach wochenlanger Diskussion und leeren Versprechungen der Politiker war die Geduld der Beschäftigten im Gesundheitswesen deshalb als erstes am Ende. Spontan legten 800 Pflegekräfte zweier Ostberliner Kliniken in der vergangenen Woche die Arbeit nieder; Streikaktionen von Krankenhausbeschäftigen in anderen Städten der ehemaligen DDR folgten. Die Beschäftigten fordern nicht nur die Anerkennung ihrer Berufsjahre als Beschäftigungszeit, sondern auch die Angleichung der Einkommen. Mit dieser Forderung bringen sie die ÖTV in Verlegenheit, da der abgeschlossene Tarifvertrag noch eine Laufzeit bis zum 31.3.92 hat. So verliert die ÖTV denn auch in ihrer Tarifinformation Nr. 4/91 kein Wort zu dieser Forderung.

Begleitet von erneuten Arbeitsniederlegungen fand am 26.7. ein „Spitzengespräch“ zwischen Gewerkschaften und öffentlichem Dienstherrn statt. Vereinbart wurde die Aufnahme von Tarifverhandlungen am 11.9. über die Anrechnung von Beschäftigungszeiten. Während die ÖTV jedoch Regelungen für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst fordert, will Bundesgesundheitsminister Hassfeldt dies nur für das Pflegepersonal. Sollte die ÖTV sich wiederum für einen schnellen Abschluß auf „Teilerfolge“ einlassen, wird mit neuen Aktionen in anderen Beschäftigungsbereichen zu rechnen sein. — (har)

PDS protestiert gegen die Verfolgung der Kurden in der TR

Die Arbeitsgemeinschaft Antirassismus, ImmigrantInnen- und Flüchtlingspolitik beim Parteivorstand der PDS richtete folgende Protesterklärung u.a. an die türkische Botschaft in der BRD und an die deutsche Bundesregierung:

„Mit aller Entschiedenheit protestieren wir gegen die seit Jahren andaugenden und ständig zunehmenden Repressionen gegen das kurdische Volk in der Türkei. Die Regierung der Türkei drangsaliert und unterdrückt das kurdische Volk mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ...“

Wir fordern die Regierung der Türkei auf, unverzüglich alle Gewaltakte gegen das kurdische Volk einzustellen und die Verfolgung der Kurden zu beenden. Als Unterzeichner der Charta von Paris vom November 1990 ist sie völkerrechtlich verpflichtet, die dort enthaltenen Bestimmungen über Demokratie, Freiheit und Rechte der Menschen in die Praxis umzusetzen!

Wir erwarten von der Bundesregierung den sofortigen Stopp der Waffelieferungen und jeglicher anderer Unterstützung für das türkische Regime! 18.7.1991“

Postvertriebsstück G 7756 D

Gebühr bezahlt

Einige SPD-Länder auch für höhere Mehrwertsteuer

Während die Bundestagsfraktion der SPD entsprechend einem Parteitagsbeschuß gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auftritt, gibt es inzwischen einige Länderfinanzminister mit SPD-Parteibuch, die sich dagegen aussprechen, im Bundesrat etwa gegen einen entsprechenden Antrag der Regierung zu stimmen. NRW-Finanzminister Schleußer meint, er werde nicht an der Front der Mehrwertsteuergegner kämpfen; NRW — die Länder sind anteilig an der Umsatzsteuer beteiligt — braucht mehr Einnahmen. Auch der niedersächsische Finanzminister Swieter hält eine Erhöhung für unvermeidlich. — (alk)

BVG-Urteil verleiht Aussperrung die Weihe des Grundgesetzes

Mit seinem Urteil zur Aussperrung 1984 in der Druckindustrie hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) festgestellt, daß die Aussperrung ein vom Grundgesetz geschütztes Mittel des Arbeitskampfes sei. Streik und Aussperrung seien „altüberkommene Kampfmittel“. Den Streik hat das Bundesarbeitsgericht 1955 in einer Grundsatzentscheidung als

legitimes Arbeitskampfmittel anerkannt. Den Schutz der Verfassung für Aussperrungen hat das BVG zwar auf solche begrenzt, „die mit suspendierender Wirkung in Abwehr von Teil- und Schwerpunktstreiks zur Herstellung der Handlungsparität eingesetzt werden“, was heißen soll, sie müssen „verhältnismäßig“ sein. Aber die Forderung des DGB nach gesetzlichem Verbot der Aussperrung ist damit von den Verfassungsrichtern erledigt. — (1 BvR 799/85, ulk)

Türkische Behörden verhafteten deutsche Journalistin

Die Journalistin Elisabeth Schmidt war am 26.7. in Diyarbakir von der türkischen Polizei festgenommen und dann in das berüchtigte Militärgefängnis von Diyarbakir gebracht worden. Die Verhaftung fand in einem Anwaltsbüro statt, vier weitere Deutsche wurde ebenfalls für kurze Zeit festgenommen. Frau Schmidt wurde am 28.7. dem Haftstricher vorgeführt, der dann ihre Freilassung „unter Hinweis auf das Fehlen von Gründen für einen Haftbefehl“ anordnete. Frau Schmidt hatte u.a. für die Frankfurter Rundschau über den Volksaufstand in Kurdistan, die Ermordung Vedat Aydins und das Massaker der tür-

kischen Militärs während der Beerdigung Aydins berichtet. An diesem Tag war sie im Bus der HEP-Abgeordneten gewesen und wurde von türkischer Spezialeinheiten mißhandelt. Diese bedrohten sie für ihre Berichterstattung mit dem Tod. — (rub)

DGB fordert Doppelstaatsbürgerschaft

Seit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes führt der DGB eine Kampagne durch, die insbesondere unter Ausländern für die Einbürgerung in die BRD wirbt. In einer Pressekonferenz zu dieser Kampagne forderte Jochen Richert, Mitglied im DGB-Bundesvorstand, von der Bundesregierung, auch eine doppelte Staatsbürgerschaft anzuerkennen: „Die Weigerung der Bundesregierung, bilaterale Abkommen über Doppelstaatsbürgerschaften zumindest mit den Hauptanwerbeländern abzuschließen, wird auch zukünftig ein wesentliches Hemmnis für die ... Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft bedeuten.“ So können auch vermieden werden, daß die Annahme der Staatsbürgerschaft der BRD mit der erzwungenen Aufgabe der kulturellen Identität verbunden sei. Zwang müsse vermieden werden. — (uld)

Aktuell in Bonn

Überregionale Luftwaffe

Die Süddeutsche Zeitung berichtet, die Luftwaffe bereite sich auf zukünftige Aufgaben außerhalb des Nato-Gebiets vor. Der Einzelplan 60 „Allgemeine Finanzverwaltung“ des Bundeshaushaltsservice 1992 sieht 310,6 Millionen Mark für die Ausrüstung von 86 Transportflugzeugen C-160 Transall mit einer von Bodenstationen weitgehend unabhängigen Navigations- und Flugregelanlage vor. Das Verteidigungsministerium begründet das damit, das Aufkommen an Transall-Flügen sei „erheblich angestiegen und verlangt zunehmend Flüge über große Entfernung“. Gerade die „Kurdenhilfe“ habe die Notwendigkeit von Luftransporten über große Entfernung bewiesen.

Klage gegen Stromvertrag

123 ostdeutsche Städte und Gemeinden erheben eine sog. Kommunalverfassungsbeschwerde gegen den im letzten Jahr ausgehandelten Stromvertrag und fordern mit Hilfe einer einstweiligen Anordnung seine sofortige Aufhebung. Damals hatten sich acht westdeutsche Energiekonzerne die Kapitalmehrheit von 15 ehemaligen Bezirksenergieländern unter den Nagel gerissen. Die Kommunen sehen durch den Stromvertrag das Recht auf kommunale Selbstverwaltung beschnitten, weil die Gründung kommunaler Energieversorgungsunternehmen stark erschwert ist.

Zinsbesteuerung

Das Bundesverfassungsgericht hat vor kurzem die Besteuerung von Zinserträgen als ungerecht beurteilt, weil die Art der Besteuerung kaum Steuerehrlichkeit nahelege. Die Banken und Sparkassen drohten daraufhin mit einer neuen großen Kapitalflucht ins Ausland, falls die Finanzbehörden mittels Kontrollmitteilungen o.ä. Einsicht in Sparguthaben und Verzinsung nehmen wollten. Finanzminister Waigel reagierte: Bei einem Treffen von Vertretern der Kreditwirtschaft und des Ministeriums soll man sich zwar noch nicht auf konkrete Beträge auf eine „deutliche Anhebung“ der Sparerfreibeträge geeinigt haben. Die Banken hatten gefordert, statt bisher 600 DM/1200 DM für Ledige/Verheiratete sollen künftig 5000 DM/10000 DM Zinseinkünfte steuerfrei bleiben.

EG-Agrarreform

Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Walter Kittel, stellte die Forderungen der Bundesregierung an die vorgesehene EG-Agrarreform vor. Beginnend mit dem Wirtschaftsjahr 1992/93 bis Ende 1997 soll eine Umstellung von Marktstützung auf direkte Einkommenshilfen durchgeführt werden.

Die Produktionsüberschüsse sollen damit gesenkt werden, eine „umweltfreundliche Landwirtschaft“ gefördert werden, wie im einzelnen steht noch nicht fest. Nicht allzuviel Gutes für die kleineren Bauern lässt sich aus der Äußer-

ung Kittels schließen, dabei müsse darauf geachtet werden, daß „leistungsfähige Betriebe nicht in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt werden“.

490 Millionen für die Allianz

Laut Handelsblatt hat der Versicherungskonzern Allianz AG insgesamt 1,5 Milliarden Forderungen an den Bund aus Obligationen für den Wohnungsbau für russische Soldaten. Dabei stammten 1 Milliarde Mark aus Altbeständen, die die Allianz beim Kauf der ehemaligen staatlichen Versicherung der DDR übernommen hatte. Bezahlt hatte die Allianz für die DDR-Versicherung 270 Millionen Mark. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Abschreibung beim Hausbau

Die Bundesbauministerin Adam-Schwäzter (FDP) will mit neuen Abschreibungssätzen den privaten Wohnungsbau fördern. Die bisher geltenden Sätze über acht Jahre jeweils fünf Prozent der Bausumme sollen künftig in den ersten vier Jahren sieben und in den nächsten vier Jahren drei Prozent betragen. Damit sollen vor allem junge Familien zum Hausbau animiert werden, die bisher vor den hohen Anfangsbelastungen zurückgeschauten. Die Steuerminderungen würden etwa 250 bis 300 Millionen Mark jährlich betragen.

Privatisierung im Osten

Finanzminister Waigel hat in der letzten Kabinettssitzung vor den Sommerferien einen Bericht zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben in den neuen Bundesländern vorgelegt. Die einzelnen Ressorts sollen bis Herbst auf dieser Grundlage detaillierte Projektvorschläge machen. Neben den schon länger im Gespräch privat betriebenen Autobahnen sollen künftig Krankenhäuser, Hochschulen und Umweltschutzanlagen von Kapitalisten finanziert und betrieben werden. Neben Konzessionsmodellen, also zeitweiliger Überlassung an Unternehmer, kämen auch langfristig und durch Gebühren zu finanzierte Projekte in Frage. Auch im Bildungsbereich könnten Möglichkeiten privater Finanzierung ausgeschöpft werden. Schließlich sei auch denkbar, die Endlagerung von Kernbrennstoffen auf private Betreibergesellschaften zu verlagern. Nebenbei beabsichtigt der Bund, dabei auch weitere Kompetenzen der Länder an sich zu ziehen: So heißt es, da der Bau von Bundesfernstraßen eigentlich Aufgabe der Länder sei, könne der Bund nur dann Auftragspartner privater Firmen werden, wenn die Länder die ihnen verfassungsmäßigen Rechte zuvor auf den Bund übertragen.

Was kommt demnächst?

Trotz Protesten will Bundeskanzler Kohl am 18. August an der Umbettung der Leiche Friedrichs des Großen in Potsdam teilnehmen, auch die Bundeswehr will mit Musikzug und Ehrenwache aus Offizieren dabei sein.

Treuhand: Beschäftigungsgesellschaft vereinbart

Die IG Metall hat einer Rahmenvereinbarung mit Bedenken zugestimmt

Angesichts der drohenden Entlassungswelle in der Ex-DDR verhandelte die IG Metall seit Wochen mit der Treuhand über die Einrichtung von Beschäftigungsgesell-

schaften. Nun wurde am 17.7. eine Rahmenvereinbarung zur Bildung von „Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturrentwicklung (ABS)“ getroffen.

Im Mai waren in der ehemaligen DDR 842 300 Beschäftigte arbeitslos. Durch das Auslaufen des tarifvertraglich vereinbarten Kündigungsschutzes zum 1.7.91 wird die Zahl der Arbeitslosen nach vorsichtigen Schätzungen auf 1,2 Millionen anwachsen. Um die Gefahr sozialer Unruhen zu vermeiden und den sozialen Verträglichen Übergang der Ex-DDR in die Marktwirtschaft zu ermöglichen, setzen die Gewerkschaften auf Beschäftigungsgesellschaften. Sie sollen Massenarbeitslosigkeit verhindern, Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen und Strukturpolitik durchführen.

Nach der Rahmenvereinbarung vom 17.7. soll jetzt in allen neuen Bundesländern jeweils eine Trägergesellschaft gegründet werden, an der sich auch die Treuhandaufstalt direkt mit 10 Prozent beteiligen wird. Neben Treuhand und Gewerkschaften beteiligen sich Arbeitgeberverbände, die Länder und die Kommunen. Unterhalb der Trägergesellschaft sollen sich verschiedene „Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturrentwicklung ver-

(ABS)“ bilden, möglichst in räumlicher und organisatorischer Nähe zu betroffenen Betrieben. Die Unternehmen der Treuhand sollen bei der Gründung dieser lokalen Gesellschaften Hilfe durch Sachmittel, Räumlichkeiten und durch Zwischenfinanzierung leisten. Außerdem wird die Treuhand den Gesellschaften für sechs Monate einen Geschäftsführer zur Verfügung stellen und ihnen in den ersten drei Monaten bei Lohnabrechnungen und Sozialfragen behilflich sein. Soweit dem Arbeitnehmer aus Anlaß einer Kündigung Abfindungen oder andere Ansprüche zustehen, können diese mit Einwilligung des Betroffenen im Rahmen seiner Aufnahme in die ABS in diese Gesellschaft investiert werden. Es handelt sich dabei um einen Betrag von in der Regel 5000 DM.

Voraussetzung zur Bildung einer Beschäftigungsgesellschaft ist, daß ein klarer Auftrag vorliegt, die Finanzierung durch die öffentliche Hand gesichert ist, ein festes Konzept erarbeitet worden ist und keine Beeinträchtigungen der Betriebe entstehen. „Die Fördermaßnahmen aufgrund dieser Vereinbarung ver-

festigen nicht bestehende Beschäftigungsstrukturen, sondern tragen zum Gelingen der Umstrukturierung bei.“ (Präambel)

Die IG Metall hat dieser Vereinbarung „zähneknirschend“ zugestimmt. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Klaus, Teilnehmer an den Verhandlungen, äußerte sich gegenüber dem Handelsblatt, die Gewerkschaften hätten sich nicht durchgesetzt mit ihrer Forderung, die überschüssigen Belegschaften ohne arbeitsrechtliche Kündigung durch die Stammbetriebe in die ABS zu übernehmen. Auch sei es nicht gelungen, eine Beteiligung der Treuhand an den lokalen ABS-Gesellschaften zu erreichen. Andererseits betonte Klaus, daß bei den Arbeitnehmern in den Beschäftigungsgesellschaften zumindest die Tarifbindung an die alte Gewerkschaft bestehen bliebe.

Für die weitere Zukunft dieser Beschäftigungsgesellschaften wird die Frage wichtig sein, ob die Menschen darin nicht einfach nur vom Arbeitsamt bezahlte Arbeitsbrigaden für Demontage und Altlastensanierung sind. — (hek)

Isolation soll perfektioniert werden

Zwangsverlegung von politischen Gefangenen

Die Hinweise mehren sich, daß die aus der Bundesanwaltschaft gespeiste und von der Presse veranstaltete Hetze gegen die politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand vor allem eine Begründung dafür schaffen sollte, die Gefangenen zu verlegen, ihre Isolation zu perfektionieren und die geringen Möglichkeiten der Gefangenen zu vernichten, kontinuierliche Verbindungen / Diskussionsmöglichkeiten aufzubauen. Wir dokumentieren im folgenden aus dem Angehörigen-Info Nr. 71 aus Beichten und Stellungnahmen von Rechtsanwälten. — (uld)

Am 12.7.91 wurden Christa Ecke, Heidi Schulz, Ingrid Jakobsmeier und Sieglinde Hofmann gegen ihren Willen von Köln-Ossendorf nach Bielefeld-Brackwede verlegt — aus angeblichen „Sicherheitsgründen“ (siehe dazu nachfolgende Presseerklärung der RechtsanwältInnen). Gleichzeitig wurde Andrea Sievering von Bielefeld nach Köln verlegt.

Am 5.7. wurde Christian Kluth ebenfalls überraschend gegen seinen Willen und ohne Begründung von Bochum nach Werl verlegt, zeitgleich Thomas Thoene nach Bochum.

In der Woche vor der Verlegung wurden außerdem Chris Kluth und Rico Prauss offiziell vom Justizministerium benachrichtigt, daß die bis in die letzte Zeit geäußerte Zusage, beide nach Celle zu den drei Gefangenen aus der RAF — Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer — zu verlegen, endgültig vom Tisch ist.

Bei seiner Ankunft in Werl erfuhr Chris gleich in einem Gespräch mit der Knastleitung, daß er mit dem anderen politischen Gefangenen, der dort ist — es handelt sich um Klaus Viehmann, Gefangener aus der Bewegung 2. Juni —, auf gar keinen Fall zusammentreffen werde.

Aus der Presseerklärung der RechtsanwältInnen und -anwälte Zu der jüngsten Meldung der Bundesanwaltschaft, eine Befreiungsaktion in Köln-Ossendorf sei vereitelt worden, stellen wir Anwälte der politischen Ge-

fangenen fest:

Es sind keine Fluchtpläne bei den Gefangenen und der Verteidigung gefunden worden.

Es wurden bei der Zellendurchsuchung vom 10.7.91 bei Adelheid Schulz Unterlagen beschlagnahmt, ebenso zwei Tage später bei ihrem Verteidiger. Es wurde allerdings keine „detaillierte Skizze der JVA Ossendorf“ gefunden, sondern lediglich bei der Mandantin eine Zeichnung mit einem einfachen Rechteck, an dessen unterer Linie das Wort „Eingang“, an dessen Seitenlinie das Wort „Schornstein“ steht, mit einem Kringel innerhalb des Rechtecks.

Wir verstehen es nicht als unsere Aufgabe, absurde Behauptungen der Strafverfolgungsbehörden zu dementieren.

Grundsätzlich halten wir es für nicht vertretbar, Inhalte von Mandatsverhältnissen offenzulegen.

Wir tun es in diesem Fall dennoch, weil wir durch die unkontrollierten Verschärfung und Kriminalisierung durch die BAW den Boden entziehen können:

Seit Wochen wird durch einen öffentlichen Aufruf (liegt der Presseerklärung bei) eine Kundgebung an der JVA Ossendorf zur Zusammenlegung und gegen die speziellen Angriffe auf die Ossendorfer Kleingruppe vorbereitet. Beim Gespräch mit der Mandantin über derzeitige Verschärfungen der Haftbedingungen der Kleingruppe tauchte auch die Frage auf, ob die Gefangenen überhaupt von Kundgebungen etwas hören können. Dazu erklärte Adelheid Schulz anhand des Rechtecks grob die Lage ihrer Zelle, von wo aus es schwierig ist, akustisch von Kundgebungen etwas mitzuhören.

Diese einfache Tatsache lanciert die BAW sofort in alle Medien als „Befreiungsversuch“, „Freipressung“ und hat die sofortige Verlegung der Frauen nach Bielefeld zur Folge; außerdem die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Verteidiger wegen Verdachts der Unterstützung nach § 129a StGB mit sofortiger Durchsuchung seiner Wohnung und Kanzleiräume, einschließlich einer körperlichen Durchsuchung.

chung mit völligem Entkleiden. (...)

Im Medienklima von „Zellensteuerung“, „Aktionen der RAF“, „Befreiungsaktionen“, „Anwaltskuriere“ und „Hungerstreik“ wird zunehmend unverblümkt in rechtswidriger Weise Zugriff auf den Kernbereich von Verteidigung — nämlich das vertrauliche und unkontrollierte Mandatsverhältnis — genommen:

Seit Anfang Juli werden die Gefangen gezielt nach Verteidigerbesuchen bei völligem Entkleiden körperlich durchsucht und ihre Verteidigungsunterlagen eingesehen und teilweise an die BAW weitergegeben. Das heißt konkret:

— Die BAW, als Anklagebehörde, liest jedes Wort der Verteidigungsstrategie für die laufenden Strafverfahren aufgrund der Kronzeugenaussagen gegen fünf unserer Mandanten mit;

— die BAW, als Anklagebehörde, liest jedes Wort der Verteidigungsstrategie für die laufende Ermittlungsverfahren wegen eines angeblichen illegalen Info-Systems mit;

— gleichzeitig wird bis heute in beiden Komplexen jegliche Akteneinsicht verwehrt.

Schließlich ist in dieser Kampagne die materielle Zerschlagung der Verteidigung und die völlige Isolierung der Gefangenen angelegt:

— die Verteidigung kann gem. § 138a StPO bei nichtigen Verdachtsgraden aus allen politischen Mandaten ausgeschlossen werden;

— die Behauptung eines Entführungs- oder Erpressungsversuchs durch die RAF läßt die Anwendung des Kontaktvergesetzes zu.

Inzwischen hat sich eine „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ eingerichtet, in der sich in enger Zusammenarbeit Verfassungsschutz, BKA und BAW unter anderem die völlige Kontrolle der Gefangenen zum Ziel gesetzt haben: „vollständige Erfassung, zügige — ggf. koordinierte — Auswertung und schnelle Weiterleitung an alle zuständigen Sicherheitsbehörden sämtlicher in Verbindung mit den inhaftierten terroristischen Häftlingen anfallender, zur Bekämpfung des Terrorismus relevanter Informationen.“

Eine politische Lösung für die Gefangenen wird dadurch verhindert, daß der Staatsschutzapparat die Politik bestimmt.

RA Dieter Adler, Hannover; RA P. H. Bakker Schut, Amsterdam; RAin Ute Brandt, Hamburg; RAin Anke Brenneke-Eggers, Hamburg; RA Andreas Groß, Wiesbaden; RA Martin Heining, Hirschhorn; RA Thomas Herzog, Berlin; RA Gerd Klusmeyer, Hannover; RA Rainer Koch, Frankfurt; RAin Heike Krause, Köln; RAin Adele v. d. Plas, Amsterdam; RA Johannes Pausch, Düsseldorf; RA Johannes Santen, Hamburg; RAin Regina Schulz, Freiburg; RA Wolfgang Schwab, Duisburg; RAin Renate Trobitzsch, Hannover durch Rechtsanwältin Trobitzsch



Demonstration in Aichach/Bayern am 7. Juli (Bild: Angehörigen-Info Nr. 71)

G7 diktieren Bedingungen für SU

Gipfelstaaten streben weltweite Waffenkontrolle an

Das Gespräch der Regierungschefs der führenden imperialistischen Staaten (BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) mit dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London war ein Teil der von den Staaten gemeinsam beschlossenen Maßnahmen. Mit seiner Teilnahme hat Gorbatschow dokumentiert, daß er sich den bereits auf dem letzten Gipfel beschlossenen Forderungen weitgehend unterwirft. Der letzte Gipfel hatte den IWF, die Weltbank, die OECD und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit der EG-Kommission eine Studie über den Umbau der sowjetischen Wirtschaft anzufertigen. Der jetzige Gipfel stellte hinsichtlich der Sowjetunion fest:

„Wir unterstützen die in der Sowjetunion unternommenen Schritte in Richtung auf eine politische und wirtschaftliche Umgestaltung ... Reformen zur Entwicklung einer Marktwirtschaft sind erforderlich ... Wir sprechen dem IWF ... für die weitere Zukunft dieser Bevölkerungsgesellschaften wird die Frage wichtig sein, ob die Menschen darin nicht einfach nur vom Arbeitsamt bezahlte Arbeitsbrigaden für Demontage und Altlastensanierung sind. Es handelt sich dabei um einen Betrag von in der Regel 5000 DM.

Voraussetzung zur Bildung einer Beschäftigungsgesellschaft ist, daß ein klarer Auftrag vorliegt, die Finanzierung durch die öffentliche Hand gesichert ist, ein festes Konzept erarbeitet worden ist und keine Beeinträchtigungen der Betriebe entstehen. „Die Fördermaßnahmen aufgrund dieser Vereinbarung ver-

festigen nicht bestehende Beschäftigungsstrukturen, sondern tragen zum Gelingen der Umstrukturierung bei.“ (Präambel)

Die IG Metall hat dieser Vereinbarung „zähneknirschend“ zugestimmt. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Klaus, Teilnehmer an den Verhandlungen, äußerte sich gegenüber dem Handelsblatt, die Gewerkschaften hätten sich nicht durchgesetzt mit ihrer Forderung, die überschüssigen Belegschaften ohne arbeitsrechtliche Kündigung durch die Stammbetriebe in die ABS zu übernehmen. Auch sei es nicht gelungen, eine Beteiligung der Treuhand an den lokalen ABS-Gesellschaften zu erreichen. Andererseits betonte Klaus, daß bei den Arbeitnehmern in den Beschäftigungsgesellschaften zumindest die Tarifbindung an die alte Gewerkschaft bestehen bliebe.

Für die weitere Zukunft dieser Beschäftigungsgesellschaften wird die Frage wichtig sein, ob die Menschen darin nicht einfach nur vom Arbeitsamt bezahlte Arbeitsbrigaden für Demontage und Altlastensanierung sind. Es handelt sich dabei um einen Betrag von in der Regel 5000 DM.

Voraussetzung zur Bildung einer Beschäftigungsgesellschaft ist, daß ein klarer Auftrag vorliegt, die Finanzierung durch die öffentliche Hand gesichert ist, ein festes Konzept erarbeitet worden ist und keine Beeinträchtigungen der Betriebe entstehen. „Die Fördermaßnahmen aufgrund dieser Vereinbarung ver-

festigen nicht bestehende Beschäftigungsstrukturen, sondern tragen zum Gelingen der Umstrukturierung bei.“ (Präambel)

Die IG Metall hat dieser Vereinbarung „zähneknirschend“ zugestimmt. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Klaus, Teilnehmer an den Verhandlungen, äußerte sich gegenüber dem Handelsblatt, die Gewerkschaften hätten sich nicht durchgesetzt mit ihrer Forderung, die überschüssigen Belegschaften ohne arbeitsrechtliche Kündigung durch die Stammbetriebe in die ABS zu übernehmen. Auch sei es nicht gelungen, eine Beteiligung der Treuhand an den lokalen ABS-Gesellschaften zu erreichen. Andererseits betonte Klaus, daß bei den Arbeitnehmern in den Beschäftigungsgesellschaften zumindest die Tarifbindung an die alte Gewerkschaft bestehen bliebe.

Für die weitere Zukunft dieser Beschäftigungsgesellschaften wird die Frage wichtig sein, ob die Menschen darin nicht einfach nur vom Arbeitsamt bezahlte Arbeitsbrigaden für Demontage und Altlastensanierung sind. Es handelt sich dabei um einen Betrag von in der Regel 5000 DM.

Voraussetzung zur Bildung einer Beschäftigungsgesellschaft ist, daß ein klarer Auftrag vorliegt, die Finanzierung durch die öffentliche Hand gesichert ist, ein festes Konzept erarbeitet worden ist und keine Beeinträchtigungen der Betriebe entstehen. „Die Fördermaßnahmen aufgrund dieser Vereinbarung ver-

festigen nicht bestehende Beschäftigungsstrukturen, sondern tragen zum Gelingen der Umstrukturierung bei.“ (Präambel)

Die IG Metall hat dieser Vereinbarung „zähneknirschend“ zugestimmt. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Horst Klaus, Teilnehmer an den Verhandlungen, äußerte sich gegenüber dem Handelsblatt, die Gewerkschaften hätten sich nicht durchgesetzt mit ihrer Forderung, die überschüssigen Belegschaften ohne arbeitsrechtliche Kündigung durch die Stammbetriebe in die ABS zu übernehmen. Auch

CSU setzt auf Konfliktverschärfung

Ansbacher Erklärung zu § 218: Kind gegen Frau, Frau gegen Mann, gegen Umfeld und Arzt

Mit ihrer Ansbacher Erklärung unternimmt die CSU den Versuch, die CDU-Mehrheit hinter sich zu versammeln und auf die SPD und FDP so einzuwirken, daß die noch in diesem Jahr zu erwartende Abstimmung im Bundestag ein

Man muß die Ansbacher Erklärung wohl lesen als Grundsatzposition der CSU, in der bestimmte Angebote an Frauen in der CSU und an die CDU (die sich derzeit nicht auf eine gemeinsame Position verständigen kann, zumal sie auch die DDR-Erfahrungen in sich aufzunehmen hat) ebenso enthalten sein müßten wie an SPD und FDP, ohne daß von Kernstandpunkten der katholischen Kirche und des deutschen Konservatismus abgerückt werden durfte, um die Einheit der CSU nicht zu gefährden.

Als Angebot an die CDU ist zu werten, daß soziale Hilfen als vorrangig gegenüber der Kriminalstrafe dargestellt werden; als Angebot an Klerus und Konservatismus ist ein weiterer Spielraum für die verschärzte Anwendung des Strafrechts gegen Frauen, Männer, „soziales Umfeld“ und Ärzte zu bewerten.

Der Argumentationsgang der Ansbacher Erklärung ist eher schlicht: 1. Die Eizelle, sobald befruchtet, steht unter dem Schutz des Grundgesetzes und damit des Staatsanwalts; 2. die Fristenlösung ist verfassungswidrig, was sich schon daraus ergibt, daß das Gesetz über die Fristenlösung der DDR von Walter Ulbricht unterzeichnet wurde; jeder, der dafür eintritt, ist damit sein Anhänger; 3. um die Schwangere zur Austragung verpflichten zu können, braucht man gewisse soziale Absicherungen; 4. wer ihr zum Abbruch einer Schwangerschaft rat, muß in die Karteien der Beratungsstellen und Staatsanwaltschaften aufgenommen und Zielpunkt für beider Tätigkeit werden; 5. um Prozesse wegen Schwangerschaftsabbruch führen zu können, wird es notwendig sein, schriftliche Zeugnisse der Schwangeren und des Indikationsstellers vorliegen zu haben, zwecks gerichtlicher Überprüfung.

Verfaßt wurde die Erklärung unter Federführung von Prof. Ursula Männle, die aber kurz zuvor erklärt hatte, die Leitung der Frauenunion abgeben zu

papstwohlgefäßiges Ergebnis haben könnte. Verliert die CSU die Abstimmung, geht sie erneut vor das Bundesverfassungsgericht, wie schon 1974 gegen die Fristenlösung und 1990 gegen die Indikationsregelung.

wollen. Das macht deutlich: Auch in der CSU gibt es mittlerweile eine Bandbreite von Auffassungen zur Frauenfrage. Darum finden sich zahlreiche Beratungsergebnisse über notwendige soziale Hilfen in der Erklärung. Vermutlich ist auch die erklärte Absicht, bei Beratung und Strafverfolgung stärker den männlichen Partner einzubeziehen, in gewisser Weise Ergebnis des Einwirkens des Feminismus auf die CSU.

„Strafrechtsschutz für das Leben, nicht gegen die Frau“, heißt eine Zwischenüberschrift. Was aber die zweifelsfrei anerkannte Notlage sein soll, für die eine Ausnahme von der allgemeinen Strafandrohung gemacht wird, bleibt völlig offen. Damit erhalten die rührigen bayerischen Staatsanwälte freie Hand. Auch der öffentlich propagierte Hinweis, wenn sie eine Beratung hat über sich ergehen lassen, solle die Frau nun auch nach CSU-Willen straffrei bleiben, ist allenfalls die halbe Wahrheit: Wenn ihre schriftlich abgegebene Erklärung ihrer Notlage gerichtlich für unwahr befunden wird, ist die Frau ebenfalls dran.

Die Reduzierung der zugelassenen Arten von Indikation auf zwei hat viel öffentliche Kritik gefunden — bemerkenswerterweise mehr als die angekündigte Verschärfung und Erweiterung der Strafverfolgung. Die CSU will nur noch die medizinische und die schwere Notlagenindikation anerkennen. Die eugenische soll ausdrücklich gekappt werden: Dadurch werde „das Mißverständnis beseitigt, allein die Schädigung des ungeborenen Kindes indiziere schon die Abtreibung“. Über die Streichung der kriminologischen Indikation (Schwangerschaft nach Vergewaltigung) verliert die CSU in ihrer Erklärung kein Wort. In seinem *Bayernkurier*-Leitartikel zur Ansbacher Erklärung führt Wolfgang Scharnagl flankierend aus, die „schwere psychosoziale Notlage“ könne „selbstverständlich auch die kriminologische

Indikation“ umfassen. Könne. Also immer Einzelfalldurchsicht, immer selbstentblößende Bulbgänge, immer Angst und Gefahren — das ist die Würde des Menschen, wie sie die CSU schwangeren Frauen zuteilt, wenn sie sich mit diesem Umstand nicht abfinden können.

Als „eigenständigen Straftatbestand“ will es die CSU „dem Kindesvater und dem Umfeld der Schwangeren wirksamer als bisher erschweren, sich ihrer Verantwortung zu entziehen“. Wer eine Schwangere zur Abtreibung „drängt“, soll strafbar sein. Freund, Freundin, Kollegin und Nachbarin — alle können dann unter Heranziehung vielleicht unbedachter Äußerungen der Frau mit Ermittlungsverfahren überzogen werden.

Die Arzte sollen strengere Vorschriften darüber erfüllen, was alles Gegenstand der Beratung zu sein hat, und sie müssen ihre ärztliche Erkenntnis über das Vorliegen einer Indikation „hinreichend (schriftlich) dokumentiert“ haben. Was da wem hinreicht, ist demnach wiederum Gegenstand von Prozessen.

Die Erklärung ist noch kein Gesetzentwurf; die Union tut sich in dieser Frage schwer. Daß das Bundesverfassungsgericht noch nicht die bayerisch-baden-württembergische Klage gegen die Praxis der Indikationsregelung befaßt hat, macht die Situation auch für Reaktionäre kompliziert. Indem sich die CSU als Verdienst anrechnet, Grundsatzpositionen ohne Schießen auf mögliche Mehrheiten zu beziehen, bereite sie gleichzeitig ihre Mitglieder darauf vor, daß möglicherweise die Abstimmung im Bundestag nicht von ihr gewonnen wird.

Das ist wahrhaftig kein Grund zur Euphorie. Das Bundesverfassungsgericht ist von Bundestagsmehrheiten unabhängig, und die CSU hat es in der Vergangenheit sehr gut verstanden, dieses Verfassungsorgan politisch richtig zu beurteilen und für ihre Zwecke einzusetzen.

— (elf, mif)



Bilder: af/mz



Zeugnis wider den Zeitgeist

Leitlinien der CSU auf ihrem Kleinen Parteitag (Auszüge)

Der Einigungsvertrag verpflichtet die gesetzgebenden Körperschaften, den Schutz des Lebens im vereinten Deutschland besser zu gewährleisten, als dies derzeit der Fall ist. Die CSU steht zu dieser politischen und gesellschaftlichen Verantwortung.

Die CSU appelliert an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den Grundrechten auf Leben und Menschenwürde, wie sie das Grundgesetz auch den ungeborenen Kindern verbürgt, und der besonderen Betroffenheit von Schwangeren in schweren Konfliktsituationen mit einem umfassenden Gesamtkonzept in Achtung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen.

Die CSU, die sich als Partei in der Verantwortung gegenüber der ganzen Schöpfung versteht, orientiert sich am Menschen und an seiner vorgegebenen Würde und damit auch an seinem Lebensrecht ... Die hunderttausendfache Tötung ungeborener Kinder in unserem Lande sowie die Möglichkeiten, die Fortpflanzungsmedizin und Gentechnik (z. B. durch frühzeitige Geschlechtsfeststellung, Erkennung von Erbkrankheiten) eröffnen, sind Hinweise dafür, daß menschliches Leben immer mehr zur Disposition gestellt wird. Für die CSU steht dagegen fest: Jedes Leben genießt den uneingeschränkten Schutz des Staates. Menschliches Leben darf weder dem Forschungsstreben noch einem uneingeschränkten Liberalismus geopfert werden ...

Eine Fristenregelung, die die Tötung ungeborener Kinder bis zum dritten Monat straffrei stellt, wie sie von SPD und FDP gefordert wird, kommt für die CSU nicht in Frage. Für die Mehrheit von SPD, FDP, Grüne und PDS stellt der Auftrag des Einigungsvertrages die willkommene Gelegenheit dar, die vom Bundesverfassungsgericht bereits für verfassungswidrig erklärte Fristenregelung einzuführen. Die CSU hat klargestellt, daß sie der Übernahme der Fristenregelung der DDR, die die Unterschrift von Walter Ulbricht trägt, für Gesamtdeutschland niemals zustimmen kann ...

Wer hilfloses menschliches Leben vor der Geburt zur Tötung freigibt, stellt letztlich auch den Schutzanspruch behinderten und erlöschenden Lebens in Frage. Als Leitgedanke gilt für uns der Vorrang helfender präventiver und das Rechtsbewußtsein stützender sozialer Maßnahmen. Die Leistungen für Familien und Alleinerziehende sind erheblich zu verbessern und über den Tag der Geburt hinaus auszubauen. Vorrangig gehören hierzu:

— ein Steuerrecht, das das Existenzminimum für Kinder voll von der Besteuerung freistellt;

— ein weiterentwickeltes Kindergeld, das die besondere Belastung einkommensschwächerer oder kinderreicher Familien besonders berücksichtigt;

... (usw., es folgen weitere 19 Punkte)

Erstes Ziel muß es sein, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Dazu ist eine massive Verbesserung der Aufklärungsarbeit notwendig ...

Beratung ist konkrete Hilfe mit dem Ziel, im Konflikt zwischen dringlichen Eigeninteressen einerseits und einer Gewissensförderung andererseits die richtige sittliche Entscheidung für das Leben treffen zu können ... Ermuti-

gung zur Lebensbejahung bevormundet niemals und niemand.

— Die Beratung kann auf Wunsch der Schwangeren auch ihr Umfeld und insbesondere den Kindesvater auf die Verantwortung gegenüber der Mutter verweisen.

— Kompetent ausgestattete Beratungsstellen müssen selbst finanzielle, soziale und familiäre Hilfen leisten oder vermitteln.

— Beratung und Indikationsstellung bleiben strikt voneinander getrennt (räumlich, zeitlich, personell), und es muß eine hinreichende Bedenkzeit eingehalten werden.

Würde und Leben des Menschen stehen innerhalb der Wertordnung des Grundgesetzes Höchstwerte dar. Deshalb bleibt der Gesetzgeber verpflichtet, auch das Strafrecht als letztes flankierendes Mittel einzusetzen, weil der von der Verfassung gebotene Lebensschutz auf andere Weise allein nicht sichergestellt werden kann. In allen Fällen des Schutzes höchster Rechtsgüter ist die Signalwirkung des Strafrechts für Recht und Unrecht allgemein anerkannt ...

Abtreibungen bleiben grundsätzlich Unrecht. Der Staat und die Sozialversicherung dürfen nicht durch Kostenübernahme zu rechtswidrigen Abtreibungen beitragen, auch wenn das Gesetz auf Bestrafung verzichtet.

Lebensschutz ohne der Ethik ihres Berufsstandes verpflichtete Ärzte ist nicht möglich. Das Vertrauen in die besondere Stellung des Arztes gründet in der Achtung des menschlichen Lebens. Die Erfassung und Bewertung schwerwiegender Notlagen verlangt ärztliche Erkenntnis und Erfahrung. Daraus ergeben sich Umfang und strafrechtliche Grenzen der eigenständigen Verantwortung des Arztes. Die Zusammenfassung von indikationsfeststellendem und abtreibendem Arzt ist nur deshalb akzeptabel, weil die ärztliche Verantwortung damit eindeutig feststellbar ist ...

Die Entscheidung des Arztes muß jedenfalls daraufhin überprüfbar sein, ob die Voraussetzungen einer Indikation offenkundig nicht vorgelegen haben, die Bewertung des Arztes also eindeutig nicht vertretbar war.

Die CSU fordert den Gesetzgeber auf, durch einen eigenständigen Straftatbestand Signale zu setzen, die es dem Kindesvater und dem Umfeld der Schwangeren wirksamer als bisher erschweren, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Eine schwangere Frau in ihrer Notlage allein zu lassen und sie zur Abtreibung zu drängen ist eine schwerwiegende Gefährdung menschlichen Lebens und damit strafwürdig.

Außerdem muß die öffentliche Erklärung, einen Arzt zwecks Erreichung der Indikationsstellung getäuscht zu haben, selbständig unter Strafe gestellt werden.

Staat und Gesellschaft sind aufgerufen, umfangreiche Maßnahmen zum Schutz der ungeborenen Kinder zu ergreifen. Diese müssen von uns allen mitgetragen werden. Jeder einzelne — Nachbar, Vermieter, Arbeitgeber — ist verpflichtet, seinen Beitrag für eine kinderfreundliche Gesellschaft zu leisten. Mehr als bisher muß im Bewußtsein verankert werden, daß Kinder Glück und Zukunft für Familien und uns alle bedeuten.

zitiert nach: *Bayernkurier* v. 20.7.91

SPD zeigt Kompromißbereitschaft, FDP unnachgiebig

Voreilige Pressemeldungen, SPD und FDP hätten sich in der Frage der Abtreibungsregelung geeinigt (*Bild am Sonntag*, 21. 7. 91), wurden von der zuständigen SPD-Abgeordneten Renate Schmidt dementiert. Sie forderte jedoch die FDP auf, sich in dieser Frage auf die SPD zu zubewegen, um gleich darauf ihre Kompromißbereitschaft bei der von der FDP geforderten. Zwangsberatung anzubieten: Ein Kompromiß sei „vorstellbar bei der verpflichtenden Information über vorhandene Hilfen.“ (*Stuttgarter Zeitung*, 22. 7. 91)

(Derzeit noch?) „nicht hinnehmbar“ sei für die SPD allerdings die Strafbarkeit der Frau. Hier sehe der FDP-Entwurf sogar gegenüber der heutigen Rechtslage eine Verschärfung vor. Weiterhin reiche der Katalog an Hilfen für die Frauen nicht aus.

Für die FDP ihrerseits erklärte Graf Lambsdorff, es werde keinen gemeinsamen Gesetzentwurf von SPD und FDP geben, die FDP werde sich vielmehr im Bundestag um eine Mehrheit für ihren eigenen Entwurf bemühen, der bereits im September in eigener Lesung behandelt werden könne. Zur Zeit würden darüber Informationsgespräche sowohl mit der Unionsfraktion als auch mit der SPD geführt. Die FDP sei aber nicht bereit, inhaltlich von der eigenen Position abzurücken. Verfassungsrechtliche Bedenken machte Lambsdorff gegen die Forderung der SPD geltend, die Strafandrohung gegen Frauen völlig zu streichen. (*Stuttgarter Zeitung*, 23. 7. 91)

Es ist also nicht auszuschließen, daß die SPD, z.B. um ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, „konstruktiv“ die FDP-Positionen zu übernehmen bereit ist, zumal die Unterschiede so groß nicht sind. Eine solch schnelle Preisgabe von Hoffnungen und Zielen der Frauenbewegung würde aber sicher die Erfolgsaussichten der CDU/CSU, mit einer Verfassungsklage die Fristenregelung erneut zu Fall zu bringen, vergrößern. Darauf zu vertrauen, daß die SPD vielleicht zusammen mit der FDP irgendeine Fristenregelung durchbringt, notfalls eben auch mit einer Zwangsbe-

ratung, wäre daher sicherlich ein Fehler.

Der SPD-Entwurf

Genaugenommen handelt es sich ursprünglich nicht um einen Entwurf der SPD, sondern des „Runden Tisches der Frauen“, in dem die FDP vor ihrem endgültigen Ausstieg im November 1990 bereits einige ihrer Positionen unterbringen konnte. Ausgangspunkt und Kern des Entwurfs ist, wie bei den konservativen Parteien auch, der „Schutz des werdenden Lebens“. Die Straffreiheit der Frau bei einem Schwangerschaftsabbruch wird nicht mit dem Selbstbestimmungsrecht der Frau begründet, sondern damit, daß „das werdende Leben ... erst dann lebensfähig werden kann, wenn es von der Frau angenommen und akzeptiert wird. Die Gesellschaft kann zwar ein solches Ja helfend unterstützen, es aber durch keine wie immer gearteten Maßnahmen erzwingen.“ (I) Deshalb also kein Entwurf für ein Abtreibungsgesetz, sondern ein „Schwangerenhilfegesetz — (SchHG)“.

Nach dem Prinzip „Hilfe statt Strafe“ sei der Schutz des „werdenden Lebens“ mit Regelungen außerhalb des Strafrechts besser gewährleistet. Demzufolge werden an einer ganzen Reihe von Gesetzen Nachbesserungen vorgenommen, werden soziale Hilfen vorgesehen, „die auf typische Schwangerschaftskonfliktsituationen zugeschnitten sind oder aber einer Mutter das Leben mit einem Kleinstkind erleichtern“.

Diese Hilfen, die auf ca. 4,5 Mrd. DM veranschlagt werden, mögen teilweise direkte Verbesserungen bringen, z.B. Erhöhung der Sozialhilfe und des Unterhaltsgeldes bei Weiterbildung, längeres Krankengeld bei Erkrankung des Kindes, zinsbegünstigte öffentliche Darlehen, vorrangige Berücksichtigung bei der Wohnungsgabe usw. Beim Bundesförderungsgeld allerdings wird weder die Benachteiligung der berufstätigen Frauen angetastet, noch die einkommensunabhängige Vergabe (also auch für die Reichen) in den ersten sechs Monaten. Lediglich für alleinstehende Elternteile soll der Betrag auf 1000 statt

600 DM angehoben werden.

Zu Recht kritisiert die IG Metall bei den Gesetzesänderungen, daß nur an Symptomen kuriert und damit z.B. das Ausländergesetz scheinbar ausreichend nachgebessert würde.

Erst nach Darlegung der sozialen Hilfen kommt der § 218: „Schließlich wird auch das Recht der Schwangerschaftsabbrüche neu geordnet, weil trotz aller Prävention und Hilfsangebote realistischerweise nicht davon ausgegangen werden kann, daß Schwangerschaftsabbrüche jemals gänzlich zu vermeiden sein werden.“

Vorgesehen ist die Straffreiheit der Frau. Voraussetzung für einen Abbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen ist eine Beratung durch den die Schwangerschaft feststellenden Arzt, die er bei allen Schwangeren durchführen muß. Darüber hinaus kann die Schwangere sich freiwillig in einer Beratungsstelle beraten lassen. Wer eine fremde Schwangerschaft nach Ablauf von zwölf Wochen abbricht, macht sich strafbar.

Der FDP-Entwurf

Auch der FDP-Entwurf sieht eine Reihe von sozialen Hilfen vor, die wie bei der SPD vorrangig auf die Bewältigung der Schwangerschaft und die ersten Lebensjahre eines Kindes zielen. Ein Schwangerschaftsabbruch soll innerhalb der ersten zwölf Wochen nur dann legal sein, wenn die Frau mindestens drei Tage vorher eine Beratungsstelle aufgesucht hat. „Die Beratung soll die Frau über die physischen und psychischen Folgen des Eingriffs sowie über die möglichen praktischen Hilfen informieren und sie in die Lage versetzen, eine verantwortungsbewußte eigene Gewissensentscheidung zu treffen. Die Beratung muß sowohl den Belangen des Lebensschutzes als auch dem Wunsch der betroffenen Frau nach Hilfe in einer Konfliktlösung genügen.“

(I) auszugsweise Veröffentlichung des SPD- wie auch des FDP-Entwurfs in: § 218 — Staatsziel: bevormunden, beaufsichtigen, bestrafen. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, GNN-Verlag, Januar 1991.

Internationale Umschau



Großbritannien. Die konservative Regierung hat einen weiteren Gesetzentwurf zur Beschränkung der Rechte der Gewerkschaften vorgelegt. Insbesondere wird das bereits jetzt durch die Gesetzgebung der Thatcher-Regierung äußerst eingeschränkte Streikrecht noch mehr beschnitten: Die Gewerkschaften sollen künftig Streiks eine Woche vor Beginn ankündigen. Urabstimmungen, die bereits jetzt geheim durchgeführt werden müssen, sollen künftig nur noch per Briefwahl legal sein. Außerdem ist geplant, daß einzelne Bürger Schadensersatzklagen gegen Gewerkschaftsfunktionäre führen können, die Streiks im öffentlichen Dienst anleiten. Die von der Regierung bestellten „Gewerkschaftsprüfer“, die bereits jetzt Zugriff auf die Finanzführung der Gewerkschaften haben, sollen noch weitere Eingriffsrechte erhalten. Bild: Protest gegen die Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Regierung. — (uld)

Niederlande: Regierung will Versicherungsleistungen kürzen

Die Regierungskoalition aus Sozial- und Christdemokraten einigte sich in der Haushaltsgesetzgebung für 1992 auf weitgehende Streichungen bei den Sozialversicherungen. Hauptziel sind durch den Arbeitsprozeß erkrankte und behinderte Lohnabhängige, die bisher unbefristet 70 Prozent des letzten Lohnes erhielten. Künftig soll dies ein Jahr gezahlt werden. Danach zahlt die WAO-Hilfe nur noch den Sozialhilfesatz, der zur Zeit 70 Prozent des Mindestlohns von 1471 Gulden beträgt. Außerdem sollen nur beschränkt Arbeitsunfähige verpflichtet werden, auch schlechter bezahlte Arbeit als vor ihrer Erkrankung anzunehmen. Der Gewerkschaftsbund FNV und der christliche Verband CNV haben umfangreiche Protestaktionen für den Herbst angekündigt. — (uld)

USA: Arbeitslose demonstrieren in Washington

Mehrere hundert Arbeitslose demonstrierten am 25. Juli vor dem Arbeitsministerium für eine Verlängerung der staatlichen Unterstützungszahlungen, die jetzt nach 26 Wochen nichts mehr erhalten. Davon sind ca. 2,3 Millionen Lohnabhängige betroffen. Im Kongress liegt eine Gesetzesinitiative der Demokraten vor, die die Verlängerung der Zahlungen auf ein Jahr. Der AFL/CIO unterstützte die Demonstration. Präsidentenpräsidenten Fitzgerald kündigte an, daß der Präsident sein Veto gegen eine Verlängerung der Arbeitslosenhilfe einlegen werde. — (uld)

Nach Massaker an Dev-Sol- Verdächtigen viele Festnahmen

Nach dem Massaker, bei dem türkische Polizei am 12. Juli zehn Personen getötet hatte, die der Mitgliedschaft in der revolutionären Organisation Dev-Sol verdächtigt wurden, sind mindestens weitere 25 Personen verhaftet worden. Das hat der Staatsanwalt einer Rechtsanwältin mitgeteilt. Die Identität und der Verbleib dieser Verhafteten ist bis heute nicht bekannt. Außerdem sind 70 Menschen verschwunden, die aus der Stadt Bursa und aus Dörfern am Schwarzen Meer stammen und die telefonisch ihre Teilnahme an der Beerdigung der Erschossenen mitgeteilt hatten. Sie sind weder bei der Beerdigung angekommen noch sind sie in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Ein Gespräch zwischen einer türkischen Rechtsanwältin und einer Delegation aus der BRD, die angereist war, um die Vorfälle am 12. Juli zu untersuchen, wurde unter Androhung eines Polizeieinsatzes beendet. Die Delegation hatte sich an der überfallenen Wohnung mit der Anwältin getroffen. Inzwischen wurden eindeutige Hinweise bekannt, daß die Polizei sich kein Feuergefecht mit den Erschossenen lieferte, wie sie zunächst behauptet hatte, sondern daß sie mit der Absicht, die zehn umzubringen, geschossen hat. Von den Getöteten war ein einziger polizeilich gesucht, er war im vorigen Jahr aus dem Gefängnis in Istanbul geflohen. Alle anderen hatten Arbeit und Wohnung in Istanbul. — (uld)

Polen: Wirtschaftslage immer prekärer

Das Traktorenwerk Ursus, eines der größten Landmaschinenwerke des früheren RGW, steht vor dem Konkurs. Die Produktion ist fast vollständig zum Erliegen gekommen. Das Werk ist mit umgerechnet 150 Mio. \$ verschuldet, jetzt droht das Elektrizitätswerk mit Stromabschaltung. Die 15000 Beschäftigten haben für Juli noch keinen Lohn erhalten, für Juni nur einen Abschlag. Sie sind ebenso wie Zehntausende Arbeiter in den Zulieferbetrieben, von Arbeitslosigkeit bedroht. Damit würde die Zahl von bisher schon offiziell 1,5 Millionen Arbeitslosen (8,4 %) noch einmal deutlich ansteigen. Hauptursache für den drohenden Konkurs des Traktorenwerkes ist der Zusammenbruch der Inlandsnachfrage — Folge der tiefen Krise der polnischen Landwirtschaft, der Verarmung der bäuerlichen Produzenten. Aber nicht nur Ursus droht der Konkurs. Ein Drittel der 4000 Staatsunternehmen manövriert am Rande des Bankrotts. Die Industrieproduktion des Landes ist im ersten Halbjahr 1991 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1990 um 15,1 % gefallen, Anzeichen einer Besserung sind nirgendwo zu erkennen. Viele Betriebe haben die Sozialleistungen gekürzt, die in den Zeiten des realen Sozialismus den besiedelten Lebensstandard sicherten. Ersatz ist nicht vorgesehen. Auch der Staatshaushalt ist, vor allem aufgrund des Ausfalls der Steuern der notleidenden Betriebe, stark defizitär. Die Streichung der Sozialleistungen trifft die Lohnabhängigen um so härter, als ihre Einkommen beständig sinken, seit Anfang des Jahres real um 17 % bei einer Preissteigerungsrate von 39 %. Die Regierung, zur Macht gekommen, weil die sie tragenden Kräfte die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem realen Sozialismus auszunutzen verstanden, rüstet jetzt gegen befürchtete „soziale Unruhen“. — (sc)

Türk-Is konnte Lohnerhöhungen von 112 Prozent erreichen

Für etwa 600000 Beschäftigte aus 23 Sektoren hat die Gewerkschaft Türk-Is am 24. Juli neue Tarifverträge mit der Regierung abgeschlossen, darunter für die Eisenbahn und die Schifffahrt. Die Verträge sehen eine einmalige Zahlung von 120 Mark und eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 112,2 Prozent vor. Diese Erhöhung gleicht die Inflation nicht aus. Die Regierung erklärte sich aber erst zu Verhandlungen bereit, nachdem die Lohnabhängigen ihre Streikbereitschaft demonstriert hatten. Am 22. Juli waren 600000 Beschäftigte nicht zur Arbeit erschienen, weil sie sich — so die Gewerkschaft — entschieden hätten, an diesem Tag zum Arzt zu gehen, um ihre Krankheiten zu kurieren. Außerdem hatte Türk-Is einen landesweiten Streik angedroht. — (uld)



USA. Daryl Gates, seit 13 Jahren berüchtigter Polizeichef von Los Angeles, hat seinen Rücktritt angekündigt, erklärte sich aber gleichzeitig bereit, im Amt zu bleiben, falls kein Nachfolger gefunden würde. Zuletzt hatten große Protestdemonstrationen gegen Gates und die Polizei von Los Angeles stattgefunden, weil die Polizei den schwarzen Lastwagenfahrer Rodney King geschlagen und mißhandelt hatte. Das Bild zeigt eine Protestdemonstration 1989, die die zahllosen Erschießungen unschuldiger anprangerte. In diesem Jahr waren die Protestdemonstrationen erstmals gemeinsam von Bürgerrechtsorganisationen der schwarzen und der spanischsprachenden Gruppen in der Stadt organisiert worden. Der Stadtrat war gezwungen, eine Untersuchungskommission einzusetzen. — (uld)

Südafrika/Azania: Gefangene im Hungerstreik

Seit dem 1. Mai befinden sich Dutzende politischer Gefangener in verschiedenen Gefängnissen, u.a. auf der berüchtigten Insel Robben Island, im Hungerstreik. Sie protestieren gegen die Weigerung der Regierung sie, wie in Verhandlungen mit dem ANC vereinbart und im „Pretoria-Protokoll“ festgehalten, bis zum 31. April 1991 freizulassen. Bis zum 15. Mai war die Zahl der Hungerstreikenden auf über 190 angestiegen. Die größte Gruppe befindet sich im Hochsicherheitsgefängnis von Pollsmoor, darunter die Robben-Island-Gefangenen, die am 14. und 15. Mai dort verlegt wurden. Damit befinden sich zur Zeit keine Gefangenen mehr auf Robben Island. Gleich vom ersten Tag an versuchte die Gefängnisleitung, den Abbruch des Hungerstreiks zu erzwingen. Die Gefangenen durften weder Besuch von Anwälten noch von Verwandten empfangen, Zellen wurden durchsucht, Zeitungen und Zeitschriften nicht ausgetauscht, sie mußten auf dem Betonboden schlafen oder wurden in kalte Zellen mit weniger Bettdecken verlegt, und das Wasser wurde ihnen abgestellt. Bei einigen verschlechterte sich der gesundheitliche Zustand derart, daß sie ins Krankenhaus verlegt werden mußten. Dort wurden sie ans Bett gekettet. In mehreren Gefängnissen weigerten sich die Ärzte, die Hungerstreikenden zu behandeln, bis sie den Hungerstreik beendeten. In Barberton sperre man sie in die Leichenhalle und drohte, sie zu Tode frieren zu lassen, diejenigen, die den Streik abbrachen, wurden des Selbstmordes beschuldigt und auf Hungerstreikern gesetzt. Die noch im Hungerstreik befindlichen Gefangenen erklärten darauf, daß sie sich eher selbst zu Tode fasten, bevor sie sich von der Gefängnisleitung verhungern ließen. Ende Juli waren nach Meldungen von Amnesty International immer noch einige Gefangene im Hungerstreik. Die Regierung leugnet, daß es überhaupt noch politische Gefangene in Südafrika gebe, sie behauptet, alle wären freigelassen. Die Menschenrechts-Kommission, eine liberale Organisation in Südafrika, präsentierte jedoch Mitte Juni auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ANC, PAC und einigen Rechtsanwälten eine Liste mit den Namen von 972 Frauen und Männern, die immer noch aus politischen Gründen inhaftiert sind. — (uld)

Privatisierung des Staatssektors

Argentinische Regierung entläßt Zehntausende

Die argentinische Regierung führt in Zusammenwirken mit der Weltbank ein großes Rationalisierungsprogramm für den gesamten öffentlichen Bereich durch. Im folgenden ein Bericht über die bisher geplanten Schritte. — (uld)

Bereits zum Jahresende 1990 wurde die Privatisierung wichtiger argentinischer Unternehmenszweige abgeschlossen. Betroffen sind Großbetriebe wie die (ehemals) staatliche Telefongesellschaft Entel, die Luftlinie Aerolineas Argentinas und vier große Unternehmen aus der Petrochemie. Darüber hinaus wurden private Lizenzen an drei Rundfunk- und Fernsehstationen erteilt. Von Präsident Menem's Privatisierungscoup betroffen sind auch Teile der staatlichen Ölgesellschaft und wichtige Bereiche des Straßen- und Eisenbahnsystems.

Im April 1991 unterzeichnete die argentinische Regierung einen Vertrag zur Privatisierung der Eisenbahnlinie zwischen der Stadt Rosario und dem Hafen Bahia Blanca und einer weiteren Linie zwischen Huincu Renano und Ingeniero White, insgesamt eine Strecke von fast 5800 Kilometern. An der neuen Gesellschaft beteiligt ist mit 80 Prozent eine private Unternehmergruppe, 16 Prozent verbleiben im Besitz des bisherigen Monopoleigners, der staatlichen Eisenbahngesellschaft Ferrocarriles Argentinos. Vier Prozent der Anteile erhalten die Beschäftigten (wer immer das sein

mag). Die neue Betreibergesellschaft will in den kommenden fünf Jahren 15 Mio. Dollar investieren. Für die Übernahme zahlt sie an das Finanzamt monatlich ganze 51 276 Dollar, für Maschinen und Anlage bezahlt die Betreibergesellschaft immerhin einmalig 100000 Dollars.

Weil zur „Gesundung“ der Wirtschaft auch ein gesunder Arbeitsplatzbau gehört, wird die Privatisierung der argentinischen Bahn rund 29000 der 88000 bisher Beschäftigten den Arbeitsplatz kosten. Nicht weniger hart von der „Gesundung“ betroffen sind die Arbeiterinnen und Arbeiter der staatlichen Ölgesellschaft YPF: Von knapp 40000 Lohnabhängigen werden 20000 entlassen. Die Elektrizitätsgesellschaft SEGBA wird rund 5000 und die argentinische Post- und Telefongesellschaft Encotel fast 10000 Beschäftigte auf die Straße setzen. Die Kosten dieses mit der Weltbank abgestimmten Rauswurfprogramms werden auf 880 Mio. Dollar geschätzt. Die Weltbank übernimmt davon 300 Mio. Dollar, der Rest wird bei der Arbeitslosenhilfe eingespart. Diese Kurzungen werden zum Teil wieder ausgeglichen, weil die Argentinier durch die kommenden Streckenstilllegungen weniger Geld für Eisenbahnfahrten ausgeben können.

Übernommen aus: ila, Nr. 147/Jul 1991. Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika

Streik bei Bayer Peru

Arbeiter protestieren gegen Entlassungen

Die Arbeiter und Angestellten der Bayer Industrial S.A. in Lima, Peru, haben von Samstag, dem 22. Juli, bis zum späten Dienstagabend aus Protest gegen die angekündigten Massenentlassungen die Arbeit niedergelegt.

Nach Angaben eines Gewerkschaftsfunktionärs beteiligten sich fast 100 % der Arbeiter und Arbeiterinnen an dem Streik. Bei Redaktionsschluß beriet die Betriebsgewerkschaft noch einen möglichen Aufruf zu einem unbefristeten Streik ab Montag, dem 29. Juli.

Am 3. Juli hatte die Unternehmensleitung 66 der insgesamt etwa 430 Arbeiterinnen und Arbeiter in den Zwangspauschalurlaub geschickt und beim Arbeitsministerium ihre sofortige Entlassung beantragt. Vom 4. bis 11. Juli sperre die Tochterfirma des bundesdeutschen Bayer-Konzerns sämtliche Arbeiterinnen aus dem Werk aus, nachdem es zu Protesten und Warnstreiks gegen die Entlassungen gekommen war. Das peruanische Arbeitsministerium erklärte die Aussperrung unterdessen für illegal.

Unter den 65 Betroffenen befinden sich auch drei amtierende Funktionäre der Betriebsgewerkschaft und der amtie-

rende Funktionär der Chemiefaser-Dachgewerkschaft Fentifcap, Jesus Cabana Vargas.

Cabana hatte 1988 als damaliger Generalsekretär der Betriebsgewerkschaft von Bayer Industrial die Bundesrepublik besucht und u.a. auf der Aktionshauptversammlung von der Konzernspitze gefordert, für gerechte Löhne bei ihrer Tochterfirma in Lima zu sorgen.

Den Antrag beim Arbeitsministerium begründet die Firma mit notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen und einer schlechten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Die Betriebsgewerkschaft hält dem entgegen, im Geschäftsjahr 1990 hätten die Lohnzahlungen nur 0,85 Prozent der Gesamtkosten von Bayer Industrial ausgemacht.

Aufgrund der insgesamt äußerst kapitalistischen Haltung der derzeitigen peruanischen Regierung ist zu erwarten, daß das Arbeitsministerium dem Antrag auf Entlassungen zustimmen wird. Dann will die Betriebsgewerkschaft auf jeden Fall zum Streik aufrufen.

Quelle: Presseinformationen der Coordination gegen Bayer-Gefahren vom 17. und 25. Juli 1991 — (uld)

Ungarn: Zurück an die Kirche

Gesetzentwurf zur Rückgabe kirchlicher Besitztümer

Das ungarische Parlament berät derzeit über ein Gesetz, um die „Wiedergutmachung“ an der Kirche zu regeln, das heißt: Rückgabe ihrer Besitztümer.

Durch den „Hl.“ Stephan, dem Staatsgründer, wurde der Katholizismus Staatsreligion. Der Klerus besaß laut Verfassungsdoktrin feudale Rechte. So war der ungarische Kardinal mit staatsrechtlichen Kompetenzen ausgestattet. Der Klerus hatte sich bis zur Enteignung 1948 immense Reichtümer angeeignet. Die katholische Kirche war der größte Grundherr Ungarns. Auf ihre Latifundien will sie jetzt großzügigerweise verzichten; nicht jedoch auf soziale und kulturelle Einrichtungen, Ordenshäuser, Konfessionsschulen, Kindergärten u.ä.

Die Auseinandersetzung um den Gesetzentwurf wird heftig und hitzig geführt. Es gibt in Ungarn offenbar noch genügend Menschen, die die nach 1945 vollzogene Trennung von Staat und Kirche als Segen betrachten. Sie befürchten, daß mit dieser „Wiedergutmachung“ eine historisch überholte ideologische Vormachtstellung der Kirche gefördert wird. Diese Gefahr besteht vor allem im schulischen Bereich, denn bis 1948 waren 61 % der Elementarschulen, 54 % der Gymnasien und mehr als 75 % der Lehrerbildungsanstalten konfessio-

nell gebunden. Würde dieser Zustand wiederhergestellt, gäbe es für viele laizistisch orientierte Leute an manchen Orten keine weltliche Alternative mehr. Solche Überlegungen gelten als „komunistisches Gedankengut“.

Die Übergabe der kirchlichen Liegenschaften soll durch paritätisch mit Vertretern der Regierung, der Kommunen und der Konfessionen besetzte Kommissionen erfolgen. Die Opposition befürchtet, daß die Kommunen dabei durch Kabinett und Kirche überwältigt werden.

Die ungarische Regierung hat andererseits auch die kostenlose kirchliche Arbeitskraft im Auge. In der Prämie der Gesetzesvorlage steht: „Die Kirchen vollbrachten im Lauf der ungarischen Geschichte bedeutende Leistungen zur Schaffung, Wahrung und Überlieferung von Kulturgütern. Über die konfessionellen Belange hinaus übernahmen sie wichtige Aufgaben in der Gesundheitspflege, im sozialen und kulturellen Bereich, erfüllten eine relevante gesellschaftliche Rolle.“ Jetzt heißt es, zu lange habe man in den Kliniken mit ständigem Personalmangel den opferfreudigen Einsatz der Barmherzigen Schwestern am Krankenbett vermissen müssen. Quelle: Budapest Rundschau, 3.6.91 — (uld)

Seit dem 1. Juni, also nun seit zwei Monaten, sind in Mexiko über 300 politische Gefangene im unbefristeten Hungerstreik. Laut mexikanischen Menschenrechtsorganisationen und einer Menschenrechtsdelegation aus Frankreich, welche sich im Juni zwei Wochen in Mexiko aufhielt, sind in sieben Teilstaaten Mexikos in Veracruz, Oaxaca, Chiapas usw. Gefangene im Hungerstreik. Mit diesem Hungerstreik protestieren die politischen Gefangenen gegen:

- die allesbeherrschende Korruption im ganzen mexikanischen Knastsystem
- die unmenschlichen Haftbedingungen aller Gefangener und gegen die Erniedrigungen, welche die Gefangenen und ihre BesucherInnen permanent ausgesetzt sind
- die juristischen Unregelmäßigkeiten, welche in allen Strafverfahren existieren, so gibt es Gefangene, welche schon sieben, acht Jahre in Untersuchungshaft sitzen ohne irgendeinen Prozeß.

Die Forderungen der politischen Gefangenen sind:

- sofortige und bedingungslose Freilassung von Dr. Felipe Martinez Soriano
- totale und bedingungslose Amnestie der 10000 politischen Gefangenen, welche es im ganzen Land gibt
- uneingeschränkter Respekt der Menschenrechte aller Gefangenen in Mexiko (87650 in 450 Gefängnissen).

Dieser Kampf der politischen Gefangenen wird auch draußen unterstützt, vor allem durch die Familienangehörigen und von den Organisationen, aus denen die Gefangenen herkommen. So gibt es im ganzen Land Sitzstreiks seit des Beginns des Hungerstreikes vor Regierungsgebäuden oder zentralen Plätzen und vereinzelt kleinere Demonstrationen. Der mexikanische Staat reagiert wie immer mit Repression, Einschüchterung der Protestierenden durch die Polizei. Gleichzeitig versucht die Regierung aber auch dem Kampf der politischen Gefangenen die Unterstützung abzuziehen: So hat sie, als die oben genannte französische Menschenrechtsdelegation im Land weilte, als „Geste des guten Willens“ 634 politische Gefangene freigelassen, jedoch außer drei alle von Organisationen, welche heute im Kampf nicht mehr aktiv sind oder nicht mehr existieren. Daß es für die mexikanische Regierung aber im allgemeinen ja sowieso keine politischen Gefangenen gibt, sei hier nur kurz erwähnt.

Trotz allem ist die Freilassung der 634 Ende Juni ein erster Erfolg des Hungerstreiks, und weiter konnte auch durchge-

Über 300 politische Gefangene in Mexiko seit zwei Monaten im Hungerstreik

Sie verlangen die sofortige Amnestie für über 10 000 Gefangene

setzt werden, daß bei einigen Gefangenen, welche in der Zwischenzeit gesundheitlich schon ziemlich angeschlagen sind, ein Arzt oder eine Arztin reinkommt.

In Mexiko — den Estados Unidos Mexicanos, wie das eigentlich heißt — wird von der seit 70 Jahren an den politischen Schaltstellen sitzenden Regierungspartei, der PRI (die Partei der institutionalisierten Revolution), systematisch versucht, die linke Opposition einzuschüchtern. Die PRI, entstanden kurz nach der mexikanischen Revolution, hatte es verstanden, jahrzehntelang die Opposition kleinzuhalten, entweder durch Besteckung der Führungen der Oppositionsorganisationen oder dann wurde die unabhängig auftretende Opposition brutal verfolgt. Wenn z. B. auf dem Lande protestierende Bauern/Bäuerinnen-Indigenas nicht gleich durch die lokalen ländlichen Feudalherren und Großgrundbesitzer mittels gekaufter Pistolen zum Schweigen gebracht wurden, dann eben gleich mit der Armee und der Policia Judicial.

In dem fast 2 Mio. qkm großen Land (48mal so groß wie die Schweiz), in dem multinationale Gesellschaften wie Ford, VW, Nestlé usw. die Wirtschaft dominieren, in dem 50 % der nationalen Reichtümer von 300 Familien verwaltet werden, in dem über 80 Millionen Menschen leben, davon 40 Millionen in extremer Armut; in einem Land, wo mehr als 20 indigene Völker leben, wo viele Regionen, Dörfer nur nach tagelangen Busfahrten und Fußmärschen erreicht werden können — in einem so riesigen, komplexen, vielschichtigen und unüberblickbaren Gebiet war es für die Regierenden immer ein Leichtes, die linke Opposition von anderen Oppositionskräften zu isolieren und kleinzuhalten. Viele der Kämpfe für den eigenen Boden, gerechte Preise für die Produkte, gegen die Korruption usw. auf dem Lande wurden und werden so ohne größere Öffentlichkeit richtiggehend kaputtgemacht. Die Liste der Toten der verschiedenen Organizaciones Campesinas ist endlos lang — ermordet meist durch die lokalen Feudalherren, gedeckt durch die lokale, regionale Regierungsstelle.

Hunderte ermordete Oppositionelle in den letzten zwei Jahrzehnten, bis zum heutigen Tag 820 verschwundene und aktuell mehr als 10000 politische Gefangene sind die Zahlen, welche Menschenrechtsorganisationen zur Repression in Mexiko angeben. Das wohlgerichtet immer alles Zahlen von bekannten Fällen, und viele Angehörige von Opfern staatlicher oder staatlich gedeckter Repression wagen es nicht, Anzeige zu erstatten. Sie werden bedroht oder stehen in einem so extremen Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern, Großgrundbesitzern, daß viele Greuelaten nicht bekannt werden.

Gerade in den letzten Jahren hat sich nun aber die linke Opposition in ganz Mexiko verstärkt zu organisieren begonnen. Auf parlamentarischer Ebene vor allem mit dem nationalen links-liberalen Bündnis PRD und dann in den verschiedenen Massenbewegungen, wie die der LehrerInnen, in den Stadtteilen, den Bauer/Bäuerinnen-Indigena-Organisationen, Gewerkschaften. Die parlamentarische wie auch die unabhängige, außerparlamentarische Linke bricht immer mehr die früher allumfassende Dominanz der PRI und durchbricht vermehrt die weitverbreitete Ohnmacht, die der Regierungsteror Ende der 60er und in den 70er Jahren verbreitet hatte. Damals wurden z. B. 1968 in der Hauptstadt Hunderte von StudentInnen, ArbeiterInnen einfach niedergeknallt. Und in den 70er Jahren wurden die damals entstandenen Guerillaorganisationen eine nach der anderen in den einzelnen Teilstaaten richtiggehend militärisch aufgerieben. Die Regierung zog dazu einfach die Armee aus großen Teilen Mexikos in einem Teilstaat zusammen, und Zehntausende Soldaten durchkämmten so z. B. Guerrero, wo die stärksten Guerillas, die ACNR von Enrique Vazquez und die PDLP von Lucio Cabanas, kaputtgemacht wurden.

Mit dem Wiedererstarken der linken Opposition seit Mitte der 80er Jahre nahm auch die Repression in den letzten Jahren sprunghaft zu, und die Gefangenen füllten sich. Die Mehrheit der politischen Gefangenen kommen aus Bauern/Bäuerinnen-Indigena-Organisa-

tionen. Die Bedingungen in den Gefängnissen sind wie überall in Lateinamerika geprägt durch Folter, überfüllte Zellen, fast keine sanitären Einrichtungen, das Essen muß wenn möglich von draußen von den Angehörigen reingebracht werden. Viele der politischen Gefangenen gerade auf dem Lande sitzen schon Jahre ohne Prozesse, und falls es zu Prozessen kommt, sind diese unter Ausschluß jeglicher Öffentlichkeit und dauern oft keine 15 Minuten. Auf diese Art wird dann der Bauer soundso, der eigentlich dafür gekämpft hatte, den ihm und seiner Gemeinde rechtmäßig zustehenden Boden endlich von diesem oder jenem Großgrundbesitzer zu bekommen, verurteilt wegen Landraub und Diebstahl etc. Und da es bei diesen Konflikten um den Boden nach jahrzehntelangem Warten, Antragen an irgendwelche Regierungsstellen oft dazu kommt, daß Bauern/Bäuerinnen den ihnen zustehenden Boden selbst nehmen und die Groß- und Mittelgrundbesitzer dann bewaffnet einfahren, und wenn es dann zu Verletzten und Toten kommt, wird der angeklagte Bauer gleich noch wegen Mord, Körperverletzung angeklagt. Tausende wandern so für Jahre in den Knast.

Der nun laufende Hungerstreik von über 300 politischen Gefangenen wurde initiiert von der im Dezember '90 gegründeten Nationalen Koordination der politischen Gefangenen in Mexiko — der CNPPM. Diese Koordination der politischen Gefangenen, die erste, welche es in dieser Form in Mexiko je gegeben hat, umfaßt AktivistInnen aller linken Parteien und Organisationen: viele Frauen und Männer aus dem parlamentarischen Bündnis PRD, der unabhängigen LehrerInnenbewegung, Stadtteilorganisationen, vier Gefangene aus der heute noch bestehenden Guerilla PROCUP-PDLP und auch hier die Mehrheit aus Bauern/Bäuerinnen-Indigena-Organisationen, z. B. von der OCEZ (Organizacion Campesina Ezequiel Zapata), der FDOMEZ, UCEZ usw. Bis im April waren dieser Gefangenorganisation 86 politische Gefangene beigetreten, zwischenzeitlich wird die Zahl um einiges höher sein.

Zum Schluß noch einige Auszüge aus

der Erklärung dieser Koordination, welche sie noch kurz vor dem Beginn des jetzigen Hungerstreikes herausgaben und die in den großen Tageszeitungen *Uno mas Uno* und der unabhängigen *Jornada* als Inserat abgedruckt wurde.

„Seit vielen Jahren und in den verschiedensten Formen haben wir, die Proletarier und das mexikanische Volk dafür gekämpft, die für unser Land notwendigen strukturellen Veränderungen und sozialen Verbesserungen zu erreichen. Dies immer mit dem Ziel, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.“

Im Prozeß des Kampfes haben wir, die verschiedensten Sektoren dieser Gesellschaft, uns gegen die staatliche Repression gestellt ... Alle, die wir als Teil des mexikanischen Volkes gekämpft haben, haben wir die Repression direkt erfahren. Eine Repression, die dokumentiert ist in der Existenz von mehr als 800 verschwundenen, von mehr als 100 ermordeten LehrerInnen alleine im Teilstaat Oaxaca; der Existenz von 10000 politischen Gefangenen in allen Knästen des Landes; der Existenz von politisch Verfolgten und Exilierten; und dem Fehlen von politischer Freiheit, welches sich in den fortwährenden Wahlbetrügen manifestiert ...“

Kürzlich hat sich der Tag gejährt, an dem im April '90 die Justizpolizei eine besondere Repressionsepisode durchführte: Aus politischen Gründen wurden damals mehr als 300 Menschen entführt, auf die Polizeiwachen geschleppt, gefoltert, die ganzen Wohnungseinrichtungen zertrümmert usw. Eine davon am stärksten betroffene Organisation war die Frente Nacional Democratico Popular (FNDP) und die Familie ihres Vorsitzenden Dr. Felipe Martinez Soriano. Die nachfolgenden Proteste auf der Straße haben dann die Behörden dazu veranlaßt, die Mehrheit der Gefangenen wieder freizulassen ...“

Wir rufen alle revolutionären, demokratischen, progressiven Organisationen auf, dafür zu kämpfen, die immer noch vorhandenen Aspekte des Sektierertums innerhalb der mexikanischen Linken zu beseitigen und mit gemeinsamer Kraft gegen die Repression zu kämpfen, welche alle Sektoren der Volksbewegung betrifft ...“

Freiheit für Dr. Felipe Martinez Soriano!

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Mexiko!

Stopp der Repression!

— (Koordination der politischen Gefangenen in Mexiko — CNPPM)

erklärt: „Alles was wir gehört und gesehen haben, belegt, daß es systematische Repression, Folter und Mord an der kurdischen Bevölkerung durch türkische Polizeikräfte gibt. Hier passieren eklatante Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Entführung und Mord, die angeprangert und sanktioniert werden müssen.“ Sie fordert die Bildung einer internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Mordes an Vedat Aydin und die Streichung der besonderen Militärhilfe an die Türkei. Vom Europarat fordert sie den Ausschluß der Türkei bei weiteren Menschenrechtsverletzungen und Nato und EG sollen die Einhaltung der Menschenrechtskonvention und der KSZE-Akte durchsetzen.

Für die PDS/Linken Liste stellen Ulla Jelpke und Andrea Lederer den Antrag im Bundestag: Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der Bundesregierung über die Entwicklung in der Türkei und in Kurdistan sowie die Unterrichtung des Bundestages über den Mord an Vedat Aydin.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 16/91 — (rub)

EG und Nato unterstützen Türkei

Proteste und Hungerstreiks gegen Massaker in Kurdistan

Die Türkei hat für ihren Staatsterror und die Massaker gegen die Kurden und den kurdischen Befreiungskampf die Unterstützung der Nato- und EG-Staaten erhalten. Dies bestätigen sie auf dem Weltwirtschaftsgipfel und durch den Besuch des US-Präsidenten Bush in Ankara. Die Erklärungen über die Bedeutung der Türkei für die Neuordnung im Nahen Osten gipfeln in der Forderung von Bush, daß die Türkei als Beispiel der Demokratie in die EG gehöre.

Die Waffenlieferungen an die Türkei werden ausgedehnt, die „Schnelle Eingreiftruppe“ wird unter Beteiligung von türkischen Truppenteilen in Botan stationiert. Diese internationale Truppe besteht neben Kampfflugzeugen für den Bodenkampf aus Hubschrauber- und Infanterieeinheiten. Das Kommando führen ein US- und ein türkischer General. Zur Finanzierung der Waffenkäufe erhält die Türkei als Entlastung eine Milliarde Dollar in Öliefuhrungen aus Saudi-Arabien. In Syrien verhandeln US-Antiterroristen mit der syrischen Regierung über die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der PKK.

Die bisherige Bilanz des Massakers, das die türkischen Truppen während der Beerdigung des ermordeten HEP-Vorsitzenden Vedat Aydin in Diyarbakir begangen haben: Dutzende getöteter Menschen (die genaue Zahl ist immer noch nicht bekannt), über 1000 Verletzte, Hunderte verhaftet oder vermisst.

In Europa haben seit dem 14. Juli in über 50 Städten Protestaktionen und Solidaritäts hungerstreiks stattgefunden. Bis zu 10000 Menschen beteiligten sich daran. Ziel zahlreicher Proteste waren türkische Botschaften und Konsulate.

„... Durch die Verhängung des Auszugsstands und das Vorenthalten al-

ler demokratischen Rechte und Freiheiten befindet sich Kurdistan zur Zeit in einem Zustand, in dem die Sicherheit des Lebens nicht mehr gewährleistet ist.

Das „Anti-Terror-Gesetz“, das den Sicherheitskräften des türkischen Staates unbeschränkte Rechte einräumt und dem Volk dagegen alle Rechte aberkennt und jeden zum potentiellen Schuldigen macht, wird in brutalster Form angewendet. Die durch dieses Gesetz verstärkten türkischen Sicherheitskräfte erschieben bei Razzien Menschen, ohne sie vorher auch nur verhört zu haben. Sie verbieten jede Art von Organisierung und Meinungsfreiheit und setzen den Staatsterror des Regimes auf brutalste Weise um. Auch die Konterguerilla hat gestärkt durch dieses Gesetz ihre Aktivitäten ausgeweitet ... Drohungen gegen demokratische Vereine und die Presse haben zugenommen. Besonders Menschenrechtsvereine, die HEP (Partei der Arbeit des Volkes) und verschiedene legale Zeitschriften- und Zeitungsbüros sind die ersten Ziele dieser Bombardierungen. So wie in Südamerika verbreiten Todesschwadronen heute in Kurdistan Terror. Wer wann und wie getötet wird, weiß niemand.

Der türkische Staat versucht nach außen hin den Eindruck zu erwecken, daß er Demokratie und Menschenrechte respektiert ... Während einerseits die kurdische Sprache erlaubt sein soll, werden andererseits kurdische Kassetten überall eingesammelt und die Herausgeber, Hörer und Verkäufer dieser Kassetten festgenommen und gefoltert. Erst vor einigen Tagen sind zwei Kurden von einem Kommissar an die Wand gestellt und erschossen worden, weil sie kurdisch gesprochen haben. Die Zusammenführung der kurdischen Farben

grün-gelb-rot ist in jeglicher Zusammensetzung durch das türkische Regime verboten worden! ...

Das kurdische Volk erklärt, daß es sich weder dem türkischen Staat noch internationalen Komplotten beugen wird, mit denen der nationale Befreiungskampf zerschlagen werden soll. Mit den ... Parolen „Es lebe die PKK“, „Es lebe Kurdistan“, die auch von Hunderttausenden in Diyarbakir gerufen wurden, bekennen sich das Volk von Kurdistan zu seiner Führung und dem Kampf für sein Selbstbestimmungsrecht bis zum Sieg. Das kurdische Volk ruft die Weltöffentlichkeit auf, dieses ihm zustehende Recht zu respektieren.

Das auf der Welt allen Völkern zustehende Selbstbestimmungsrecht kann und darf auch dem kurdischen Volk nicht abgesprochen werden. Die internationalen Truppen, die heute unter dem

Staatsterror der Türkei stehen,

erklären: „Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der

Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der

Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der

Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der

Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der

Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Bundesregierung über die Entwicklung in der

Türkei und in Kurdistan sowie die

Unterrichtung des Bundestages über den

Mord an Vedat Aydin.“

Wir fordern die

Wiederaufnahme der 1984 eingestellten Berichterstattung der

Siemens-Konzern rüstet um für weitere weltweite Produktionsschlachten

„In einer der expansivsten Phasen der Unternehmensgeschichte“

Karlsruhe. Seit Oktober 1988 wird der Konzern umstrukturiert, angefangen von den Zentralbereichen bis zur Neuauflistung der Unternehmensbereiche und des Vertriebs. Die Konzernetagen verlangten nach „flexiblerer Organisationsstruktur“, Aufbau kleiner „qualifizierter Stäbe bei weitgehender Trennung von Stabsaufgaben und Dienstleistungsfunktionen“, „schlagkräftigen geschäftsführer-

den Einheiten“ und „Schnelligkeit in allen Wertschöpfungsstufen“. Aus sieben Unternehmensbereichen wurden fünfzehn, mittlerweile sind es noch dreizehn, die an der „kurzen Leine des Vorstandes“ weltweit operieren. Es gibt kaum einen Bereich im Konzern, in dem die Umstrukturierung nicht zu spürbaren Änderungen und Belastungen für weite Teile der Belegschaften geführt hat. — (map)

Eine der ersten Maßnahmen der Unternehmensstraffung in Karlsruhe war die Zerteilung des Werkes in ein Elektronik- und ein Gerätewerk. Erst in mühevollen Auseinandersetzungen konnte erreicht werden, daß für beide Werke sowie Vertrieb und Service weiterhin ein Betriebsrat zuständig ist. Teile des Produktspektrums wurden anderen Unternehmensbereichen zugeschlagen und ausgelagert. Abfindungsaktionen begannen, um die „Effizienz“ der Belegschaft zu erhöhen. Siemens legte Programme auf, um die Wirkung der Vorrustungsregelung weiterhin aufrechtzuerhalten, das Durchschnittsalter der Belegschaft systematisch zu senken.

Zur Steigerung der Produktivität und Kostensenkung wurden enorme Investitionen getätigt: die nach Angaben von Siemens „moderne Leiterplattenfertigung Europas“, ein automatisches Be- stückungssystem, das die Durchlaufzeiten in der Flachbaugruppenmontage von zwei Wochen auf zwei Tage drückt, flexible NC-Fräszentren und NC-Stanzzentren. An diesen Anlagen wird nicht nur rund um die Uhr gearbeitet, die neuen Stanzzentren z.B. laufen bereits auch sonntags — gegenwärtig noch im sogenannten bedienungsfreien Betrieb. Der Versuch, Sonntagsarbeit einzuführen, um einen weitgehend störungsfreien Betrieb der Anlagen zu erreichen, wird nicht lange auf sich warten lassen. Siemens ist hartnäckig damit beschäftigt, das arbeitsfreie Wochenende vollends auszuhöhlen und die Sonntags-

arbeit aus Gründen der Wirtschaftlichkeit durchzusetzen.

In München-Neuperlach, wo 650 Beschäftigte der 4-Mega-Chip-Fertigung entlassen werden sollen, — die Produktion wird nach Regensburg verlagert — hat der Konzern vorgeschlagen, 200 Beschäftigte ins Werk Balanstraße zu übernehmen, sofern sie einer Arbeitswoche von Dienstag bis Samstag im vollkontinuierlichen Betrieb zustimmen — also einer Arbeitswoche bis einschließlich Sonntagfrüh (siehe auch Seite 8).

Der Konjunkturrückgang und die immense Ausdehnung der Kapazitäten in den Karlsruher Werken — dort wird für die Automatisierungstechnik produziert, ein Bereich, in dem Konjunkturschwankungen der Investitionsgüterindustrie gleich spürbar werden — haben dazu geführt, daß in manchen Abteilungen zeitweise bis zu 60 % der Belegschaft in andere Abteilungen verliehen sind. Beschäftigte wurden ins Werk Bruchsal oder nach Frankfurt versetzt. Beschäftigte, die aus dem Elsaß und aus Rheinland-Pfalz nach Karlsruhe pendeln, wurden Arbeitsplätze in Haguenau (Frankreich) bzw. Speyer „angeboten“. Die tariflichen Bedingungen in beiden Werken sind schlechter, ein Ausgleich z.B. für Lohnverluste wurde abgelehnt. Für viele verkürzt sich nicht einmal die tägliche Anfahrtzeit von mehr als einer Stunde zur Arbeit. Die in etlichen Werken des Konzerns durchgezogenen Maßnahmen, Beschäftigte

innerbetrieblich, von Werk zu Werk, vom Konzern zur Tochtergesellschaft usw. zu versetzen, untergräbt die Versuche der Gewerkschaft und der Betriebsräte, den Rationalisierungsvorhaben und Entlassungswellen des Konzerns in den jeweiligen Bereichen entgegenzutreten. Erst nach heftigen Auseinandersetzungen konnten Siemens-Beschäftigte in München erreichen, daß sie nicht zur Mannesmann-Tally bzw. zu Siemens-Nixdorf (SNI) wechseln mußten.

Eine McKinsey-Studie, die für die Karlsruher Werke einen zu hohen Gemeinkostenanteil feststellte, führte vor allem im Bereich der Zeitlöhner dazu, neue Methoden der Flexibilisierung einzuführen, um die „Gemeinkosten“ zu senken. Zunächst wurde in den Instandhaltungsabteilungen damit begonnen, Personal an Produktionswerkstätten zu verleihen. Die Leerläufe, die im Arbeitsanfall bei Wartung und Reparatur unvermeidlich entstehen, werden so weiter eingedämmt, die Arbeitsleistung der dort Beschäftigten in die Höhe getrieben. Der Schlosser, der bisher in der Instandhaltung beschäftigt war, bei Störungen, Reparaturen und Wartungen an die Anlagen und Maschinen gerufen wurde, ist jetzt Produktionsabteilungen zugeordnet, arbeitet dort z.B. an der NC-Maschine und ist bei Störungen oder Reparaturen in der Abteilung sofort zur Stelle. Offensichtlich soll dies Konzept in großem Umfang eingeführt werden.



Leiterplattenmontage bei Siemens. Im Werk Kamp-Lintfort versuchte der Konzern 1989 Nachtarbeit für Frauen durchzusetzen. Anlaß: ein Großauftrag über 30000 Autotelefone. Das Gewerbeaufsichtsamt genehmigte 40 Nachschichten. Der Widerstand der Arbeiterinnen zwang den Konzern, das Projekt aufzugeben.

Möglichkeiten der Gegenwehr?

IMB beschäftigt sich mit dem Treiben des Konzerns

Vom 6. bis 9. Mai fand in München eine Tagung des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) mit Siemens-Betriebsräten aus 16 Ländern statt, um erstmals „gemeinsame Probleme und eine globale Gewerkschaftsstrategie“ für den Umgang mit dem Siemens-Konzern zu erörtern. „Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt Siemens 163 500 Arbeitnehmer, d.h. 44 % aller Arbeitskräfte des Konzerns, und der größte Beschäftigungszuwachs, der hauptsächlich durch Übernahmen erzielt wurde, fand außerhalb der Bundesrepublik statt.“ Gleichzeitig stellte der IMB eine „dramatische Veränderung in den Beschäftigungsstrukturen des Konzerns“ fest, „die die Gewerkschaften beunruhigt“.

Ziel der Konferenz sollte es sein, daß die Gewerkschaften „bei Siemens eine Politik über Arbeitsorganisation und Anhebung des Qualifikationsniveaus, insbesondere für weibliche Beschäftigte, entwickeln“ sowie daß angesichts der „Internationalisierung der Firmenstrukturen von Siemens“ „Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften Rechte auf Information und Mitbestimmung auf multinationaler Basis gewährt werden“. Der für die Konferenz erstellte Bericht über den Konzern enthält nur wenige Hinweise, wie sich der gewerkschaftliche Widerstand gegen das weltweite Treiben des Konzerns erfolgversprechend formieren könnte. Kritik an der Arbeitsorganisation und gewerkschaftliche Bemühungen um eine Veränderung der Arbeitsbedingungen im Konzern müßten zumindest auch die Kritik an der Siemens-Arbeitsbewertung (SAB) weiterführen. Um dieses Thema ist es aber in letzter Zeit in der gewerkschaftlichen Diskussion verdächtig ruhig geworden. In folgenden einige Auszüge aus dem Bericht des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes für die Tagung.

„Bezüglich der Internationalisierung und Weltmarktorientierung haben sich schon lange vor dem EG-Binnenmarkt die Aktivitäten von Siemens beschleunigt. Im Unterschied zu den Pionierzeiten geht es dabei insbesondere um den Aufbau bzw. Erwerb von Produktionsstandorten im Ausland. Dies ging einher mit der Forcierung der Unternehmenskonzentration. Siemens hat gerade in jüngerer Zeit erhebliche Mittel für den Zukauf von Unternehmen ausgegeben. Doch auch hier gibt es einen Unterschied zu früher. Siemens ist in der Lage, diese Aufkäufe aus der eigenen Kasse zu bezahlen — die Verbindung zu den Banken hat sich gewandelt ...“

Siemens hat in den achtziger Jahren die Produktbereiche und funktionalen Einheiten des Unternehmens in grundlegender Weise neu strukturiert ... Die hinter dieser umfassenden Organisationsreform stehende Philosophie und

Zielsetzung wurde von Unternehmensberatern wie folgt eingeschätzt: Mit dieser Reform soll dem Unternehmen Siemens die flexible und auf Profitmaximierung getrimmte Organisationsstruktur amerikanischer Unternehmen geben werden, ohne die deutschen Vorfürze von Qualität, Forschung und Entwicklung und langfristige Marktorientierung aufzugeben. Hintergrund für die Notwendigkeit dieser Reform war der Druck, der von spezifischen produktionsseitigen und marktlichen Entwicklungen der Elektro- und Elektronikindustrie ausging. Damit sind gemeint: Fortwährende Internationalisierung und Globalisierung; Druck auf die Deregulierung, herausragendes Beispiel ist der Telekommunikationsmarkt; Notwendigkeit einer Kundenorientierung: Tatbestand kürzerer Produktzyklen; starker Anstieg der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Um diesen veränderten Anforderungen gerecht zu werden, war offensichtlich die alte Organisationsstruktur zu behäbig und bürokratisch. Es kann hier nicht darauf eingegangen werden, in welcher Weise sich diese Organisationsreform auch bereits auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten niedergeschlagen hat. Allenthalben hört man jedoch davon, daß mit der neuen Unternehmensstruktur auch ein neuer Kostendruck auf die Beschäftigten ausgeht ...“

Es ist bezeichnend für die Ertragskraft und die Liquiditätsstärke des Siemens-Konzerns, daß er sämtliche investiven Aktivitäten aus der eigenen Kasse bezahlt. Großunternehmen wie Siemens sind schon seit einiger Zeit in der Lage hohe finanzielle Transaktionen ohne die Kreditierung durch Banken bewältigen zu können. Siemens ist nicht nur ein Produktionsunternehmen, sondern es erfüllt gewissermaßen zugleich die Funktion einer Bank. Die Finanzabteilung hat mit einer Liquiditätsmasse von derzeit rund 20 Mrd DM zu tun, und sie ist eine der profitabelsten Sparten des Elektronikkonzerns, wenn man die erwirtschafteten Fremdzinsen betrachtet. 1990 war der Zins- und Beteiligungsertrag von 1,9 Mrd DM erwirtschaftet — dies waren zwei Drittel des gesamten erwirtschafteten Bruttogewinns. Die Großindustrie braucht uns Banken doch unweigerlich. Ein Unternehmen wie Siemens z.B. hat über 20 Mrd DM in der Kasse. Siemens und die anderen sind auf unser Geld nicht angewiesen — so der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Herrhausen, im März 1989. Das Problem der Finanzabteilung ist also weniger, die Siemens-Aufkäufe und Geschäfte zu möglichst günstigen Zinsen aus Fremdmitteln zu finanzieren, sondern vielmehr, für die liquiden Mittel möglichst günstige Anlagen zu finden und die Erfolgsrechnung durch die erwirtschafteten Zinsen anzurechnen.“

Kaske: Der Umgang mit Konzerndienstleistungen

„Wachstumsquelle der Zukunft bleibt die Produktion“



42000 Unterschriften wurden Ende April bei einer Demonstration in München dem Siemens-Vorstand übergeben, um die Schließung des Werkes in Gladbeck zu verhindern. Siemens bot den Beschäftigten in Gladbeck an, sich zur „Erfüllung der Auftragsverpflichtungen“ des Konzerns in das 55 Kilometer entfernte Werk Bocholt versetzen zu lassen. Das Werk in Gladbeck wird zum Jahresende 1991 geschlossen. Bild: Kundgebung von Siemens-Beschäftigten gegen die Werksschließung.

Im Frühjahr hielt der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Kaske, eine Rede, in der er die Vorstellung angriff, die Gesellschaft befände sich auf dem Wege in das „postindustrielle Zeitalter“. Dem Dienstleistungssektor komme innerhalb der Volkswirtschaft zwar eine immer größere Bedeutung zu, aber die „Produktion bleibe der eigentliche Garant des Wohlstands“. Im Unterschied z.B. zu den USA sei ein nicht unbedeutender Teil des Dienstleistungssektors der BRD direkt dem produzierenden Gewerbe zugeordnet. Das müsse anders werden. Ein gigantisches Rationalisierungs- und Dequalifizierungsprogramm im Angestelltenbereich läuft an, gleichzeitig werden die Risiken der Expansion auf Zulieferer des Konzerns und die dort Beschäftigten abgeschoben.

Kaske: „Während bei uns nur knapp sieben Prozent aller Beschäftigten im produktionsorientierten Dienstleistungsbereich arbeiten, also in Firmen,

deren Dienstleistungen als Input in die Produktion eingehen, beträgt der Anteil in den USA zwölf Prozent. In anderen wichtigen Industrieländern liegt er zwischen neun und zehn Prozent. Bei uns werden also viel mehr Dienstleistungen „hausgemacht“ als anderswo.“

Ist diese „Do-it-yourself-Einstellung“ noch zeitgemäß? Ich meine nein! Wir können uns bei dem ständig wachsenden Wettbewerbsdruck zu teure „hausgemachte“ Dienstleistungen nicht länger leisten. Diese scheinen mir in Großunternehmen besonders zahlreich zu sein.

Sie konnten schon immer der Versuchung einer Dienstleistungsspezifischen Überorganisation schwer widerstehen. So schrieb Schmalenbach bereits vor fünfzig Jahren in seiner Abhandlung über die „Dienststellengliederung im Großbetrieb“: „Am deutlichsten sind diejenigen Erscheinungen, die mit wachsender Betriebsgröße zusammenhängen und die sich kundtun in einer

nicht nur absoluten, sondern auch relativen Vergrößerung des Schreib- und Rechenwerkes, der Kontrolleinrichtungen, der Zurückdrängung des Unternehmersinnes zugunsten des Beamteninnes, das Nachlassen der Sparsamkeit, das stärkere Hervortreten repräsentativer Bedürfnisse usw. Wollen wir wettbewerbsfähig bleiben, müssen wir die Wertschöpfungstiefe auf das Niveau unserer Konkurrenten aus USA und Japan reduzieren. Was im Fertigungsbereich eine Selbstverständlichkeit ist, fortwährend nach den kostengünstigsten Abläufen zu suchen, ist in den Serviceabteilungen eher die Ausnahme. Ich gebe zu, daß bei ihnen die Kosten-Nutzen-Analyse wesentlich schwieriger ist.“

Trotzdem wird uns nichts anderes übrigbleiben, als die Verlagerung selbsterbrachter Dienstleistungen auf externe Anbieter voranzutreiben. Eine Möglichkeit besteht in der Ausgliederung von Diensten in Tochtergesellschaften ... Eine andere Möglichkeit liegt im Erwerb von Kapitalbeteiligungen an bestehenden Dienstleistungsfirmen. Man kann natürlich auch Dienstleistungsfunktionen ganz aufgeben und zum vollständigen Fremdbezug übergehen. Für welchen Weg man sich entscheiden mag, ich halte die Verringerung der Wertschöpfungstiefe bei den internen Diensten für dringend geboten.

Rein statistisch gesehen wird sich dadurch das Gewicht des Dienstleistungsbereichs vergrößern, das des Produktionssektors verringern. Ich hoffe, daß dieses Phänomen dann nicht erneut falsch interpretiert wird als ein weiterer Schritt in die postindustrielle Gesellschaft.

Der Dienstleistungssektor kann nun einmal keine autonome bzw. eigenständige Rolle spielen. Er ist ohne den Produktionsbereich nicht lebensfähig. Wachstumsquelle der Zukunft bleibt die Produktion.“

Quellenhinweis: Siemens-Mitteilungen 4/91, Rede von Kaske auf dem „Goslarschen Pancket“ zum Thema „Die Vision von der Dienstleistungsgesellschaft — ein gefährlicher Irrtum“.

Protest verhindert Kommerz

Kein Supermarkt auf dem Gelände des ehemaligen KZ

Berlin. Auf der eiligst einberufenen Sitzung (fast) aller Beteiligten an dem Skandal um die Bebauung des Geländes des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück bei Fürstenburg wurde am Montag, dem 22. Juli entschieden: der Supermarkt von Kaiser's wird nicht eröffnet.

Im Herbst 1990 gab der Fürstenberger Gemeinderat einstimmig seinen Segen, das Gelände in der unmittelbaren Nähe der Gedenkstätte Ravensbrück als Gewerbegebiet nutzbar zu machen. Keine Rolle spielte dabei der Gedanke daran, daß dieser Teil des Geländes ehemals zum Konzentrationslager dazugehörte.

Dieses Gebiet war, wie der Bezirksbürgermeister Wolfgang Engler den Beschuß verteidigte, „die einzige Fläche, über die die Stadt verfügen konnte“ (Herv. d.V.). Die Genehmigung zur Bebauung holte man sich schnell auch vom Bundesvermögensamt und der Treuhand ein, die ebenfalls keinen Widerspruch zu dem Vorhaben hatten.

Die Gedenkstättenleitung legte Protest gegen die Bauvorhaben ein. Doch die politisch Verantwortlichen zeigten nur umgekehrte Reaktionen: Die Stadt durfte sich nicht durch die Gedenkstätte „erdrücken“ lassen, das frühere Barackenlager wäre ein ideales Gewerbegebiet aufgrund des Gleisanschlusses.

In ungebrochener Tradition antwortete der Bürgermeister auf Nachfragen nach ersten Protestbriefen aus Frankreich und den Niederlanden, er habe sie nicht übersetzen lassen, weil „Amtssprache ist deutsch“.

Erst auf Initiative einiger antifaschistischer Organisationen, darunter die Liga für Menschenrechte, der Bund der Antifaschisten und die Berliner Frauengruppe gegen Antisemitismus, wurden die Pläne des Fürstenberger Gemeinderats, auf dem ehemaligen KZ-Gelände in Ravensbrück einen Supermarkt, ein Autohaus, ein Café und eine Finanzverwaltung zu erstellen, einem internationalem Publikum bekannt. Viele Organisationen ehemaliger Verfolgter des Nazi-Regimes protestierten daraufhin bei der brandenburgischen Landesregierung. Es gab Protestkundgebungen und Mahnwachen vor dem inzwischen fertigen Bau und an der Mahn- und Gedenkstätte. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli verübten die „Revolutionären Zellen“ je einen Brandanschlag auf den Kaiser's Rohbau in Ravensbrück und auf eine Filiale am Prenzlauer Berg, einem Stadtteil in Ostberlin.

Von der Frauengruppe gegen Antisemitismus und dem *Neuen Deutschland* zu einer Stellungnahme aufgefordert, hatte Renault bereits in der ersten Juliwoche erklärt, den Bau sofort zu stoppen. Angeblich keine Ahnung, „wie belastet der Standort sei“, will auch der Vorstand der Tengemann-Gruppe, zu

der der Supermarktkonzern Kaiser's gehört, laut Willi Schellen, Vorstandsmitglied, gehabt haben. Sie haben sich erst jetzt, nach massivem internationalen Protest, gegen eine Nutzung des Gebäudes ausgesprochen. Dem Konzern wird nach Aussagen des brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe ein Alternativstandort angeboten.

Zu handgreiflichen Auseinandersetzungen kam es bei der vom Unabhängigen Frauenverband und dem Netzwerk Arche organisierten Mahnwache am Wochenende (19./20.7.). Aufgebrachte Fürstenberger BürgerInnen formierten sich vor den ehemaligen Häftlingen, die u.a. in den Schneidereien der SS auf dem KZ-Gelände, wo jetzt der Supermarktrohbaustehnt, unter unmenschlichen Bedingungen Uniformen für SS und Wehrmacht nähen mußten. Äußerungen wie „Fremdbeiter habe es auch in Fürstenberg selbst gegeben, dann dürfe ja nirgends gebaut werden“ machten unter den protestierenden FürstenbergerInnen die Runde. Auch sie wollen endlich in den „Genuss der Marktwirtschaft“ kommen.

In der Nacht zum Dienstag, nach der entscheidenden Sitzung bei Ministerpräsident Stolpe, haben einige hundert FürstenbergerInnen stundenlang die Bundesstraße, die durch Fürstenberg führt, blockiert. Und dies, obwohl ihrer Forderung nach Versorgung durch einen Alternativstandort für Kaiser's entsprochen worden ist. Kaufen wichtiger als Erinnern ... da geht man auch schon mal gegen ehemalige Häftlinge vor. Oder ist es mehr als das?

Schon zu Beginn des Monats aufgetauchte Pressemeldungen, nach denen sich im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg in der Nähe von Berlin ein ähnlicher Skandal abzeichnet, haben inzwischen neue Nahrung bekommen. Standort eines zukünftigen Finanzamtes soll die ehemalige SS-Hauptverwaltung der Konzentrationslager werden. In früheren Pressemeldungen wurde auch schon erwähnt, daß mit den Bauarbeiten begonnen wurde. Bislang gibt es noch keine offiziellen Stellungnahmen, außer der Ankündigung, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die „Umgebungsbebauung“ ehemaliger Konzentrationslager koordinieren, und dabei den Charakter der Gedenkstätten wahren soll.

Wahrscheinlich wäre es an der Zeit, daß sich verschiedenste antifaschistische Organisationen und Organisationen ehemaliger Verfolgter und deren Angehörige zusammensetzen und eine unabhängige Arbeitsgruppe zum Schutz der Gedenkstätten gründen. In dem demokratisch legitimisierten Gewerbegebietsgründungswahn der einzelnen Gemeinden eine Stütze im antifaschistischen Kampf zu sehen, ist wohl vergebliches Hoffen. — (saf/VF)

Weiterhin keine Entschädigung der „Ostarbeiter“?

Nach 2+4-Vertrag ist das Verweigerungsargument der BRD vom Tisch

Mannheim. Mitte Juni fand in Mannheim eine von der VVN Mannheim, VVN Ludwigshafen und der Volksfront getragene Veranstaltung zur bis heute offenen Entschädigung der unter dem NS-Regime ausgebeuteten Zwangsarbeiter statt.

Der Vertreter der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter, Alfred Hauser, selbst vormals Zwangsarbeiter bei Bosch, wies auf den wichtigen Sachverhalt hin, daß der nach dem DDR-Anschluß abgeschlossene 2+4-Vertrag von der Bundesregierung ausdrücklich als Friedensvertrag anerkannt worden ist. Dies ist insofern interessant, als bisher die Ansprüche ausländischer, vor allem osteuropäischer Zwangsarbeiter mit dem Argument abgewiesen wurden, sie seien zu früh gestellt. Derartige Wiedergutmachungen bzw. „Reparationen“, als was es die BRD begriff, seien laut Festlegung des Londoner Schuldenabkommens von 1953 erst nach Abschluß eines Friedensvertrags fällig.

Nun gibt es einen „Friedensvertrag“, und trotzdem wird offenbar von den 7 bis 800 000 noch lebenden polnischen ZwangsarbeiterInnen keine/r eine Entschädigung erhalten. Im Vertrag mit Polen wurde dieses Thema ausgespart. Die BRD setzt skrupellos auf ihre wirtschaftliche Überlegenheit und nutzt die Notlage Polens schamlos aus.

Andererseits, so wandte Stanislas

beiter statt. Es ging dabei um den Musterprozeß, den die ehemalige Zwangsarbeiterin Waltraud Blass gegen die Siemens AG angestrengt hatte und die Chancen einer Entschädigung der sogen. Ostarbeiter nach dem 2+4-Vertrag.

sene Fremde“, Dissertation über die Zwangsarbeiter in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt 1989) ein, entwickle die jüngere Generation der polnischen Politiker kein großes Interesse mehr, sich für ihre faschismusgeschädigten Landsleute einzusetzen.

So scheint die Rechnung der Bundesregierung aufzugehen, daß sich die noch ausstehende Wiedergutmachung an den „Ostarbeitern“ (mit den westeuropäischen Ländern gab es diesbezüglich Globalabkommen) selbst nach Abschluß eines Friedensvertrags biologisch, nämlich durch den Tod der Opfer lösen wird.

Was die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter betrifft, können die Bundesregierung und die Konzerne augenscheinlich beruhigt auf die hiesigen Gerichte setzen. Diesen Opfern wurde und wird weiterhin erklärt, sie hätten ihre Anträge zu spät gestellt. Die Ansprüche von Frau Blass wurden jetzt in der Berufungsverhandlung vor dem OLG München wegen Verjährung zurückgewiesen. Diese Begründung ist perfide. Frau Blass konnte ihre Ansprüche nicht früher geltend machen, da erst jetzt Do-

Nach zehn Jahren: Freispruch von Strauß-Bedeckung

Stuttgart. Die Betroffenen erklären: „Im Juni 1981 hielten wir, Susanne Eichhorn (heute Cokgöngör) und Brigitte Renkl, dem Herrn Strauß, damals bayerischer Ministerpräsident, anlässlich eines Besuchs in Regensburg ein Transparent entgegen mit der Aufschrift: „Strauß deckt Faschisten“. Wir erhielten schließlich Strafbefehle. Zehn Jahre dauerte es, bis wir „Recht“ bekamen. Franz Josef Strauß und sein Advokat Ossmann, schleiften uns durch alle gerichtlichen Instanzen, die dieses Land aufzubieten hat. Gegen diese Urteile legten wir im Januar 1986 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Am 19. April 1990 erging Urteil: Wir haben den Prozeß gewonnen. Und es ist eine unbestreitbare Freude, die Strauß so dienstfertige bayerische Justiz im Gewand des Verfassungsfeinds zu sehen.“ — (alk)

„Graswurzelrevolution“ wegen Blockadeaufruf durchsucht

Heidelberg. Staatsanwaltschaft und Polizei haben die Redaktion der Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ sowie eine Privatwohnung durchsucht und Flugblätter und Druckvorlagen beschlagnahmt. Anlaß war ein im März erschienenes Flugblatt „Die Waffen nieder“, in dem zur Blockade von Zügen anlässlich des Rekruteneinzuges aufgerufen wurde. Stgt. Zeitung, 18.7. — (evc)

32 Monate Gefängnis wegen TKP/ML-Spendensammlung

Mannheim. Mit den Worten: „Ein Zeichen soll gesetzt werden“ verurteilte das Landgericht Mannheim am 28.6. einen Sympathisanten der TKP/ML zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis wegen angeblicher „einfacher Erpressung“. Der Angeklagte hatte im Herbst letzten Jahres an einer Spendenaktion der Sympathisanten der TKP/ML teilgenommen. Ende Dezember 1991 war er mit einer weiteren Person unter dem Vorwurf der räuberischen Erpressung in Haft genommen. Reaktionäre türkische Kreise hatten behauptet, es sei Druck und Zwang auf den jeweiligen Spender ausgeübt worden. Die polizeilichen Ermittlungen stützen sich ausschließlich auf diese Aussagen. Das handschriftliche Vernehmungsprotokoll trägt die Unterschrift von 24 Zeugen, bei deren Vernehmung kein Dolmetscher anwesend war. Vor Gericht zeigte sich, daß sich nur drei Zeugen deutsch ausdrücken konnten. Aufgrund krasser Widersprüche in den Aussagen konnte der Vorwurf der räuberischen Erpressung nicht aufrecht erhalten werden. Ohne weitere Beweisführung erkannte das Gericht eine einfache Erpressung. Inzwischen hat der Anwalt des Verurteilten erfolgreich Revision beantragt sowie die Aufhebung der vom Landgericht Mannheim verhängten Fortsetzung der U-Haft. — (tht)

ZAST Karlsruhe: Rechtswidrigkeiten der Ausländerpolizei

Karlsruhe. In einer Pressekonferenz hat der Flüchtlingsrat Karlsruhe am 18.7. die Öffentlichkeit über Rechtswidrigkeiten informiert, die die Ausländerpolizei in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) zunehmend praktiziert. In einem „Karlsruher Appell“ verlangt der Flüchtlingsrat von Innenminister Schlee, diese Praktiken zu beenden. Der Appell wird bereits von über 30 Flüchtlingsorganisationen in Baden-Württemberg, dem DGB-Kreis Karlsruhe, der IG Metall Karlsruhe und der Landtagsfraktion der Grünen unterstützt. Die Rechtswidrigkeiten der Ausländerpolizei sind in einer 60seitigen Dokumentation belegt (Bezugsadresse: D. v. Loeper, Kiefernweg 13, 75 KA, Tel. 0721/706755) Aufgrund von schriftlichen Zeugenaussagen ist an rechtswidrigem Handeln u.a. folgendes bekannt: Die Ausländerpolizei hindert Flüchtlinge, Asylanträge zu stellen, indem sie ihnen entweder den Zugang zum Lager verweigert, indem sie über Wochen hinweg nicht zur Antragstellung in die Ausländerbehörde hineinläßt oder ihnen die richtigen Antragsformulare nicht aushändigt. Zum Teil werden Flüchtlinge einem „Scheinverfahren“ unterworfen. Sie bekommen nur eine „Notaufnahme“ in der ZAST, d.h.: sie werden nicht registriert und existieren offiziell somit gar nicht. Sie werden dann von der Polizei und z.T. auch vom Bundesamt angehört, ohne daß ein Aktenzeichen angelegt wird. Anschließend werden sie abgeschoben. Einen Rechtsweg gibt es nicht. Flüchtlinge werden u.a. ohne Dolmetscher angehört, z.T. müssen sie am Ende der Anhörung Blankounterschriften unter leere Anhörungsprotokollformulare abgeben. — (bab)

Protest gegen Skinhead-Überfall von Gewerkschaften unterstützt

Stuttgart. Am 20.7.1991 protestierten rund 300 Menschen mit einer Kundgebung in Kemnat gegen den Überfall von Skinheads auf ein Grillfest, bei dem sie mehrere Türken schwer verletzt und einen Deutschen durch Messerstiche fast umgebracht haben. Aufgerufen hatten u.a. gewerkschaftliche und Betriebsräte. Eine Gruppe junger Faschisten versuchte mit Reichsfahne, Hitlergruß und Naziparolen die Kundgebung zu sprengen. Pfarrer Baumgarten vom AK Asyl forderte verstärkte Jugendhilfemaßnahmen; Werner Pfennig, Landesbezirksvorsitzender der IG Medien, sprach sich gegen das Ausländergesetz aus und forderte das kommunale Wahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen; U. Eid von den Grünen forderte die Anerkennung Deutschlands als Einwanderungsland. — (ulk)

1700 demonstrierten gegen Mordversuch an Ercan

Hamburg. Trotz kurzfristiger Mobilisierung demonstrierten am 25.7. 1700 Menschen im Hamburger Außenbezirk Bergedorf gegen den Skinhead-Terror, der dem 23-jährigen Ercan fast das Leben gekostet hätte. Dieser hatte mit zwei türkischen Freunden am 20.7. eine Disko auf einem Kneipenschiff besucht, waren, war dort sofort von einer Bande Nazis angegriffen und lebensgefährlich verletzt worden. Die Täter wurden später von der Polizei gefasst, drei von ihnen sind in Untersuchungshaft. Viele hoffen, daß die Demonstration dazu beiträgt, eine kontinuierliche antifaschistische Arbeit in Bergedorf, einer Hochburg faschistischer Schlägerbanden, zu entwickeln. — (scs)



Stuttgart. Ab Sonntag, dem 14. Juli 1991, befanden sich in Stuttgart 28 Kurdiinnen und Kurden in einem einwöchigen Hungerstreik gegen die Massaker an der kurdischen Bevölkerung. Täglich mehrere Stunden lang gab es auf dem Schloßplatz, wo ein Zelt aufgestellt wurde, Informationen und Diskussionen zur aktuellen Entwicklung sowie kulturelle Beiträge. — (alk/Bild: rac)

Wieder ein „Einzeltäter“?

Unteroffizier schießt auf türkische Jugendliche

München. Am Montag, den 15.7.91, fand im Münchner Stadtteil Neuperlach eine Kundgebung mit anschließender Demonstration statt. Aufgerufen hatten dazu Münchner Jugendverbände und örtliche Initiativen. Anlaß waren die Schüsse, die eine Woche vorher von einem Unteroffizier der Bundeswehr auf zwei türkische Jugendliche abgegeben wurden. Opfer waren der 20jährige Levent, der durch einen Beinschuß verletzt wurde, und der 19jährige Cüneyt, der am Kopf und am Oberkörper lebensgefährlich verletzt wurde.

Die bürgerliche Presse berichtete, wenn sie dem Täter überhaupt Ausländerfeindlichkeit attestieren, als handele es sich um einen verwirrten Einzeltäter. Es sollte nicht vergessen werden, daß es sich bei dem „Einzeltäter“ um einen Dienstgrad der Bundeswehr handelt.

Bekannt ist auch, daß innerhalb der Bundeswehr fortschrittliche Anschaulungen nicht gerade gefördert werden, im Gegenteil, die Bundeswehr ist Brutstätte von Rassismus und Ausländerhaß. Dort wird den Soldaten eben auch beigebracht, auf „Ausländer“ zu schießen. Genauso bereitet die Regierung mit ihrer ausländerfeindlichen Politik den Nährboden für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. So wird mit den Gesetzen von Innenminister Schäuble der Rassismus auch staatlich verordnet. Der aus-

ländische Arbeiter wird entreicht und der Willkür von Behörden ausgesetzt. Und seit dem 1.7. wird bundesweit gemäß bayerischen Beispiel verstärkt abgeschoben, was für viele Verfolgung, Folter und Tod bedeutet. Ebenso scheint sich die Regierung nicht daran zu stören, daß in der einverleibten Ex-DDR Skinheads auf offener Straße faschistische Parolen größen und die Bevölkerung terrorisieren. Und wenn in München auf offener Straße mit dem Gewehr in der Hand Jagd auf ausländische Jugendliche gemacht wird, dann hat die Polizei nichts besseres zu tun, als die Eltern der Opfer mit Fragen zu belästigen, die darauf hinauslaufen, daß Rechtfertigungen für den Täter gesucht werden, weil er sich provoziert gefühlt haben könnte.

Gegen diese Zustände richtete sich die Demonstration, an der sich etwa 250 Menschen beteiligten. Der Demo-Zug, der zum größten Teil aus Jugendlichen bestand, endete an dem Ort, wo die Schüsse fielen. Im Anschluß fand eine Mahnwache auf dem Odeonsplatz statt. Die vor dem Innenministerium angemeldete Mahnwache sollte aufzeigen, von wo die Entrechte und Diskriminierung unserer ausländischen Freunde und Kollegen ausgeht. Doch die Behörden verlegten sie. In München darf eben der Name der Schuldigen nicht so laut gesprochen werden. — (mah)

Entlassung beim Mega-Chip

DKP Betriebsgruppe Siemens: Halle 95 wird „abgewickelt“

München. Am 11.3. kam die Botschaft: Zum Geschäftsjahresende (30. September 1991) soll die Halle 95 in Perlach geschlossen und „besenrein“ übergeben werden. Dort wurden seit 1985 Mega-Chips entwickelt und später auch gefertigt. Seit 1988 geschah dies rund um die Uhr an allen Tagen der Woche. Damals war die Mega-Chip-Fertigung so wichtig, daß Siemens trotz öffentlicher Proteste die Samstags- und Sonntagsarbeit durchpaukte. Auch der Steuerzahler wurde kräftig zur Kasse gebeten. Nun soll alles — zumindest für eine der beiden Perlacher Mega-Hallen — vorbei sein.

Vor dem Schließungsbeschuß hatte Siemens angesichts der Verluste im Bereich HL (Halbleiter) die sattsam bekannte Firma McKinsey beauftragt, diesen Bereich zu untersuchen. Ergebnis: Pro Jahr sollen 200 Mio. DM gespart werden. Die Schließung der Halle 95 ist eine der Maßnahmen. Wie sieht wohl die Zukunft von HL aus? ...

Zwar bietet Siemens rund 200 Betroffenen die Versetzung in Halle 84 (die zweite Perlacher Mega-Halle) und weiteren 200 die Versetzung in die Balanstraße an — die Sache hat aber einen Haken: In der Balanstraße sollen die neuen Arbeitsplätze nur entstehen, wenn es ein neues Schichtmodell von Dienstag bis Samstag gibt, also erstmals in der

Balanstraße regelmäßige Samstagsarbeit. Zwar gab es zuvor noch 130 offene Stellen von Montag bis Freitag, diese waren aber urplötzlich verschwunden. Die Betriebsräte nennen diese Methode Erpressung.

In der Perlacher Betriebsversammlung fragte eine Kollegin, „seit wann hier die Menschen wie Ping-Pong-Bälle behandelt werden“ — in der Balanstraße von einem Flur zum anderen, nach Perlach in die Kontischtisch, dann wieder in die Balanstraße in die Samstagsarbeit.

Inzwischen gibt es Betriebsvereinbarungen: In der Balanstraße gelang es zumindest, die Zahl der regelmäßig am Samstag arbeitenden und damit den Schaden zu begrenzen.

In Perlach war die Firma allenfalls zu einer vagen Zusage bereit, daß „aus heutiger Sicht“ betriebliche Kündigungen „nicht beabsichtigt“ seien. Bei dem Maßnahmenkatalog werden dann aber als eine der Möglichkeiten auch Aufhebungsverträge ausdrücklich genannt. Hierfür war Siemens bereit, bei den Abfindungen etwas tiefer in die Tasche zu greifen. Das aber dürfte der Firma nicht sonderlich weh tun, erhält man dafür doch die Möglichkeit, die Halle 95 ohne betriebsbedingte Kündigungen mit entsprechendem öffentlichen Aufsehen „abzuwickeln“. — (dil)

Quelle: DKP-Betriebscho Siemens Juli 1991

Bosch/Varta-Fusion: Haltlose Versprechungen

Hildesheim. Eine Betriebsratsdelegation von Bosch war in Brüssel und erfuhr dort, daß die Versprechungen des Bosch-Konzerns, in Hildesheim gingen durch die Fusion mit Varta keine Arbeitsplätze verloren, schlichtweg falsch waren. Der EG-Sozialreferent der Bundesrepublik teilte den Betriebsräten mit, daß die Batterieproduktion von Hildesheim ins Varta-Werk Hannover verlagert würde. Davon sind bei Bosch 300 Beschäftigte betroffen, die angeblich von Varta übernommen würden — zu den bedeutend schlechteren Tarifen im Werk Hannover. Für Facharbeiter befragten die Einkommensverluste monatlich 500 DM. Der Betriebsrat hätte eine viermonatige Frist, während der eine öffentliche Anhörung zur Fusion von Bosch und Varta möglich war, ungenutzt verstreichen lassen. — (mal)

IG Chemie bereitet sich auf Manteltarifverhandlungen vor

Mannheim. Auf einer tarifpolitischen Funktionärskonferenz der IG Chemie Baden-Württemberg herrschte allgemeine Zufriedenheit über die Höhe (6,7 %), nicht jedoch über die Geschwindigkeit des Abschlusses. Für 1992 kündigte HV-Mitglied Terbrak wieder zentrale Entgeltverhandlungen an, da es gleichzeitig um Mantel-Fragen gehe (der Mantel-TV wird zum 31.12.91 gekündigt): Arbeitszeitverkürzung, Ausstiegsmöglichkeiten für Vollkontakte vor der Rente, „neue Arbeitszeitmodelle“ mit „etwas mehr Flexibilität“ bei der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung — er wolle nicht die Metall-Situation mit 15 % der Belegschaft auf nach wie vor 40 Stunden. — (sam)

Personalkostenplanung mit PAISY

Hamburg. Das Personalabrechnungs- und Informationssystem PAISY, ein sehr variables EDV-System für die Personalabteilungen von großen und mittleren Industrieunternehmen, ist seit zwanzig Jahren auf dem Markt. PAISY zeichnet sich dadurch aus, daß es, vom Hersteller immer auf den neuesten Stand steuerlicher bzw. sozialversicherungsrechtlicher Anforderungen für die Lohn- und Gehaltsabrechnung gebracht, zusätzlich in der Lage ist, durch sogenannte „Info-Läufe“ Auswertungen über den jeweils aktuellen Datenbestand einer Belegschaft zu fahren. Fehlzeiten- oder Verdienstgradstatistiken von Akkordlöhnen sind z.B. beliebte Auswertungen — wenn denn die Betriebsräte mitspielen und solche Auswertungen genehmigen —, die sich Geschäftsführungen und Vorstände vorlegen lassen, um daraus Schlüsse zu ziehen. „Steuerungsinstrumente eines Unternehmens“ ist der derzeitige Fachaussdruck dafür, daß die Kapitalisten EDV einsetzen, um die letzte Luft aus Arbeitsabläufen herauszudrücken.

Um der Firma SAP, dem derzeit schärfsten Konkurrenten von PAISY, etwas entgegenzusetzen zu können, bietet PAISY jetzt ein EDV-Modul für die Personalkostenplanung an. Bei der Jungheinrich A.G. soll eine Pilotinstallation vorgenommen werden. Wenn dieses Modul zum Einsatz käme, könnte im Dialog am Bildschirm mit den Originaldaten der Belegschaft jede denkbare statistische Anfrage gestartet und EDV-mäßig abgebildet werden. Die Betriebsräte verlangen die Vorlage aller gewünschten Abfragen und daß diese nur nach ihrer Genehmigung gestartet werden dürfen. — (hel)

Blaupunkt entläßt ein Drittel der Belegschaft

Fertigung in „Billiglohnländer“ / Bosch polemisiert massiv gegen die Tarifpolitik der IG Metall

Hildesheim. In Konzernbetrieben mit hohen Anteilen ungelernter Tätigkeiten, in denen meist Frauen unterbezahlt arbeiten, hat Bosch schon in den achtziger Jahren immer mehr Produktionsbereiche ausgelagert; trotz der für den

Konzern günstigen Lohnkostenentwicklung. Bosch-Chefmanager Bierich zynisch angesichts der 2000 Entlassungen bei Blaupunkt: „Die Lohnpolitik der IG Metall vernichtet Arbeitsplätze ... Wir warnen vor ihrer Fortsetzung.“

Was soll man von dem halten, was Bosch- und Blaupunkt-Geschäftsführungen sagen, wenn es um Entlassungen, Produktionsverlagerungen und Schließungen von Standorten geht? Noch Anfang Juli hieß es, daß der Blaupunkt-Standort Herne mit 500 Beschäftigten nicht dicht gemacht wird. Bei Blaupunkt in Hildesheim und Herne stünden maximal 1100 Entlassungen an. Durch die Fusion mit Varta auf dem Gebiet Starterbatterien wären bei Bosch in Hildesheim keine Arbeitsplätze gefährdet. Bei genauerer Studium der Wirtschaftsteile in den Tageszeitungen der zweiten Julihälfte stellt sich heraus, daß der Bosch-Konzern massiv die Belegschaften bei Blaupunkt und Bosch dezimieren wird: 1700 Entlassungen mindestens bei Blaupunkt in Hildesheim, Herne wird bis Ende 1992 geschlossen. Damit stehen 500 weitere Entlassungen fest. Derzeit arbeiten bei Blaupunkt noch 6500 Leute. Und Bosch wird die Batterien nun doch bei Varta in Hannover produzieren lassen, da dort die Löhne 500 DM unter dem Bosch-Niveau liegen. 300 der 3000 Beschäftigten sind in Hildesheim davon betroffen. (2) Dem voraus ging die Darstellung des Vorsitzenden der Bosch-Geschäftsführung, Marcus Bierich, daß die Tarifpolitik der IG Metall verantwortlich für Entlassungen und Verlagerung ganzer Produktionswege in Billiglohnländer sei. Die Tarifpolitik der Gewerkschaft „vernichtet Arbeitsplätze in Deutschland und liegt deshalb nicht im Interesse unserer Mitarbeiter.“ (1)

Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Hildesheim, Karl-Heinz Meyer, erklärte, dem Betriebsrat bei Blaupunkt sei ein Papier der Geschäftsführung vom Oktober 1990 bekannt, in dem schon vor dem Tarifabschluß feststand, daß allein in Hildesheim bis Ende 1992 über 1700 Entlassungen vorgesehen seien. Damit entbunden alle Behauptungen der Arbeitgeber, die deutliche Lohnerhöhung vom Mai habe die Entlassungszahlen beeinflußt, jeglicher Grundlage. (2)

„Unsere Betriebe können es sich im internationalen Wettbewerb nicht leisten, Löhne in den unteren Leistungsgruppen zu zahlen, die langsam an Facharbeiterlöhne herangehen. In dieser Entwicklung trifft die Gewerkschaften die volle Verantwortung für die Konsequenzen“, kommentiert die IHK-Nieder-

sachsen den Metallabschluß. (3) Demgegenüber hat Blaupunkt im Wirtschaftsjahr 1990/91 einen Nettogewinn von 1,1 Millionen DM an Bosch überweisen können, während noch im Vorjahr der Konzern 19,5 Millionen DM Verluste ausgleichen mußte.

Trotzdem kann Blaupunkt z.B. die Verteuerung der Vorprodukte nicht an die Verkaufspreise weitergeben. Tatsächlich existiert bei Autoradios ein Preisverfall auf dem Markt. Der diesjährige Tarifabschluß wird die Produktionskosten steigern. Andererseits brauchen die Beschäftigten auch im nächsten Jahr eine inflationsausgleichende Tarif erhöhung inkl. Mindestkomponente.

Dafür wird die IG Metall kämpfen müssen, aber auch um die Arbeitsmarktentspannung. Zu diesen Kommunalwahlen kandidiert in Hildesheim noch niemand, der eine eigenständige Kommunalpolitik gegen den beherrschenden Einfluß von Bosch/Blaupunkt fordert oder z.B. dem auch ein existenzsicheres Arbeitslosengeld entgegensezert. Quellenhinweis: (1) Handelsblatt, 5.6.7.1991; (2) Hildesheimer Allgemeine, 5. bis 22.7.91; (3) Niedersächsische Wirtschaft, 7/91 — (mai)

Grüne zur Kinderbetreuung

Gesetz der Grünen im Landtag Baden-Württemberg

Stuttgart. Dem Gesetzentwurf der Landtagsfraktion der Grünen für ein Kinderbetreuungsgesetz merkt man an, daß er nicht auf breiter Diskussion von Betroffenen, Gewerkschaften und weiteren Parteien entstanden ist. Wie schon vor einem Jahr die SPD mit einem solchen Gesetzentwurf gescheitert ist, wird auch dieser Entwurf an der Mehrheit von CDU und FDP nicht vorbeikommen. Die Lage in diesem Bereich ist nicht so, daß es reicht. Gesetzentwürfe einzubringen und sich somit etwas ändert.

Zu verfolgen ist dies insbesondere in Fragen der Qualität. In Baden-Württemberg gibt es immer wieder neue und schlechte Einrichtungsarten (Kernzeiten an der Grundschule, Horte an den Schuln, Halbtagskindergarten), die aber kaum kritisiert werden, da „sie eben besser sind als gar nichts“, und einem kleinen Teil von Eltern eben auch ausreichen und entgegenkommen.

Auch im Gesetzentwurf treten diese Spaltungslinien deutlich hervor:

Hauptmangel ist, daß nicht von einem einheitlichen Kinderbetreuungskonzept die Rede ist, sondern verschiedene Be-

treuungsarten wie Regelkindergarten, Halbtagskindergarten und Tagheim noch erweitert werden sollen. Die Tagesmutterbetreuung soll für unter dreijährige Kinder weiter ausgebaut werden, ja sogar gleichwertige Stellung im Betreuungskonzept erhalten. Dies entspricht nun gar nicht der fortschrittlichen Diskussion, wendet sie sich doch gerade dagegen, die Kleinsten schon in Einrichtungen entsprechend der Lebenslage ihrer Eltern zu sortieren. Jedes Kind hat das gleiche Bedürfnis nach Erfahrung außerhalb der Familie, deswegen müssen diese Bedürfnisse in einer Einrichtung erfüllt werden, und in dieser Einrichtung haben dann Kinder und Eltern die Möglichkeit, zu entscheiden, in welchem Umfang sie die Betreuung in Anspruch nehmen wollen.

Dagegen, daß Tagesmütter tariflich abgesichert werden sollen, wie im Gesetzentwurf gefordert, und Rechte auf Weiterbildung und Ansprache haben, ist nichts einzuwenden. Allerdings tun sich hier andere Probleme auf. Bis zu vier Kinder unter drei Jahren sollen Tagesmütter betreuen dürfen und können. Sie sollen nach Kinderpflegerat tarifgruppiert werden. Verschiedene Schlüsse können gezogen werden.

— Zur Erziehung von unter dreijährigen Kindern werden keine Fachkräfte benötigt, hier genügt die familienähnliche Situation.

— Um als ausgebildete Kinderpfleger eingruppiert zu werden, reicht es, Mutter zu sein.

— Als Bestandteil des Kinderbetreuungsgesetzes gelten Tagesmütter als gleichwertige Betreuungseinrichtung.

Ist dies der Fall, dann müßte wenigstens eine pädagogische Ausbildung Voraussetzung sein, sonst könnte auch in den Kinderkrippen „Mutter“ als Qualifikation reichen. Dies ist besonders wichtig, wenn die Tagesmütter bei Kommunen und üblichen Trägern für Kinderbetreuungseinrichtungen angestellt sind, wie es der Entwurf vorsieht.

Sieht man einmal von der ideologischen Ausrichtung, daß kleine Kinder in die Familie gehören, ab, dann wurde das Tagesmüttermodell eingerichtet, um die Löcher der fehlenden Einrichtungen zu stopfen und das Ganze enorm billiger zu gestalten. Bei Tagesmüttern fallen weder Miet-, Ausstattungs- noch Personalkosten an, und dem Wunsch nach Bereitstellung von weiblicher Arbeitskraft ist nachgekommen. Die großen Probleme, z.B. im Krankheitsfall und Urlaub der Tagesmutter und im rechtlichen Verhältnis zueinander, die hier immer wieder anfallen, bleiben den Betroffenen allein überlassen und müssen irgendwie individuell gelöst werden. Solche Notlösungen als Alternative anzubieten, ist recht problematisch.

„Jedes Kind hat das Recht auf einen bedarfsgerechten Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung oder bei einer Tagesmutter.“ Wieso hier von der Forderung nach einem Recht auf einen Kindertagheimplatz abgewichen wird, ist nicht nachzuverfolgen. Nur bei Durchsetzung eines solchen Rechts kann ein einheitliches, flächendeckendes und wohnnahes Angebot entstehen.

Gruppengröße, personelle Besetzung, Vor- und Nachbereitungszeit, Fachberatung und Fortbildung, in diesen Bereichen sind die Forderungen wirklich ausreichend.

Null-Tarif? — Leider wurde auch dieser Forderung nicht Rechnung getragen. „Die Träger der Betreuungseinrichtungen können die Elternbeiträge so bemessen, daß der wirtschaftlichen Belastung durch den Besuch der Kinderbetreuungseinrichtung und der Zahl der Kinder in der Familie Rechnung getragen wird.“ Also offen für Beitragsstaffelung und Diskussionen, was noch an Belastung für die Eltern möglich ist und was nicht mehr Kostenfreiheit, weil als Bildungseinrichtung in heutiger Zeit absolut nötig, auf diese Forderung sollte nicht verzichtet werden.

Insgesamt ist noch einmal festzuhalten, daß auch die Grünen an wirklich elementaren Forderungen wie dem einheitlichen und gebührenfreien Bildungswesen und der Forderung nach dem Recht auf einen Kindertagheimplatz festhalten sollten. Die Diskussion breit mit betroffenen Eltern und Beschäftigten zu führen wäre für die Vereinbarung in Forderungen, aber auch für die Durchsetzungskraft von entscheidender Bedeutung. — (aub/AGK)



Düsseldorf. Mit einer spektakulären Aktion setzten sich am 19. Juli zahlreiche Prominente (u.a. Wallraff, Giordano, Niedecker,) für ein Bleiberecht der Roma ein: Im Anschluß an eine Pressekonferenz im Roma-Zeltlager vor dem Landtag zogen sie mit Latten und Brettern vor die Staatskanzlei und zimmerten vor deren Türen ein symbolisches Haus für die Roma zusammen. Weil Ministerpräsident Rau „ausgeflogen“ war, konnte eine Resolution nur abgegeben werden. — (mz — Bild: af/mz)

VW-Betriebsversammlung: „Rasenmähermethode“

Hannover. In der letzten Betriebsversammlung bei VW in Wolfsburg ging der Betriebsratvorsitzende Volkert besonders auf die Themen Standortverschiebung der westdeutschen Werke und die Managementmaßnahmen zur Verbesserung der Strukturen ein. Für das Werk Wolfsburg forderte er eine „volle Flexibilität für zwei unterschiedliche Fahrzeugtypen“. Volkert kritisierte einen vom Vorstand vorgelegten Plan, der u.a. die Steigerung der Produktivität in der Produktion durch Reduzierung des Personals im Angestellten- und Zeitlohnbereich um 50000 in der VW AG vorsieht. Er lehnte das als „altbekannte phantasielose Rasenmähermethode“ ab. Quelle: Werksitz. Autogramm 7/8-91 — (gka)



München. Zum Abschluß eines einwöchigen Solidaritätshungerstreiks mit Kurdistan am 20.7. eine Demonstration durchgeführt, an der sich etwa 150 Menschen aus verschiedenen Organisationen und Nationalitäten beteiligten. Es sprachen Vertreter der Hungerstreikenden, eine Vertreterin des bayerischen Flüchtlingsrates und Vertreter der Grünen. Ferner wurde eine Erklärung der ERNK verlesen. — (chl)

Aus Ländern und Gemeinden

Landeseltern für christliche Kultur an den Schulen

Karlsruhe. Der baden-württembergische Landeselternbeirat hat sich Anfang Juni offenbar einstimmig gegen die „Verleugnung der eigenen Kultur“ an den Schulen ausgesprochen. Die Grund- und Hauptschulen dürfen als christliche Gemeinschaftsschulen die eigenen christlichen Traditionen nicht vernachlässigen. Der Landeselternbeirat erklärt seine „Betroffenheit“ darüber, daß an einzelnen Grund- und Hauptschulen mit Rücksicht auf ausländische Schüler sogar das Weihnachtsfest nicht mehr begangen werde. Bisher hat allein die „Interessengemeinschaft Ausländische Bürger in Baden-Württemberg e.V.“ gegen diesen Angriff protestiert, der mit der faschistoiden Begründung einer angeblichen Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit die völlige Entretung der Minderheit begründet. Die Interessengemeinschaft versucht, einen Interessenausgleich mit dem christlichen Vorherrschaftsanpruch herzustellen: In vielen Schulen würden christliche und muslimische Feste gemeinsam gefeiert, ohne „daß deswegen der Untergang des christlichen Abendlandes beschworen wird“. — (bab)

Postkartenaktion der VVN-BdA zur Kommunalwahl

Hannover. Die VVN-BdA Kreisvereinigung Niedersachsen plant eine öffentliche Aktion beim Landeswahlaußchuß, wenn die Kandidatur der Parteien zur Kommunalwahl 1991 bekanntgegeben wird. Dazu hat die VVN-BdA Postkarten verschickt mit der Aufforderung, diese zu unterschreiben und zur Sammlung zurückzusenden. Gleichzeitig wird aufgefordert, sich an der Aktion beim Landeswahlleiter zu beteiligen. Auf der Postkarte wird gefordert: „Keine Zulassung neofaschistischer Parteien zu den niedersächsischen Kommunalwahlen!“ und: „neofaschistischen Parteien und Organisationen wie „Republikaner“, DVU, NPD, FAP im Falle ihrer Bewerbung die Zulassung zu den Kommunalwahlen 1991 zu verweigern.“ — (bee)

Senat gegen Staatshaushalt CSU-Staat gegen Kommunen

München. Erstmals seit 41 Jahren hat der Bayerische Senat, die Zweite Kammer des Freistaats, am 23. Juli 1991 den Staatshaushalt blockiert und den Kommunalen Finanzausgleich abgelehnt. Der 60köpfige Senat legte sich quer, weil er glaubt, daß die Kommunen, Landkreise und Bezirke vom Staat in diesem Jahr zuwenig Geld bekommen. Der Landtag, der den Etat 1991/92 kurz vor der Sommerpause trotz massiver Proteste der Opposition und der kommunalen Spitzenverbände gebilligt hatte, kann die Einwände des Senats mit einfacher Mehrheit zurückweisen und den Haushalt wieder in Kraft setzen. Dies fand am 29.7. statt. In einer gemeinsamen Presseerklärung der kommunalen Spitzenverbände Bayerns wird kritisiert, daß die Landesleistungen an die Kommunen 1991 nurmehr um 0,69 Prozent steigen, während der Staatshaushalt um 6,7 Prozent zunehmen soll. Gleichzeitig nehmen die Steuereinnahmen des Freistaats um 10,3 Prozent zu, während die kommunalen Steuern nur um 6,3 Prozent steigen. Die Plünderung kommunaler Finanzen stößt auf massive Kritik — auch in der CSU. — (dil)

Kommunale Sozialleistungen sollen verschlechtert werden

Köln. Anfang Juli berichtete die örtliche Tagespresse über eine „brisante Streichliste“, die der Personaldezernent der Stadt erarbeitet haben soll. Die Liste sieht die Entlassung von 900 Putzfrauen vor, 36 Entlassungen bei den Jugendeinrichtungen, Entlassungen bei den Bürgerzentren, 50 Stellen weniger für die Pflege der Grünflächen, 31 Beschäftigten für die Beratung bei der Sozialhilfe soll gekündigt werden. Schulschwimmbäder geschlossen werden, und das Frauenamt soll 2,5 Stellen abgeben. Die Empörung über das Papier war groß. Kaum bemerkt wurde aber, daß der Rat der Stadt Köln auf seiner letzten Sitzung mit Richtlinien zur „Haushaltssolidierung“ die Vorschläge faktisch übernommen und noch weitergehende Kürzungen beschlossen hat. — (jöd)

Ein Taschenspielertrick: Anlaßanfrage anstatt Regelanfrage

München. Bayern hält an der generellen Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst fest. Zwar wird die Regelanfrage als Folge der Einverleibung der DDR abgeschafft, da Bewerber aus der ehemaligen DDR damit nicht erfaßt werden können. Jetzt sollen Fragebögen eingeführt werden, bei dem die Bewerber u.a. auf einer vorgelegten Liste mit Namen verschiedener Organisationen Auskunft über frühere Mitgliedschaften machen müssen. Das Ankreuzen bestimmter Parteien oder Organisationen könnte dann zu einer „Anlaßanfrage“ beim Verfassungsschutz führen, heißt es. — (chl)

ÖTV: Demokratisierung der Krankenhäuser

Hamburg. Der Hamburger Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK), das sind alle städtischen Krankenhäuser (über 10000 Betten), soll „reformiert“ werden. Im Grunde ist ein weiterer Schritt in Richtung Privatwirtschaft geplant. Um den „schwerfälligen“ Koloß flexibler zu machen, soll ein Aufsichtsrat (mit Einbeziehung von Gewerkschaftsvertretern) gebildet werden. Die Hierarchie soll weiter abgestuft werden und „Verantwortung“ auch an den Pflegebereich übergeben werden. Es ist z.B. geplant, den pflegerischen Abteilungsleitungen auch eigene Budgetverantwortung zu übergeben. Nun hat sich in der ÖTV eine Arbeitsgruppe gebildet, die versuchen soll, ein Positionspapier in Bezug auf die „Reform des Landesbetriebes Krankenhäuser“ zu erarbeiten und dieses dann als Antrag zur Bezirkskonferenz der ÖTV einzubringen. Im Vorentwurf werden vor allem folgende Reformen gefordert: mehr Patientenorientierung durch Stärkung der Patientenrechte und BürgerInnenbeteiligung; mehr Bürgernähe; Abschaffung der Funktionspflege; Demokratie im Krankenhaus; Offenlegung der Budgets; Rückgängigmachung der Privatisierungen, keine private Rechtsform; höhere soziale Leistungen für die Beschäftigten; mehr Investitionen für die Krankenhäuser. Weiterhin soll ein „Forum Krankenhaus“ errichtet werden, wo kontinuierlich Patienteninitiativen, Beschäftigte, Verbände und Organisationen, Krankenkassen, Initiativen etc. mitarbeiten. Die auf gewerkschaftlichen Listen gewählten Kassenvertreter sollen sich mit der ÖTV abstimmen. — (mgh/AGG)

Tätigkeitsmerkmale diskriminieren Frauen

Auswertung des niedersächsischen Lohngruppenverzeichnisses

Hannover. Rückwirkend zum 1. Oktober 1990 ist der neue Lohnrahmentarifvertrag für die Gemeindearbeiterinnen und -arbeiter in Kraft getreten. Der Lohnrahmentarifvertrag bestimmt die Lohngruppen und legt Oberbegriffe fest, z.B. „einfachste Tätigkeiten“, „einfache Tätigkeiten“, „Arbeiter mit erfolgreich abgeschlossener Ausbildung ...“ etc. In bezirklich zu vereinbarten Lohngruppenverzeichnissen sind diese Oberbegriffe zu konkretisieren, also zu definieren, was „einfachste Tätigkeiten“, „einfache Tätigkeiten“ etc. sind.

Die folgende Untersuchung bezieht sich auf das niedersächsische Lohngruppenverzeichnis, die Schaubilder rechts beruhen auf den Daten aus einem Durchschnittskrankenhaus der Regelversorgung.

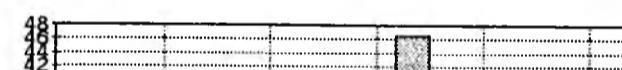
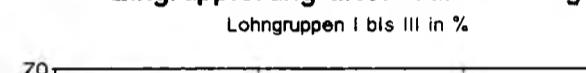
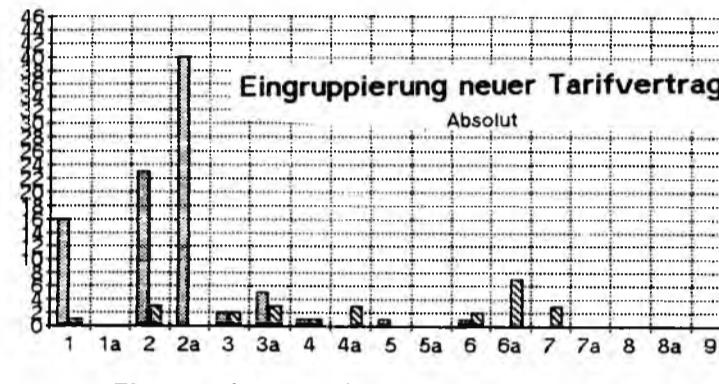
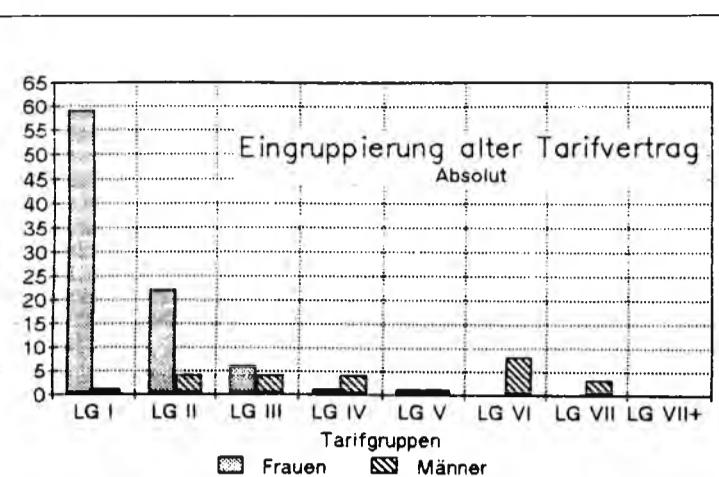
Die oberen beiden Schaubilder zeigen, daß durch das neue Lohngruppenverzeichnis, der Anteil der niedrigsten Lohngruppe (Lohngruppe I) drastisch reduziert werden konnte. Hieron haben in erster Linie Frauen profitiert. Sie zeigen aber auch, daß Frauen nach wie vor in die unteren Lohngruppen (Lohngruppe 1 bis Lohngruppe 3a) eingruppiert sind.

Daß dies seinen Grund nicht darin hat, daß Männer in der Regel eine bessere Ausbildungsvoraussetzung haben, zeigen die beiden unteren Schaubilder. Sie stellen die prozentuale Verteilung ausschließlich der im Arbeiterbereich Beschäftigten ohne jegliche Ausbildungsvoraussetzung dar, getrennt nach Männern und Frauen.

Durch den neuen Tarifvertrag konnte zwar in der Lohngruppe I eine Annäherung von Männern und Frauen erreicht werden, aber keine Angleichung. Daß aber weiterhin eine Diskriminierung von Frauenarbeit vorliegt wird insbesondere dadurch deutlich, daß Frauen ohne Ausbildungsvoraussetzung überwiegend in Lohngruppe 1 und Lohngruppe 2/2a eingruppiert sind, Männer ohne Ausbildungsvoraussetzung aber in Lohngruppe 2 und 3/3a. Während die Lohngruppe 2 für Männer der Beginn der „Laufbahn“ in Richtung Lohngruppe 3/3a ist, ist die Lohngruppe 2a für den ganz überwiegenden Teil der Frauen das Ende ihrer „Laufbahn“.

Der Grund dafür ist, daß ganz zielbewußt „typische Frauentätigkeiten“ (hauswirtschaftliche Arbeiten, Zutragen von Speisen und Getränken, Reinigen in Gebäuden, Hilfsarbeiten in Wäschereien) im niedersächsischen Lohngruppenverzeichnis als „einfachste/einfache Tätigkeiten“ klassifiziert werden, typische Männerarbeiten (z.B. Aschenzieher, Transportarbeiter, Straßeneiniger) aber als „Tätigkeiten, für die eine eingehende fachliche Einarbeitung erforderlich ist“.

Die alte Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen findet in dieser Untersuchung als zusätzliches Argument, daß nur so die mittelbare Frauendiskriminierung beseitigt werden kann. — (kar)



Koalitionsvereinbarungen Hessen

Neue Ansätze in der Gesundheitspolitik?

Frankfurt. Am 8. März 1991 wurden die unter Ausschuß der Öffentlichkeit zustandegekommenen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Grünen unterzeichnet und festgelegt. Für die Gesundheitspolitik sind die beiden Ministerien Jugend, Familie und Gesundheit mit Iris Blaul (Grüne) und Frauen, Arbeit und Sozialordnung mit Heide Pfarr (SPD) zuständig. Die Vereinbarungen zum Punkt Krankenhäuser und Gesundheitspolitik finden sich im wesentlichen unter dem Kapitel Sozialpolitik. Bislang liegen uns noch keine Stellungnahmen der Verbände zu den Vereinbarungen vor.

Bei der Beurteilung ist der Aspekt von Bedeutung, daß das Hessische Krankenhausgesetz — 1989 noch unter Wallmanns CDU-Regierung verabschiedet — damals die Zustimmung der Grünen fand. Entscheidender Bestandteil dieses Gesetzes war die besondere Betonung des Nachrangs der kommunalen und staatlichen Träger bei der Neuschaffung von Krankenhausseinrichtungen. Private und freigemeinnützige Träger sollten

vorrangig mit der Bedarfsdeckung in der Gesundheitspolitik betraut werden. Die Grünen hatten damals besonders die Psychiatriepolitik im Auge und meinten, auf diese Weise würde die Dezentralisierung schneller vorwärtskommen. Die Koalitionsvereinbarungen (Pkt. 2.8.) lassen den Schluß zu, daß der Subsidiaritätsregelung jetzt nicht mehr in derart unbeschränktem Umfang stattgegeben werden soll.

Ein weiterer Hinweis auf die stärkere Einbindung der Kommunen in die Aufgaben der Gesundheitssicherung ist Absatz 3.0.1., in dem die Landesregierung ankündigt, die kommunale Aufsicht und Koordination in gesetzlicher Form zu

regeln. Wie ernst dies gemeint ist, wird sich daran zeigen, inwieweit die Landesregierung bereit ist, den Kommunen auch entsprechende finanzielle Mittel zuzuweisen.

Für den Pflegebereich bieten die Vereinbarungen Ansatzpunkte, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Pflege zu verbessern. So will die Landesregierung die „Anhaltszahlen im

stationären Pflegebereich im Vorriff auf eine Neuregelung der Bundesregierung“ erhöhen. Außerdem werden Fördermittel für die „modellhafte Erprobung neuer Pflegekonzepte und die Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle ...“ in der Kranken- und Altenpflege angeboten. Gegen die Diskriminierung ausländischer Schwestern durch die Ausländergesetzgebung vorzugehen, bietet der Absatz 3.0.10. Argumentationsgrundlagen: „Das Familiennachzugsverbot für ausländische Krankenschwestern wird einer Rechtsprüfung unterzogen und bei Zulässigkeit aufgehoben.“

Die z.T. recht konkreten Festlegungen bieten Möglichkeiten, qualitative Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung und für die Beschäftigten zu erreichen. Zum Teil stehen dem jedoch gesetzliche Bestimmungen/Regelungen auf Bundesebene gegenüber.

Koalitionsvereinbarungen für die 13. Wahlperiode des Hess. Landtags zwischen SPD und Grünen, März 1991. Die Grünen Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 29, Wiesbaden — (rag, cog)



Die kapitalistische Arbeitsorganisation und Leistungsabforderung bringen Stress, körperliche und seelische Erschöpfung bei verschiedenen Tätigkeiten hervor. (Bilder aus: Frauen fotografieren Frauenarbeit. Hafen Verlag Köln)

Frauenarbeit und Gesundheit

Beitrag einer Ärztin beim Frauenstammtisch der IG Metall Augsburg

In der öffentlichen Diskussion ist es ja so, daß allgemein die Behauptung aufgestellt wird, die Menschen seien in der Regel an ihren Erkrankungen selbst schuld. Meine Erfahrungen als Hausärztin sind ganz anders, und eure, als im Beruf stehende Frauen, die versuchen müssen, die tägliche Überforderung durch Beruf und Hausarbeit einigermaßen zu überstehe, sicher auch. Insbesondere ältere berufstätige Frauen machen die Erfahrung, daß sie sich noch so anstrengen können, etwas für ihre Gesundheit zu tun, und trotzdem leiden sie zunehmend unter chronischen Beschwerden. Kommen sie dann erkrankt in die Praxis, befinden sich in einem Zustand vollkommener körperlicher und seelischer Erschöpfung. Sie brechen erst einmal in Tränen aus, weil sie einfach vollkommen kaputt sind. Dies gilt allgemein, seien es Arbeiterinnen oder aber Angestellte im Bürobereich, Verkauf oder in den Pflegeberufen. Die einhellige Klage ist: Die Arbeit, die von uns verlangt wird, können wir in der kurzen Zeit auf keinen Fall schaffen.

Die Anforderung des „Aufgehens im Beruf“, des Abarbeitens für den Arbeitsplatz, greift tief in die zwischenmenschlichen Beziehungen ein, insbesondere zwischen Mann und Frau. Vor allem die Männer sollen von frühmorgens bis spätabends „für die Firma“ da sein. Kommen sie nach Hause, sind sie oft nicht mehr in der Lage, noch irgend etwas zu unternehmen oder im Haushalt etwas zu tun. Verheiratete Frauen sind dadurch oft gezwungen, diese Überlastung aufzufangen, und eine Vollzeitarbeit ist für zwei Eheleute fast unmöglich, spätestens dann, wenn Kinder da sind. Das sind ökonomische Mechanismen, die nach meiner Meinung nichts mit irgendwelchen biologischen Eigenarten von Mann und Frau zu tun haben – jeder kennt ja inzwischen auch Fälle, in denen die Frau beruflich mehr belastet ist als der Partner und eine entsprechend andere „Rollenverteilung“ zu Hause stattfindet.

Bezeichnet wird diese Antreiberei bei der Arbeit wissenschaftlich als „Stress“. Zwar wird behauptet, daß ein gewisser Stress für die Gesundheit notwendig sei, inzwischen aber ist die Intensität der Arbeit so hoch, daß eine Erholung des Organismus nicht mehr entsprechend körperechter Rhythmen möglich ist. Diese Belastung wird wissenschaftlich als „Distress“ bezeichnet. Sogar die Arbeitgeber müssen darauf reagieren und inzwischen auf Betriebskosten Stressbewältigungsseminare anbieten.

Stressbelastung

Es erfolgt unter Stress eine Dauerbelastung des sogenannten „sympathischen Systems“. Die Pupillen werden weit, der Mund wird trocken, der Herzschlag wird schneller und kräftiger und der Blutdruck steigt, Magen und Darm sind wie gelähmt und können nicht verdauen, die Leber produziert keine Gallenflüssigkeit, die Gallenblase bleibt zu, stattdessen wird in der Leber nur das in der Nacht zuvor aufgebaute und gespeicherte

Glykogen als Energieleiterant abtransportiert und in Blutzucker umgewandelt. Das energiereiche Brennmaterial im Blut wird erhöht, Zucker und Fettspiegel steigen, auch wenn die Arbeitenden noch so sehr auf cholesterinarme Ernährung achten. Der Verbrauch von Vitaminen und Mineralstoffen steigt und führt in Verbindung mit nicht erfolgter ausreichender Zufuhr zu Mangelscheinungen. Die Immunabwehrfähigkeit des Organismus wird geringer, weil das Verhältnis bestimmter weißer Blutzellen, der T4- und der T8-Lymphozyten, sich ungünstig entwickelt.

Dies alles sind wissenschaftlich anerkannte Folgen ständiger Ausschüttung der Nebennierenhormone Adrenalin und Noradrenalin, nachzulesen unter anderem in der Broschüre „Arbeit und Stress“ des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Dort ist ebenfalls nachzulesen, daß der Cholesterinspiegel insbesondere bei Nacht- und Schichtarbeitern besonders hoch ist.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Bildung von Cholesterin, Cortison und weiblichen Hormonen. Der Mechanismus der Bildung der Hormone im menschlichen Körper ist ausgesprochen kompliziert und über eine Art Regelkreis gesteuert und natürlich nicht ganz so einfach zu erklären. Stresssituationen werden jedenfalls in der Medizin inzwischen anerkannt als Störfaktoren bei der Hormonbildung. Vielleicht lassen sich dann eine ganze Reihe von gynäkologischen Erkrankungen oder Störungen über Beschwerden bei der Periode bis hin zu unerfülltem Kinderwunsch und später sogenannten „Wechseljahrsbeschwerden“ hieraus erklären und nicht aus irgendwelchen ominösen, unerklärlichen Hormonstörungen.

Nun kann der menschliche Organismus sehr gut kompensieren, d.h., bis zu einem gewissen Grad überspielen. Der Zusammenbruch erfolgt nicht immer erkennbar sofort nach einer Anspannung oder dann, wenn eine Anspannung besonders hoch ist, sondern erst in der Phase der Entspannung. Solange der Körper funktionieren muß, sei es in der Arbeit oder in der Familie, unterdrücken viele Frauen ihre Beschwerden. Statt dessen tritt dann z.B. die verbreitete Wochenendmigräne auf, so versteht man auch, weshalb so viele Menschen gerade im Urlaub oder am Ende eines Urlaubs erkranken, wenn sie meinen, sich gerade erholt zu haben.

Hinweisen möchte ich auf eine Untersuchung aus der Universitätsfrauenklinik vom Februar 1991, in der ein Zusammenhang zwischen Hormonstörungen und Schadstoffbelastung festgestellt wird. Es wurden 90 Patientinnen mit Hormonstörungen untersucht, darunter Frauen mit Kinderwunsch, Schilddrüsenerkrankungen und Zyklusbeschwerden. Die Frauen wurden untersucht auf Belastung mit den Pestiziden Lindan und Pentachlorphenol, weithin bekannt unter dem Namen PCB. Beide Pestizide werden in der Landwirtschaft wie auch im häuslichen Bereich großzügig als

Holzschutzmittel angewandt. Bei 22 Frauen fanden sich erhöhte PCB- oder Lindanwerte im Blut. Hierbei handelte es sich um sechs Frauen mit mindestens zwei Aborten, zwei Frauen mit primärer Sterilität, acht Frauen mit Zyklusstörungen und sechs Frauen mit klimakterischen (Wechseljahrs-)Beschwerden. Bei 71 Prozent der Frauen wurde ein zellulärer Immundefekt nachgewiesen, d.h. eine spezifische Veränderung der Körperabwehr und Neigung zu chronischer Infektanfälligkeit. Eine Patientin hatte eine Schilddrüsenerkrankung, fünf hatten eine manifeste oder verdeckte Schilddrüsenerkrankung.

Bei allen Frauen, die ihre Wohnung sanierten, besserten sich die beschriebenen Symptome und Erkrankungen. Von den Frauen mit Kinderwunsch hatten alle zwischenzeitlich eine Geburt. Bei den Frauen, die die Schadstoffquelle nicht entfernen konnten, besserte sich die Symptomatik nur in zwei Fällen.

Bildschirmarbeit

Bekanntlich sind Frauen vermehrt mit der Texteingabe beschäftigt und damit einer sehr spezifischen intensiven Auseinandersetzung mit dem Bildschirm ausgesetzt. Darüber ist schon viel geforscht und auch geschrieben worden, insbesondere von der IG Medien. Die Diskussion um die Gefährdung der Bildschirmarbeit, insbesondere der Frage der Strahlenschädigung, scheint mir noch nicht abgeschlossen. Forderungen nach strahlenarmen Bildschirmen und ergonomischen Arbeitsplätzen sind auf jeden Fall unbedingt erforderlich, ebenso nach täglicher zeitlicher Begrenzung der Arbeit am Bildschirm und nach Gestaltung der Programme so, daß sie eine vernünftige Pausenregelung ermöglichen.

Seit einiger Zeit wird auch in der bundesdeutschen Presse nun berichtet über eine neue Berufskrankheit bei am Bildschirm Tätigen, insbesondere im Bereich der Dateneingabe. Die Krankheit wird englisch bezeichnet als RSI, „Repetitive Strain Injury“, frei übersetzt in etwa: Verletzung durch wiederholte (exzessive physische oder psychische) Belastung. Es handelt sich um eine chronische Schmerzkrankheit im Bereich der oberen Extremitäten, deren gemeinsame Ursache eine Überanstrengung durch häufige Wiederholung derselben Bewegungen liegt. Die RSI-Erkrankung macht im angelsächsischen Bereich bis zu 50 Prozent der Berufskrankheiten durch Bildschirmarbeit aus und ist insbesondere im Bereich der Dateneingabe und damit im Bereich von Tätigkeiten verbreitet, die insbesondere durch Frauen besetzt sind.

An der Universität Darmstadt hat sich jetzt eine Forschungsgruppe dieses Krankheitsbildes angenommen mit dem Ziel der Erforschung und Verhinderung einer weiteren Verbreitung. Die Patientinnen leiden an chronischen Schmerzzuständen, die schließlich keine noch so einfache Handhabung wie das Heben einer Kaffeetasse oder das Führen eines Kraftfahrzeugs ohne Schmerzen erlaubt.

Zum Schluß soll an einem Beispiel gezeigt werden, wie die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern bzw. Versicherungsinstanzen konkret läuft, wenn Frauen Mitte bis Ende 50 merken, daß ihre Kräfte nicht mehr ausreichen, um die Belastungen in der Arbeit zu ertragen.

Eine Arbeiterin kommt weinend, vollkommen aufgelöst in die Sprechstunde. Ich kenne die Patientin gut. Bei ihr ist eine Verengung der Herzkrankengefäße bekannt, sie ist erst vor kurzem aus einer Kur zurückgekommen. Sie sagt, die Kur hat ihr nicht gut getan, weil auf ihre Situation nicht eingegangen wurde. Sie hat hiermit sicherlich recht. Die Patientin hat einen Blutdruck von über 200/110, Herzschmerzen und ist damit aufgrund ihrer bekannten Herzkrankung akut infarktgefährdet. Was ist vorgefallen?

Der Patientin ging es schon den ganzen Tag in der Arbeit nicht so gut, die Lösungsmitteldämpfe (es handelt sich um einen Textilbetrieb) machen ihr zu schaffen. Sie hat sich deshalb einen Moment hingestellt. Genau in diesem Moment kommt der Meister vorbei. Er ist etwa zehn Jahre jünger und als Antreiber bekannt. Er fährt die Patientin an, ausruhen könne sie auch zu Hause. Die Patientin ist dadurch zutiefst verletzt. Sie weiß aber, daß sie den kürzeren zieht, wenn sie etwas antwortet. Stattdessen bekommt sie Herzschmerzen. In der Sprechstunde erfolgen nichtmedikamentöse entspannende Maßnahmen. Der Blutdruck normalisiert sich daraufhin, der Patientin geht es auch wieder besser. Die Patientin ist aber weiter gefährdet, also erfolgt erst einmal die Verordnung einer Arbeitsunfähigkeit und die Vorbereitung einer Klinikuntersuchung. Dort soll eine Herzkateteruntersuchung und gleichzeitig eine Erweiterung der verengten Herzkrankengefäße stattfinden. Der Patientin wird es danach sicherlich eine Weile besser gehen, die Ursache, ihre berufliche und private Situation (sie war alleinerziehend), ändert sich nicht. Ob sie eine Rente erhalten kann, ist fraglich, obwohl wir beide sie und ich, der Meinung sind, daß ihr Gesundheitszustand ihr nicht mehr erlaubt wird, über Jahre hinweg ihre berufliche Tätigkeit auszuüben. Möglicherweise wird sie nicht einmal einen Schwerbehindertenausweis erhalten.

Nach herrschender Lehrmeinung ist sie ja nicht mehr schwer herzkrank, wenn ihre Herzkrankengefäße mechanisch geweitet wurden, obwohl zu befürchten ist, daß die Verengung erneut auftritt – (tief)

Literaturhinweise: RSI – Schmerzkrankheit durch Tastaturarbeit am Bildschirm. Mai 1991 Prot Hargo Sorgatz. Technische Hochschule Steubenplatz 12, 61 Darmstadt. Tel 0619/165213; PCP- und Lindan-Belastung bei Frauen mit endokrinen Störungen. I. Gerhard u.a. Universitäts-Frauenklinik Heidelberg. in: 1. Weltmedizin-Kongress 1991. Internationales Forum für Erfahrungsaustausch e.V., Pr 150602, W001 Berlin 15: Arbeit und Stress, hg. Bayer. Stiftung für Arbeit und Sozialordnung 1989. Arbeitsbedingte Erkrankungen von Frauen in der Metallwirtschaft. Schriftenreihe Arbeitsmedizin der IG Metall. Frankfurt 1988.

Zum Schluß soll an einem Beispiel

Stillegungen und Rationalisierung im Bergbau

Kapitalisten und Regierung wollen „Anpassungskonzept“ beschleunigen

Mehrere 10000 Bergarbeiter haben in den letzten Wochen gegen die von der Bundesregierung geplanten Subventionskürzungen für den Steinkohlenbergbau demonstriert. Die Kapitalisten wollen nicht zuletzt im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt eine weitere Verbilligung der Energie. Starke Kräfte drängen auf eine Verschärfung des „Anpassungskonzeptes“ für den Bergbau, das 1987 in der Bonner Kohlensuite ausgehandelt wurde. Eine vorzeitige Verringerung der in diesem Konzept festgeschriebenen Fördermengen und eine Beschleunigung der Stillegungs- und Rationalisierungspolitik im Bergbau würde vermutlich auf Massenentlassungen hinauslaufen. Dies erklärt die Empörung, auf die vor allem Bundeswirtschaftsminister Möllemann stößt. Daran hat sich auch durch die Ankündigung eines neuen

Energiekonzeptes der Bundesregierung für den Herbst nicht viel geändert. Die folgenden Artikel haben wir dem „Bergarbeiter-Info“ entnommen. Sie befassen sich u.a. mit den Ergebnissen der Mikat-Kommission und dem von den Bergwerksgesellschaften vor wenigen Monaten vorgelegten Optimierungskonzept. In der von der Bundesregierung eingesetzten Mikat-Kommission saßen unter Leitung des ehemaligen NRW-Kultusministers Mikat (CDU) hochkarätige Vorstandsmitglieder von Energiekonzernen und vom Verband der Energieabnehmer sowie Politiker aus FDP und SPD. Die Kommission konnte sich auf kein gemeinsames Konzept einigen. Das „Bergarbeiter-Info“ erscheint zweimal im Jahr. Es kann bestellt werden über: Jens-Bünig, Johanniterstr. 14, 4100 Duisburg 1. — (wof)



Mikat, Horn und Möllemann — ein flotter Dreier gegen die Kumpels Oder: Was steckt hinter der neuen Kohlediskussion?

In der innergewerkschaftlichen Diskussion schießt man sich seit einigen Wochen heftig auf Wirtschaftsminister Möllemann ein. Der hat auch verdient — seine diversen Aussonderungen über den Bergbau strotzen vor Arroganz gegenüber den Bergleuten. Aber ist die Tatsache, daß Möllemann die weitestgehenden Kahlschlagspläne vertritt, Grund genug, sich von vornherein mit der Vernichtung von 30000 Arbeitsplätzen zufriedenzugeben, wie es das „Optimierungsmodell“ vorschlägt?

Es sollte zu denken geben, daß die Inhalte sowohl des Optimierungsmodells als auch des Mikat-Gutachtens nie vollständig veröffentlicht wurden. Das liegt vor allem daran, daß bei der Lektüre dieser Pläne deutlich wird, daß „Förderkosten“ und „Fördermenge“ gar nicht soviel miteinander zu tun haben, wie man auf den ersten Blick meint. Vor allem soll verschleiert werden, daß völlig unabhängig von der künftigen Fördermenge umfangreiche Angriffe auf die Lebenslage der Kumpels im Gang sind. Das belegen viele Aussagen sowohl von Mikat als auch dem Optimierungsmodell.

Mikat fordert: „Deshalb wird die drängende Aufgabe der Bergbauunternehmen in den kommenden Jahren darin liegen, ihre Betriebe kostenorientiert zu optimieren, für den Betrieb nicht erforderliche Belastungen abzuwerfen und auf diesem Wege die zur Kostendeckung erforderlichen Preise signifikant (deutlich, die Red.) zu senken.“ (Mikat-Bericht, S. 165)

„Kostendeckung“ war schon immer der vornehmste Begriff der Unternehmer für die „optimale“ Ausbeutung der Arbeiter. Genauso wie jeder andere Konzern will auch die RAG ihren Profit durch Automation und Rationalisierung steigern. So wurde in den 80er Jahren die Förderleistung von 4,2 auf rd. 5 Tonnen pro Mann und Schicht gesteigert, mit der „Optimierung“ sollen es 6,2 Tonnen werden. Schon diese „normale“ Ausplündierung wird für immer mehr Kumpels unerträglich: Ständige Verringerung der Sollstärken in den Reviere, verstärkte Antreiberei, Gefummel an Lohngruppen und Leistungsprämen, Jagd auf Kranke usw. . .

Nach den Plänen der Unternehmer soll die „optimale“ Ausplündierung der Kumpels bereits Mitte der 90er Jahre erreicht sein. Die „Besonderheiten“ des Bergbaus werden „Alt- und Sonderlasten“ genannt, die mit 17,00 DM auf die Tonne schlagen. Von ihnen müsse der Bergbau befreit werden, fordert Mikat — und mit ihm die Kohlebarone.

Bei dem Wort „Altlasten“ denkt man gemeinhin an Umweltkatastale — verseuchte Böden, vergiftete Baustoffe usw. Das stimmt nur zum Teil: Mit 6,00 DM/Tonne weist die RAG typische „Altlasten“ wie Wasserhaltung oder Umweltsanierung aus. Die übrigen 11,00 DM/Tonne definiert Mikat wörtlich so:

„Dies betrifft insbesondere die knapp-schaftliche Rentenversicherung . . . Es ergeben sich durch eine höhere Beitrags-bemessungsgrenze und einen gegenüber Unternehmen in anderen Branchen über 60 % höheren Arbeitgeberanteil erhebliche kostenwirksame Mehrbelastungen . . .“

So engt der Pramat (Vorrang, die Red.) einer sozialverträglichen und regional ausgewogenen Kapazitätsanpas-sung die Handlungsspielräume . . . ein.

Anpassungsgeld und Knapp-schaftsausgleichsleistungen sind dabei begleitende soziale Maßnahmen . . . Unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Regeln kann der Bergbau seine soziale und regionalwirtschaftliche Verantwortung als Eigentümer grundsätzlich nur noch im Rahmen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten wahrnehmen. Anpas-sung und Frühpensionierung . . . müssen abgebaut werden . . .“ (S. 173 ff)

Hinter diesen gestelzten Worten verbirgt sich ein Großangriff auf die soziale Lage der Kumpels: Gegen die Knapp-schaft, auf die Löhne, die Bergarbeiterwohnungen — alles, was nicht unmittelbar profitabel ist, soll weg. Das bedeutet: Vollkommen unabhängig davon, ob auch nur ein Krümel Kohle weniger gefördert wird, will der RAG-Vorstand auf dem Rücken der Kumpels seine „Ergebnisse optimieren“. Es ist also nicht angebracht, ihn aus der Schuhlinie zu nehmen und allein auf Bonn und Brüssel zu starren.

Allerdings ist die Frage berechtigt, was hinter den Möllemann-Plänen zur vorzeitigen Kappung des Jahrhundertvertrages steckt. Beim Kumpel soll ja der Eindruck erweckt werden, als ob er sich gegen fette Bürokraten und hirnlose Wirtschaftsminister wehren müßte. Das sind Ablenkungsmanöver.

Im Interesse und auf Betreiben der Großkonzern wird der EG-Binnenmarkt zusammengezimmert, weil selbst die Größen nur noch mithalten können, wenn sie im internationalen Geschäft mitmischen können. Die Energiemärkte sind aber in allen EG-Ländern bisher nach außen abgeschottet, aber diese Beschränkung wird 1993 ebenfalls fallen. In weiser Voraussicht haben die deutschen Stromkonzern bereits beim Ab-

schluß des Jahrhundertvertrages 1978 die Klausel eingebaut, daß ihre Abnahmeverpflichtung hinfällig wird, wenn kein national geschlossener Energie-markt mehr besteht. Nur hat das dem Kumpel bisher keiner (öffentlich) gesagt. Möllemann wurde vorgeschickt um das Plätzchen des Jahrhundertvertrages politisch vorzubereiten.

Für die Energiekonzern besteht auch keine Veranlassung mehr, an diesem Vertrag festzuhalten. Sie können ohne Kohlepfeife auskommen, weil auf dem Weltmarkt ein Überangebot an Kohle besteht. Das geschieht nicht uneigennützig. Schließlich soll Bonn auch für AKWs in den neuen Bundesländern und Steuerbefreiungen der Konzerne jede Menge Milliarden lockern. Das Geld bleibt also quasi in der Familie.

Die RAG trifft das nicht unvorbereitet — schließlich ist ja auch die VEBA ihr Hauptaktionär. Dieses — nach eigenen Angaben — so notleidende Unternehmen hat in den 20 Jahren seiner Existenz so viele Unternehmen zugekauft, daß mittlerweile 30 % des Umsatzes im Nicht-Kohlebereich gemacht wird. Seit einiger Zeit werden immer neue Berei-

che aus dem Unternehmen ausgegliedert — z.B. Ruhrkohle Umwelt GmbH, auch die Werkstätten sollen eigenständig betrieben werden — so daß die RAG als Unternehmen auch bei weiteren Förder-einschränkungen noch prächtig gedeihen wird.

Schaut man so hinter die Kulissen der Kohle-Diskussion, dann kommt man sich vor wie in Hollywood: Jede Menge Attrappen und nichts dahinter. Mit der „Optimierung“ wird ein Schauspiel abgezogen, das keinen anderen Sinn hat, als dem Kumpel die Hände zu binden und ihn vom Kampf gegen die arbeiterfeindlichen Konzepte des Vorstands und die volksfeindliche Energiepolitik abzuhalten.

Um so weniger ist es verständlich, wann es weiter offizielle IGBE-Politik bleibt, abzuwarten und lediglich über die Größe der Arbeitsplatzvernichtung zu verhandeln. Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil! Mit der Vorbereitung des Kampfes um die Arbeitsplätze muß jetzt begonnen werden — und er muß sowohl gegen Bonn als auch gegen die RAG ausgetragen werden. (aus „Bergarbeiter-Info“ Nr. 11, Juni 1991)

Rationalisierung bedroht die Zukunft

Vorneweg: Schon immer war das Bestreben um eine höhere Mannschichtleistung treibendes Rad im Bergbau. Das Zechensterben der 60er Jahre wurde auch durch die Rationalisierung mitbedingt. Bis jetzt gab es im Bergbau drei Phasen der Leistungssteigerung:

— In den 60er Jahren wurde der Kohlenhobel breit eingeführt. Dadurch stieg die Leistung von 2000 (1960) auf 3850 kg/MS (1970) (MS=Kilogramm pro Mann und Schicht).

— Die zweite Phase der Mechanisierung war die Einführung von Schreitausbau und Schrämmwalze. Bis 1982 stieg dadurch die Mannschichtleistung nur unwe sentlich auf 3980 kg/MS. Aber es wurde der Durchbruch zu „Großbetrieben“ erreicht — den heute üblichen 250 oder 300 m breiten Streben. Bei der Ruhrkohle AG ging in dieser Zeit die Zahl der Abbaubetriebe von 360 auf 150 zurück, die Tagesförderung eines Strebs stieg von 900 auf rund 1500 Tonnen.

— Seit Anfang der 80er Jahre hält in der Grube die Automation Einzug: Automatische Überwachungsanlagen, Bereichswarten, teilautomatischer Transport. Seitdem steigt die Leistung wieder steil an und liegt 1989 bei 4800 kg/MS, wird demnächst die 5000-kg-„Schallmauer“ durchbrechen.

Nach dem Motto „wer rastet, der rostet“ wird aber fieberhaft weiter an neuen Techniken gearbeitet: „Nach der erreichten Vollmechanisierung steuert der deutsche Steinkohlenbergbau eine schrittweise Automation an“, stellt der Kohletechnik-Report des Forschungsministeriums fest. Ziel ist: „Das automatisierte Bergwerk der nächsten Generation ist mit modernsten Fertigungsbetrieben vergleichbar . . .“

Was soll das bedeuten? Es geht darum, daß die bisher unsystematisch durchgeführte Automation — z.B. auf der einen Seite automatische Bandsteuerung, auf der anderen automatisierte Grubenwarte — „integriert“ wird zu einem einheitlich gesteuerten, zentral überwachten System. Die Folgen kann man sich noch gar nicht richtig ausmalen.

Am weitesten fortgeschritten ist diese

Entwicklung beim Transport. Runde 50 % aller Schichten werden in der Grube mit Transportaufgaben verfahren. Das ist für die RAG-Herren natürlich in höchstem Maße „unwirtschaftlich“. Mit der Magnetbahn erhoffen sie sich die Lösung dieses „Problems“ . . .

Parallel dazu soll auch die Gewinnung automatisiert werden. Die „Ruhrkohle“ 8/90 berichtete über den ersten erfolgreichen Einsatz einer automatischen Steuerung für den Schildausbau auf Osterfeld. Noch nicht betriebsreif, aber in der Erprobung, sind Sensoren für Hobel und Walze, die sowohl den Übergang von der Kohle zum Gestein erfassen als auch die Zugkräfte am Meißel.

Die RAG geht davon aus, daß diese Automatisierung es ermöglicht, aus einem Streb bis zu 9000 t täglich zu fördern. Das wäre eine viereinhalb fach höhere Produktivität als zur Zeit.

Richtig nutzen lassen sich diese Techniken nur, wenn der ganze Verfahrensablauf zentral gesteuert und ausgewertet wird. Dieses komplizierte Rechnerprogramm heißt „Integriertes Steuer- und Überwachungssystem“ (ISU) und ist bereits betriebsfertig. Sichtbar ist es schon heute an den Materialaufklebern „Regelmaterial“ erkennbar. Die Materialdisposition erledigt der Computer. Weitergehend soll dieses System sogar eine langfristige Planung für die gesamte Grube ermöglichen, also bis hin zu den nächsten und übernächsten Aus- und Vorrichtungsaufgaben (was ja auch heute schon manche Betriebsführung überfordert).

In der künftigen Grube ist also „High Tech“ angesagt. Doch ist diese weltweit führende Rolle in der Bergtechnik für den Kumpel kein Grund zum Jubeln: Denn der Anteil der Arbeitsplätze, die dieser Rationalisierung zum Opfer fallen sollen, wird stark ansteigen. Andererseits ist die Kenntnis dieser Vorgänge für den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze wichtig. Denn für die Rationalisierung sind nicht die Brüsseler Bürokraten oder die Bonner Regierung, sondern die Konzerne verantwortlich.

(aus „Bergarbeiter-Info“ Nr. 10, Dez. 1990)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel. 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Huseyin Celebi (über Kurdistankomitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über GNN, Holzstraße 2, 8000 München 6a), Christiane Schneider (über GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stasch (über Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73, Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 43 93 600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte 26.- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM.

Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen, für Arbeitsberichterstattung: Rudiger Lötz, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux, für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGM, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenheft, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 6 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AG Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1.- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestelladressen: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerninstraße 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstraße 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistankomitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM

Angestörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo: 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o im Jahresabonnement (52.- DM bei Einzelabo).

o im Halbjahresabonnement (26.- DM bei Einzelabo).

o Zahl nach Rechnungserhalt.

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

„Platz des blutigen Massakers“

Buchbesprechung: Klaus Haag. *Der tausendköpfige Drache. Herrschaftssystem und Protesttradition in der Geschichte Chinas & Das Massaker in Peking 1989*

Die „Göttin der Demokratie“ auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ — zwei sensationsreich vergangene Jahre, und schon abgeheftete Geschichte? Für die „Weltöffentlichkeit“, die westliche allemal, vergessen genug, um vielversprechende Geschäfte zu betreiben mit denen, die den Panzern zu rollen befahlen: über die „Göttin der Demokratie“, über die zu Klump geschossenen Menschenleiber. Die Toten sind begraben, die chinesische Demokratiebewegung tot? In keiner Sondersendung, auch in keiner anderen, ist, auch „expertlich“ nicht, darüber etwas zu erfahren. China? Demokratiebewegung? ... Bevor hier ans Nachdenken gedacht werden konnte, war der Spot weg, der Polit-Clip im

Archiv. (Regie: „Mauerfall“) Die darüber dennoch etwas erfahren wollen, werden mit dem im folgenden vorgestellten Buch nicht schlecht beraten sein, vielleicht sich anfangs etwas überfordert fühlen, denn hier gibt's nichts schnellgegart und die Eingeweide röhrend vorgekaut, doch durchaus wohl durchdacht, nicht selten sogar spannend:

Klaus Haag: Der tausendköpfige Drache. Herrschaftssystem und Protesttradition in der Geschichte Chinas & Das Massaker in Peking 1989, Berlin (mink verlag) 1991, 349 Seiten, 39 DM (ISBN 3-923034-12-1). Mit ausführlichem Dokumentationsanhang, Fotos, Karten und 18 Seiten Bibliographie.

Absicht und erklärter Anspruch von Kl. Haag ist es, „der interessierten Öffentlichkeit eine differenzierte Wahrheit des vergangenen und gegenwärtigen Geschehens und der gesellschaftlich-politischen Lage in China darzulegen.“ (S. 5)

Wesentlich geht es ihm dabei um ein deutliches Abheben von dem im Westen erzeugten Bild über die Inhalte und Zusammensetzung der 89er-Demokratiebewegung, die er als eine inhomogene, aber als eine chinesische, das heißt, eine in ihren Forderungen eben nicht westliche Demokratiemodelle blind kopieren wollende Bewegung verstandenen wissen will. Dementsprechend konsequent erscheint nun die weitere Aussage, nämlich daß die 89er-Bewegung ohne ihre direkten und ferneren Traditionen nicht oder nur falsch zu verstehen ist. Zu erklären, worin diese Traditionen bestehen, ist ein breit angelegtes Anliegen des Buchs, weshalb Kl. Haag sehr weit, bis ins dritte Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, zurückgreift, um — dialektisch — die wesentlichen Konstanten bzw. geschichtsbildenden Grundzüge der chinesischen Historie zu entwickeln: so wird dem rigiden Zentralismus von „oben“, sei es dem selbstherlicher Kaiser oder dem „roten Mandarinen“ bzw. deren Machtäulen, Militär und Verwaltungsapparat, ein stets wieder-auflebendes Aufbegehen von „unten“ in die Geschichte gewoben.

Die „klassische“ chinesische Geschichte wird dabei, vom Autor selbst so benannt, im „kurzen Abriß“ wiedergegeben. Der Periode des endgültigen Zerfalls des Kaisertums, vollstreckt zu Beginn dieses Jahrhunderts, wird wenig Raum gegeben, um der Entwicklung der „4.-Mai-Bewegung“ von 1919, danach der Etablierungsgeschichte der KPCh bis zur Erringung der Macht 1949 den nötigen Raum zu belassen. Anstrengungen und Fehlschläge der chinesischen KP, aber auch der von Anfang an vorherrschende „Wille zur Macht“ der Parteispitze und ihrer obersten Repräsentanten sowie die sich daraus entspinnenden Intrigen und Fehden werden als systemlogisch begriffen und zu erklären versucht bis hin zu der Feststellung: „Wer sich die Illusion macht, daß der chinesische Sozialismus überhaupt reformfähig sei, der unterschätzt nicht nur die weltweit anzutreffende fatale Eigendynamik des existierenden Staatssozialismus, seine an sich humanitären und freiheitlichen Grundgedanken vorzeitig aufzugeben, der interpretiert auch die systembedingten Verkrustungen allzu optimistisch.“ (S. 16) In direktem Zusammenhang mit dieser These steht die Metapher von den „roten Mandarinen“, die das „neue Alte“ chinesischer Herrschaftsstruktur ausdrückt: steife Labilität von Herrschaft in China, Krisenbewältigung durch vorsorglich möglichst alldurchdringende Spitzelsysteme wie durch rigorose „Abschreckung des Volkes“ nicht nur bei erkannter Gefahr sowie Intrigen in den oberen Machträgen, in deren Folge die obersten Reprä-

sentantInnen zwar wechseln möchten, deren NachfolgerInnen immer wieder Säuberungen nicht nur im Mittelbau betrieben, doch die Verwaltungsebene insgesamt machtbestimmend blieb vom feudalistischen bis ins kommunistische China.

Um eben solche Konstanten auch für die Ereignisse von 1989 zu verdeutlichen, werden an passender Stelle in die von jüngerer chinesischer Geschichte handelnden Kapitel Exkurse eingeflochten. In ihnen werden gesellschaftspolitische Parallelen herausgearbeitet, indem Gegenwart und Vergangenheit aufeinander bezogen und dadurch ähnliche Muster auf Gemeinsamkeiten miteinander verglichen werden. — Womit noch einiges zum Aufbau des Buchs zu sagen wäre, an dem dessen konzeptionelle Geschlossenheit auffällt. Der „Leseteil“ (d.h. ausschließlich des Anmerkungsapparats, der Literaturliste, der Karten von China und Peking) läßt sich mühevlos in einem beschreibend/analysernden und in einen dokumentarischen Teil gliedern, wobei der Dokumententeil so angelegt ist, daß er die zuvor herausgearbeiteten Grundaussagen sowohl illustriert wie belegt.

Die darin präsentierten Reden, Gedichte und Dialoge, allesamt von Beteiligten bzw. Betroffenen vor und unmittelbar nach dem Massaker, verleihen dem Buch Farbe und Authentizität. So ist es beispielsweise überaus aufschlußreich, das Gespräch zwischen einem Studenten und einem der aufmarschierten Soldaten, einem Obergefreiten der Volksbefreiungsarmee, zu verfolgen, vor allem hinsichtlich der Reaktionsweise des Soldaten. Ein getrichteter Zerbildner reproduzierend hört er dem auf ihn einredenden „Feind“, dem „Rowdy“ und „Unruhestifter“ zu, scheint zeitweise verunsichert, klammert sich aber immer wieder daran an die von den Vorgesetzten eingehämmerten Feindvorstellungen, wenn weiteres Sich-Einlassen auf das Gegenüber zum Überdenken und gefährlichen Hinterfragen der eigenen Funktion führen müßte.

Der beschreibend/analysernde Teil seinerseits ist wiederum in zwei Großabschnitte unterteilbar: in einen das „Dra-chenjahr“ 1989 behandelnden und — davor — in einen, in dem versucht wird, die Herrschafts- und die Protesttradition Chinas zu entwickeln. In beiden Abschnitten wird der Stoff wechselweise zuerst „von oben“ und dann „von unten“ her aufbereitet, und zwar indem nicht strikt chronologisch, sondern alternierend und ineinander greifend aus beiden Perspektiven der Fortgang der chinesischen Geschichte entworfen wird. Somit ist es möglich, die rigide Herrschaftspraxis sowohl in ihren unveränderten als auch in ihren veränderten Aspekten zu beleuchten, aber damit eben auch die Bewegungen, die sich von der gesellschaftlichen Basis her dagegen entwickelten.

Folgende Beispiele sollen das veranschaulichen:

Erläutert wird etwa, wie sich während der Tang-Dynastie im 7. bis 10. Jahrhundert die „Gentry“ die Bewegung sich relativ schnell reorganisierte, was aber

amtenkaste, die in wesentlichen Zügen dem heutigen mittleren Partei- und Staatsapparat Chinas ähnelt: „Historisch gesehen gilt noch immer, was die alten Dynastien zum Alltag erklärt hatten: Die Korruption ist in den chinesischen Staat eingebaut, Amtsrechte sind stets auch Bereicherungsrechte.“ (S. 30) — „Unter aktiver Mitwirkung der Gentry wurde eine Art „Blockwarsystem“ eingeführt, das eine ... Institution zur Registrierung, Überwachung und Denunziation war.“ (S. 36) Unter weiteren wird auch folgende historische Parallelen gezogen: Nach der Ende des 19. Jh. von den imperialistischen Westmächten erzwungenen Öffnung Chinas war das Interesse an technischem Know-how nicht minder ausgeprägt als in den letzten ca. 15 Jahren. Beide Mal wurden durch im Ausland Studierende im Westen diskutierte Ideen nach China transportiert. So hielten in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts anarchistische, sozialistische und kommunistische Modelle Einzug ins „Reich der Mitte“, in den 80ern entwickelte sich eine an den Menschenrechten orientierte, zunehmend schärfere Systemkritik.

Zu den weiteren Schwerpunkten des Buchs gehört die Darstellung der „Demokratiebewegung“, deren Anfänge auf 1974 datiert werden. Damals wurde die „Kantoner Wandzeitung“ veröffentlicht, deren gewaltiges Echo in der Bevölkerung Chinas in eine regelrechte „Wandzeitungsbewegung“ mündete. Deren zentrale Forderungen waren die nach freier Meinungsfreiheit, dem Recht, eigene Standpunkte zu vertreten, nach Kontrolle der Regierung durch das Volk, was sich bis zur Forderung nach rätedemokratischen Modellen erstreckte. In diesem Zusammenhang konkretisiert Kl. Haag die wesentlichen Unterschiede zum westlichen Demokratiebegriff, indem er sich ausdrücklich auf Veröffentlichungen des Aktivisten Wei Jingsheng und der Zeitschrift *Tansuo* (Untersuchungen) bezieht (deren Positionen er freilich zu den radikalsten innerhalb der uneinheitlichen Bewegung zählt): „Vor allem der politische Dezentralismus und die Befreiung des Individuums in gesellschaftlicher Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Freiwilligkeit fallen ins Auge. „Demokratie“ ist ... vor allem ein politisches, nur in zweiter Linie ein ökonomisches System. Die Aufgabe dieses Systems ist die Verwirklichung einer Lebensgrundlage für die Menschen, die ihnen ihre selbstgewählten Rechte garantieren, nicht aber diese von „oben“ vordefiniert. Besonders aber ist die Forderung nach direkter und jederzeitiger Kontrolle der Mandatsträger unterscheidet den chinesischen Demokratiebegriff qualitativ von dem der meisten westlichen demokratischen Systemen.“ (S. 107) Immer wieder verboten und verfolgt, somit hinter Gitter gebracht oder ins Exil oder in den Untergrund getrieben, konnte in stets wiederkehrenden „Tauwetterphasen“ die Bewegung sich relativ schnell reorganisieren, was aber



Wandzeitungen während der Kulturrevolution in Beijing.

zumindest in den 80ern immer auch Ausdruck von Flügelkämpfen der obersten Machtebene war. So versuchten „Reform“-Kräfte im Widerstreit mit „Hardlinern“ immer wieder die aufbrechenden Proteste für ihre Machtspiele zu instrumentalisieren, um sie, fühlten sie sich sicher genug, augenblicklich mit aller Schärfe erst zu verurteilen, dann zu verfolgen.

Knapp die Hälfte des beschreibend/analysierenden Teils des Buchs behandelt die Wochen der Proteste, die Chronologie vor dem und des Massakers sowie die Monate nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung. Es ist der am meisten „journalistische“ Teil der Arbeit, da in ihm das Beschreibende in der Darstellung überwiegt, was in den Untertiteln „Die Chronik des Drachenjahrs“ auch angedeutet wird.

Unter anderem wird hier herausgearbeitet, worin die „Gerontokratie“, die Clique der „greisen Herren“, die größte Bedrohung gesehen haben möchten: die Organisierung des Protests außerhalb der Partei, die wachsende Annäherung und organisatorische Koordination der verschiedenen Strömungen innerhalb der Bewegung in Peking sowie die rasante Ausbreitung der Proteste auf die Provinzen. Ebenso wie der „Autonome Studentenverband“ gründete sich die „Autonome Arbeitergewerkschaft“, beide stellten sich bewußt außerhalb der Partei, fanden zunehmend massive Widerhall in der Bevölkerung. Daß Intelligenz und ArbeiterInnen, vor allem auch die immer mehr werdenden Arbeitslosen, immer mehr zusammenfanden, dabei ihre Kritik wie ihre Forderungen radikalierten, mußte den mächtigen Greisen erlebt werden. Denn genau dies erlebten sie in den Zeiten um die „4.-Mai-Bewegung“ von 1919 schon einmal, selbstredend damals aus der emanzipatorischen Perspektive „von unten“.

Genau auf diese Bewegung aber beriefen sich die StudentInnen und ArbeiterInnen auf dem

„Platz des himmlischen Friedens“, und genau deshalb fürchten die jetzigen Herrscher nichts mehr als gerade dies.

Die Darstellung dieser Ereignisse verläuft, obwohl das Medium Buch und die zwei Jahre Abstand die Gefahr reiner Sensationserzeugung abschwächen, auf einer Gratwanderung zwischen gewollter Vergegenwärtigung mit der inbegrieffenen Emotionalisierung und einer Reihung von Fakten, die eine eher nüchtern unbeteiligte Betrachtung nahelegen — also zwischen „story“ und „history“. Soweit lösbar, scheint dies gelungen. Dennoch ist das Ganze nicht ohne Klippen, was an zwei Beispielen verdeutlicht werden soll.

Unter anderem wird hier herausgearbeitet, worin die „Gerontokratie“, die Clique der „greisen Herren“, die größte Bedrohung gesehen haben möchten: die Organisierung des Protests außerhalb der Partei, die wachsende Annäherung und organisatorische Koordination der verschiedenen Strömungen innerhalb der Bewegung in Peking sowie die rasante Ausbreitung der Proteste auf die Provinzen. Ebenso wie der „Autonome Studentenverband“ gründete sich die „Autonome Arbeitergewerkschaft“, beide stellten sich bewußt außerhalb der Partei, fanden zunehmend massive Widerhall in der Bevölkerung. Daß Intelligenz und ArbeiterInnen, vor allem auch die immer mehr werdenden Arbeitslosen, immer mehr zusammenfanden, dabei ihre Kritik wie ihre Forderungen radikalierten, mußte den mächtigen Greisen erlebt werden. Denn genau dies erlebten sie in den Zeiten um die „4.-Mai-Bewegung“ von 1919 schon einmal, selbstredend damals aus der emanzipatorischen Perspektive „von unten“.

Genau auf diese Bewegung aber beriefen sich die StudentInnen und ArbeiterInnen auf dem

„Platz des himmlischen Friedens“, und genau deshalb fürchten die jetzigen Herrscher nichts mehr als gerade dies.

Die Darstellung dieser Ereignisse verläuft, obwohl das Medium Buch und die zwei Jahre Abstand die Gefahr reiner Sensationserzeugung abschwächen, auf einer Gratwanderung zwischen gewollter Vergegenwärtigung mit der inbegrieffenen Emotionalisierung und einer Reihung von Fakten, die eine eher nüchtern unbeteiligte Betrachtung nahelegen — also zwischen „story“ und „history“. Soweit lösbar, scheint dies gelungen. Dennoch ist das Ganze nicht ohne Klippen, was an zwei Beispielen verdeutlicht werden soll.

Da ist die Anstrengung des Autors, die Proteste als „freiheitlich“ bzw. als „basisdemokratisch“ zu qualifizieren. Angeführt wird dabei, daß dies von der Basis her erfolgte, daß nicht nur vereinzelte Gruppen und Gruppen agierten und dabei ein breites Echo in der Bevölkerung fanden, schließlich daß die

„Diktatur des Proletariats“, also in der Realität der Führungsanspruch der Partei, infrage gestellt, wenn nicht negiert wurde. Genau belegt werden die Inhalte solch weitgehender Kritik jedoch anhand von Kl. Haag selbst als „radikal“ bezeichneten Zirkel (etwa um die Zeitschrift *Tansuo*: vgl. S. 107, vgl. allerdings auch S. 244ff.: die Erklärung der Autonomen Arbeitergewerkschaft Beijing). Ein weiteres ist das Anliegen, ein Buch sowohl für den wissenschaftlichen als auch für den Bereich der „interessierten“ LeserInnen geschrieben zu haben. Während erstem mit Anmerkungsapparat, dem Umfang und der Nennung der bearbeiteten Quellen, kenntlich nachvollziehbaren Zitaten wie Thesen, vor allem aber wegen der durchdachten Sorgfalt der Darstellung voll entsprochen wird, wird letzteren bisweilen ein doch sehr großes Interesse aufgrund der komprimierten Informationsfüllle unterstellt bzw. abverlangt.

Dennoch wären weitere Auflagen und eine breite LeserInnenchaft diesem Buch zu wünschen: und mit ihnen eine Erweiterung des Buchs um einen tabellarischen Überblick über die wichtigsten Daten und Ereignisse der behandelten Geschichte sowie ein ausführliches Namens- und Stichwortregister. Denn gerade solche schnellen Nachschlagehilfen machen besonders interessierten, doch in chinesischer Geschichte wenig bewanderten Menschen (ich sage das aus eigener „Betroffenheit“) den Umgang mit dem Buch um einiges leichter. — (pol)

Repression der Demokratiebewegung in China — was hier kaum zu erfahren ist

Am 4. Juni dieses Jahres jährt sich zum zweiten Mal das blutige Ereignis, das damals als „Massaker in Peking“ per Presse, Funk und Fernsehen der Weltöffentlichkeit den Atem zu nehmen schien. Die Welt war „live“ dabei, als die Panzer die Proteste der StudentInnen und ArbeiterInnen zu Menschenbrei walzten. Heute aber ist selbst der Golfkrieg längst keine Medienwirklichkeit mehr, ist das Elend der Kurden beinahe schon nicht mehr von Belang für diese Art von Sensationsgeschäft, das die Wahrnehmung punktuell totalisiert und damit die Erinnerungsfähigkeit nahezu zerstört. Denn ebenso vergessen scheint, daß und wie dreist der Apparat während des Kriegs der „Welt“ gegen den Irak sich vorführte, indem er sich als gigantische

Waffe der psychologischen Kriegsführung präsentierte. Im Schatten dieser Milliarden Hirne desinformierenden und desorientierenden „Live-High-tech-Horror-Picture-Show“ wurden, kaum bemerkt, zahlreiche AktivistInnen der chinesischen Protestbewegung abgeurteilt.

amnesty international spricht von mindestens 32 Urteilen mit Strafen zwischen 2 und 13 Jahren Haft (darunter jedoch auch 6 Haftverschonungen) gegen prominente und von Hunderten weniger prominenten AktivistInnen, die nicht selten ohne Urteil seit 1989 in Haft sind (vgl. ASA 17/20/91). Ein Artikel der *Direkten Aktion* (Nr. 36/April 1991) nennt 6000 Verhaftungen laut Statistiken der chinesischen Regierung und 30 000 Fälle nach inoffiziellen Quellen. Die *taz*

(28. Jan. 1991) berichtet von unmittelbar nach dem Massaker durchgepeitschten Schnellprozessen, die zur Hinrichtung von „Dutzende(n) von Arbeitern, Bauern und Arbeitslosen“ führten; die *Direkte Aktion* konkretisiert, daß „alle der 40 festgestellten Hinrichtungen an Arbeitern und WAF-Gewerkschaftern begangen wurden“ (WAF d.h. die 1989 während der Proteste gegründete „Autonome Arbeitergewerkschaft“).

Eines der Bilder, die damals um die Welt gingen, könnte vielleicht im Gedächtnis vieler geblieben sein — das Bild eines Mannes, der sich einsam einer Panzerkolonne in den Weg stellt, um sie, allein mit seinem Körper, aufzuhalten. Auch dieser Mann, Wang Weilin, ist hingerichtet worden.